

# Arbeits

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., einschließlich 25 Pf. frei ins Haus, einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Verkehrsvereine. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Interaktions-Gebühr**  
 Belegt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetig gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Insetts für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.  
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 25. Februar 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Der Maulkorb.

Das Maulkorbgesetz im preussischen Abgeordnetenhaus entspricht so ganz den Herzenswünschen der Ritter und Heiligen, denen kein anderes Mittel mehr übrig bleibt, als den Gegner mundtot zu machen. Sie fühlen selbst, daß sie im Kampfe der Geister stets schlecht abschneiden, weil sie eine schlechte Sache verteidigen, die auch durch das stärkste Beifallsgewich auf der rechten Seite nicht besser gemacht werden kann. Der neue Maulkorb für die Sozialdemokratie im Abgeordnetenhaus ist indessen nach einem „berühmten Muster“ gearbeitet, und es ist wohl angebracht, daß man an dieses „Muster“ erinnert, als eine Erscheinung in der Geschichte des Parlamentarismus, die beweist, welcher rücksichtslosen Gebrauch die herrschenden Klassen von ihrer Uebergewalt gegenüber den Vertretern des Proletariats zu machen gewohnt sind. Wenn heute die konservative Flagge die Ladung deckt, so hat es früher die nationalliberale getan.

Der jetzt für das Abgeordnetenhaus bestimmte Maulkorb ist auch im Reichstage schon in Gebrauch gewesen. Der erste nationalliberale Präsident Simon hatte es an rigoroser Behandlung der Sozialdemokratie nicht fehlen lassen; er zog sich aber zurück, nachdem Webel ihm wegen einer Verletzung der Geschäftsordnung eine böse Wamagere bereitet hatte. Der zweite nationalliberale Präsident, Nordenbeck, trat geradezu terroristisch gegen die Sozialdemokratie auf. Wie die Junfer es heute auch tun, forderte Nordenbecks Gesinnungsgenosse Wamberger die Sozialdemokratie zu „manierlichem Benehmen“ auf, derselbe Wamberger, der 1849 ausreißender Rebell war und dann nationalliberal wurde, um später wieder freisinnig zu werden.

Die sozialdemokratische Fraktion war unter dem Präsidium Nordenbeck erst neun, dann zwölf und dann wieder neun Mann stark. Diese numerische Schwäche wurde von Nordenbeck gründlich ausgenutzt. Es war der Fraktion schon schwer, einen selbständigen Antrag einzubringen, denn dazu waren 15 Unterschriften erforderlich, und die bürgerlichen Parteien suchten etwas darin, die fehlenden zu verweigern. Selbst beim großen Arbeiterkassenantrag konnten sie nur mit Mühe zusammengebracht werden, obwohl bald darauf alle Parteien in „Arbeiterkassen“ machten. Aus dem Seniorenkongress waren die Sozialdemokraten ausgeschlossen; auch durchweg aus den Kommissionen; auch beim Sozialistengesetz wurde kein Sozialdemokrat zur Kommission zugelassen. Erst als die Fraktion 24 Mann stark geworden war, bequante man sich, ihr auch die entsprechenden Sitze in den Kommissionen einzuräumen. Es sei übrigens nicht verschwiegen, daß es damals viele Parteigenossen gab, die wieder in dem Eintritt der sozialdemokratischen Abgeordneten in die Kommissionen ein zu weitgehendes Zugeständnis erblickten.

Die Rednerliste wurde von Nordenbeck mit souveräner Willkür gehandhabt. Als die kleine Fraktion kam die Sozialdemokratie stets zuletzt und sehr oft kam sie gar nicht dran. Es kam vor, daß sich Abgeordnete zehn- bis zwölffach, ja noch öfter meldeten, bis sie endlich das Wort erhielten. So ging es unter anderem dem Abgeordneten Wolf, welcher sich seinen Wählern gegenüber verpflichtet fühlte, sich im Reichstage einmal hören zu lassen. Er meldete sich mehrmals gleich beim Beginn der Sitzung — vergeblich! Da behrte er, bei der Staatsberatung sich zu jedem Punkte zu melden. Mehrere Tage vergingen; Wolf bekam das Wort nicht. Da endlich ward ihm das Wort erteilt bei dem Punkt „Militärabteilstellen“. Soweit trieb Nordenbeck seine Bosheit.

Unter Nordenbeck kam auch die berüchtigte Tätigkeit des Abgeordneten Valentin in Schwang, welche als „Valentiner“ sprichwörtlich geworden ist. Valentin, Abgeordneter für Schwarzburg-Sondershausen, war eine politische Null, suchte sich aber in echt nationalliberaler Weise um das Vaterland verdient zu machen. Er ließ eine große Anzahl Formulare drucken des Inhalts: „Beiträge zum Schluß der Debatte“ und stellte diese Formulare dem Präsidenten zur beliebigen Verfügung. So konnte dieser mit der damaligen 150 Mann starken nationalliberalen Fraktion nach Belieben die Debatte schließen. Man sah oft ein interessantes Mienenspiel zwischen dem Präsidenten und Valentin, wenn der letztere ungeduldig mahnte, das Fallbeil des Schlusstrahles in Bewegung zu setzen. Hundertmal wurde den Sozialdemokraten so das Wort abgeschnitten. Indessen verfiel dieser Valentin der Lächerlichkeit, wozu ein von dem demokratischen Frankfurter Abgeordneten Dr. Solthof in der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlichtes geistreiches und witziges Feuilleton nicht wenig beitrug, und in einer öffentlichen Versammlung zu Arnstadt wurde dem „Schlußmacher“ durch den Genossen Wolf von Gotha eine schmähtliche Niederlage bereitet, so daß er „wie angeboren“ dasah.

Dieser vom Präsidenten Nordenbeck ausgeführte „Geist“ ging auch teilweise auf das Beamtenpersonal im Reichstagsgebäude in der Leipziger Straße über. Namentlich fand er eine geeignete Stille in dem damals sehr bürokratisch auftretenden frommen Bureau direktor Knack, welcher tat, als hätte er den Abgeordneten Befehle zu erteilen. Während des Sozialistengesetzes wollte dieser „staatsverhaltende“ Beamte der sozialdemokratischen Fraktion, als sie eine außerordentliche Sitzung anberaumte, ein Zimmer dazu verweigern. Da

kam er aber an den Unrechten bei dem damaligen Fraktionsvorsitzenden Hasenclever, der „sentimentalen Eiche“, wie er als echter Sohn Westfalens genannt wurde. Knack wurde von Hasenclever dermaßen „angehaudt“, daß er völlig zusammenbrach und unter tausend Entschuldigungen sich beeilte, ein Sitzungszimmer zur Verfügung zu stellen.

Aber damit waren die Schikanen, die man der sozialdemokratischen Fraktion antat, noch nicht erschöpft. Den Spiegeln der politischen Polizei wurde das Reichstagsgebäude geöffnet. Nicht nur, daß jeder Abgeordnete der sozialdemokratischen Fraktion seinen speziellen Spiegel hinter sich hatte, der ihn von morgens bis abends verfolgte, womit man die Verbindungen der Abgeordneten in Berlin ausspionieren wollte — auch auf den Korridoren des Reichstagsgebäudes schlichen Spiegel umher und horchten an den Türen der Fraktions- und Sprechzimmer. Auch die Polen und die intransigenten Elsäßer wurden bespioniert. Auf der Journalistentribüne hatte sich eine ganze Kolonie von Spiegeln eingenistet, die sich dort als „Journalisten“ ständig aufhielten. Der Abgeordnete Liebknecht machte diesem Unfug ein Ende, indem er in der Plenarsitzung darauf hinwies. Dies schlug wie eine Bombe ein und man sah, wie die aufgeschreckten Hwangigroschen-Jungen eilig von der Journalistentribüne sich flüchteten. Man hörte den Zwischenruf: „Sie reißten aus!“, worauf Liebknecht erwiderte: „So haben sie immer noch mehr Scham, als diejenigen, die sie hergeschickt haben.“

Der Präsident v. Debekow, der von dieser Spiegelwirtschaft nichts wußte, war höchst empört und versprach in öffentlicher Sitzung, das Haus der Volksvertretung von den Spiegeln zu säubern, welches Versprechen er treulich gehalten hat.

Also — alles schon dagewesen — und auch zur Zeit, da die Nationalliberalen Oberwasser hatten. Dieser sehr wenig ritterlichen Ausübung der Uebermacht wird auf denselben Wege ein Ende gemacht werden, wie es seinerzeit im Reichstage geschehen, durch die Stärkung der sozialdemokratischen Fraktion. Das Volk wird sie für ihren schwierigen und tapferen Kampf auch dadurch belohnen, daß es ihr Verstärkung sendet. Dann kann der Fraktion nicht mehr so leicht ein Maulkorb vorgehängt werden.

### Der Verkauf des Tempelhofer Feldes

vor der Budgetkommission des Reichstags.

Am Freitag wurde die Debatte fortgesetzt. Abg. Wiemer führte aus: Wenn das fiskalische Interesse verlangt, daß in erster Linie auf das Geld gesehen werde, dann sollte der Verkauf auch mit Berlin abgeschlossen werden. Mit dem fiskalischen Interesse sei es bei dieser Angelegenheit nicht getan, das beweisen schon die vorliegenden Baupläne, die der Redner einer Besprechung unterzog. Man solle sich nicht durch dekoratives Weiwert bestimmen lassen, denn die Hauptsache sei doch, wie die Fläche bebaut werde. Wüßte sei immer nur vom Verkauf des östlichen Teils des Feldes die Rede, er frage aber, wie es mit dem östlichen Teil hehe, ob der auch teilweise verkauft werden soll. Das würde einer Ueberzumpfung der Kommission gleichkommen. Beim Generalkommando Berlin bestehen wegen des Verkaufs des östlichen Teils schwere Bedenken. Der Reichstag dürfe unter keinen Umständen zustimmen. Sollte es aber trotzdem geschehen, dann müsse die Militärverwaltung vorher mit den beteiligten Gemeinden sich verständigen, damit die öffentlichen Interessen gewahrt werden. Der Plan Janssen habe viele innere Vorzüge gegen die anderen Pläne, vor allem durch den 180 Meter breiten grünen Streifen, der sich durch die zu bebauende Fläche ziehen soll. Janssen sehe auch keine Hintergründe vor, was einen großen Vorteil bedeute. Berlin habe sich auch für den Janssenschen Plan schon vor Monaten entschieden, falls der Verkauf zustande komme. Es war von Anfang an der ernstliche Wille der Berliner Verwaltung, beim Einkauf des Tempelhofer Feldes die öffentlichen Interessen in erster Linie zu wahren, wie Berlin ja auch ganz andere Opfer für hygienische Zwecke bringen könne als wie z. B. eine Erwerbsgesellschaft dazu bereit sein werde. Alle Angriffe und Vorwürfe gegen Berlin seien unbegründet, wie er aus seiner Erfahrung als Magistratsmitglied versichern könne. Schon 1904 habe Berlin versucht, das Tempelhofer Feld einzuzwecken, aber der damalige Oberpräsident Bethmann Hollweg habe abgelehnt. Wenn der Kriegsminister sage, wichtige militärische Interessen hätten zum Verkauf gezwungen, so müsse gefragt werden: welche Interessen? Berlin sei unnötig schroff behandelt worden.

Der Kriegsminister antwortete, er habe einen rechtsgültigen Vertrag mit Tempelhof abgeschlossen und werde davon nicht zurücktreten. Eine Verständigung könne nur zwischen Berlin und Tempelhof stattfinden, er lehne es aber ab, dazu die Initiative zu ergreifen. Wenn Berlin vor zwei Tagen durch ein Schreiben habe durchblicken lassen, daß es unter Zugrundelegung des Janssenschen Planes das Feld übernehmen wolle, so sei dabei die Eingemeindung das die Voraussetzung. Er (der Minister) könnte allerdings im Staatsministerium seinen Einfluß für die Eingemeindung geltend machen, aber weder Tempelhof, noch der Kreis Teltow, noch die anderen Faktoren wollten sie. Auf die neuliche Erklärung des Berliner Magistrats müsse er mit Bedauern antworten, daß seinerzeit das alles nicht vorgeschlagen und dann auch nicht abgeschlossen wurde. Weil Berlin kein greifbares Angebot gemacht habe, das vor dem Parlament zu vertreten war, darum sei endlich der Zuschlag an Tempelhof erfolgt, und zwar auf einer guten Grundlage auch hinsichtlich der Bebauung. Wegen des Verkaufs der östlichen

Hälfte des Feldes seien keine Verhandlungen eingeleitet. Weder der Kriegsminister noch eine andere Behörde habe jemals mit dem Kommerzienrat Haberland verhandelt; wie Tempelhof die Sache weiter arrangiere, sei seine Sache. Wenn allerdings der Plan Haberland ausgeführt werde, würde unter dem Druck der öffentlichen Meinung wahrscheinlich dann auch die Bebauung des östlichen Teils nicht mehr zu umgehen sein. (Zurufe: Das weiß Haberland auch, darum sein Plan.) Am 1. April d. J. müsse das verkaufte Feld an Tempelhof abgetreten werden.

Als aus der Mitte der Kommission gefordert wurde, der Kriegsminister solle seine Ausführungen wörtlich zu Protokoll geben, antwortete er, er habe nur vorläufige Erwägungen angestellt; wie die Sache später einmal laufen werde, wisse er nicht.

Abg. Arendt betonte, der Minister sei Berlin soweit wie nur möglich entgegengekommen. Weiter zu gehen, würde eine schwere Schädigung der Reichsinteressen bedeuten haben, denn das Reich hätte sonst keine so hohe Summe erhalten.

Abg. Weber: Welcher Bauplan ausgeführt werde und ob die Eingemeindung komme, gehe den Reichstag gar nichts an. Der Oberpräsident habe seinerzeit dem Teltower Kreisrat geantwortet, daß die Regierung eine Eingemeindung auch in Zukunft ablehnen werde. Er (der Redner) habe zu Berlin auch gar nicht das Vertrauen, daß es im allgemeinen Interesse bebauen würde, wie der Fall mit dem Aufmarschgelände zeige. Ein betrauter Stadtverordneter habe ihm gesagt, die Stadtverordneten dächten gar nicht daran, noch besondere Opfer zu bringen, wie sie der Magistrat vor zwei Tagen in einem Schreiben in Aussicht gestellt habe. Berlin wolle eben die Eingemeindung durchsetzen und dabei das Feld kaufen. Wenn Haberland wirklich ein so geriffener Mann sein soll, wie man ihn hier hinstelle, so müsse er doch fragen: Warum lassen sich der Oberbürgermeister und der Magistrat so über's Ohr hauen? Von einem Magistrat wie dem Berliner könnte man doch mehr erwarten. Vielleicht seien die Interessenten bereit, ein Entgegenkommen zu zeigen, wenn der östliche Teil zu einem Stück verkauft werde. Dann sei wahrscheinlich eine um 5 Proz. größere Freistätte im Bauplan zu erzielen. Der Redner sprach sich weiter für den Plan Haberland aus.

Die Abgeordneten Erzberger, Arendt und Richtigofen stellten folgenden Antrag:

Die Kommission wolle beschließen, den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der Kaufpreis für das Tempelhofer Feld durch die Art der Bebauung für das Reich nicht vergrößert wird.

Der Kriegsminister erklärte auch den Mittelweg Webers nicht für gangbar. Die Berliner Garnison sehe schon dem Verkauf der westlichen Hälfte des Feldes wenig sympathisch gegenüber, erst recht aber einer Veräußerung des östlichen Teils.

Abg. Fischer (Berlin): Die öffentlichen Interessen sind bei dem Verkauf nicht gewahrt worden. Es ist nicht richtig, daß im Vordergrund die Eingemeindungsfrage stand. Am 11. April 1910 hat der Minister der Stadt Berlin erklärt, daß die Eingemeindung ausgeschlossen werden müsse; daraufhin hat Berlin einen Antrag nicht wieder gestellt. Im übrigen schildere der Berliner Magistrat die Eingemeindungsangelegenheit ganz anders, als wie es hier geschehe. Danach habe der Minister des Innern die Eingemeindung zunächst nicht als ausichtslos erklärt und der Gemeindevorsteher von Tempelhof solle sie begrüßt haben. Auch der Landrat sei anfänglich damit einverstanden gewesen, wenige Wochen später habe sich bei ihm allerdings ein Gesinnungswandel vollzogen. Nun werde gesagt, Berlin hätte gar keine Garantien gegeben, daß besser gebaut werde; auch die Stadtverordnetenversammlung habe noch keinen Beschluß gefaßt. Glaube denn jemand, daß die vom Magistrat gegebenen Zusagen später von der Versammlung nicht akzeptiert worden wären? Berlin wolle Opfer bringen und habe das mehrfach ausdrücklich erklärt. Nun wolle der Kriegsminister niemals eine Berlin unfreundliche Stellung eingenommen haben. Wer aber die Darstellungen des Ministers und die der Stadt Berlin lese, werde sich schwer des Eindrucks erwehren können, daß animos gehandelt worden sei. Durch die Berliner Vorschläge hinsichtlich der Bebauung wären die öffentlichen Interessen besser gewahrt worden als durch die Tempelhofer und Haberlands. Fischer wendete sich auch lebhaft gegen den Vorwurf, daß Berlin die Sache verschleppt habe. Am 30. Oktober 1909 sei der Kriegsminister ersucht worden, eine Zusage wegen des Verkaufs nicht eher zu geben, ehe nicht Berlin dazu Stellung nehmen konnte. Das sei Herrn Bürgermeister Reide auch wiederholt im Kriegsministerium mündlich zugesichert worden. Am 11. April 1910 schrieb aber der Kriegsminister, es sei ihm (Reide) die Zusage gemacht worden, dem Magistrat der Stadt Berlin Mitteilung zu machen, sobald der Abschluß der Verkaufsverhandlungen über den Verkauf bedenkliche. Als Bürgermeister Reide von den „wichtigen militärischen Interessen“ hörte, habe er eine Aussprache herbeiführen wollen. Darauf sei ihm aber eine Antwort nicht zugegangen. Unzutreffend sei auch, daß Berlin nie ein bestimmtes Geldangebot gemacht habe; 72 Millionen sind geboten worden, über eine Erhöhung hätte man wahrscheinlich mit sich reden lassen. Auf eine Anfrage des Magistrats um eine persönliche Unterredung, die Anfangs Juni erfolgte, ist erst Ende August eine Antwort eingegangen. Wie konnte Berlin annehmen, daß der Kriegsminister am selben Tage mit Tempelhof abschließen! Der Kriegsminister hat an dem Morgen, an dem er den Brief an den Magistrat sandte, gewußt, daß er abends mit Tempelhof abschließen will. Daß der Kriegsminister mit Haberland nicht verhandelt habe, sei sehr erfreulich;

es gibt ja noch appetitlichere Vergnügen, als mit einem solchen Spekulanten zu verhandeln. Haberland habe ja ohnehin eine sehr fragwürdige Rolle in dieser Angelegenheit gespielt und seine durch Ehrenämter erworbenen Kenntnisse ausgenutzt. Das von Haberland erbaute bayerische Viertel sei ein Skandal. Prachtvoll sei wieder einmal die Haltung des Zentrums. Vor zwei Jahren habe es in einer Resolution im Reichstage gemeinsame Wohnungspolitik, Erschwerung der wucherischen Grundstückspekulation und Degeneration der Bevölkerung gefordert. Zur Durchführung dieser schönen Wünsche konnte jetzt das Zentrum beitragen; es tut aber gerade das Gegenteil und unterstützt nun Spekulantengruppen und Wertungsgesellschaften. Wenn irgendeinmal das Spekulantentum Triumph gefeiert hat, dann beim Verkauf des Tempelhofer Feldes. Der Reichstag mache sich zum Mitschuldigen, falls er zustimme. Die Resolution des Zentrums sei die des Haberland. Warum begeistert sich das Zentrum so für den Spekulanten Haberland? Sollte der Umstand maßgebend sein, daß Haberland vielleicht eine Kirche miterbauen will? Er baut, wenn das Geschäft es verlangt, auch noch ein Kloster zu Ehren des Zentrums. Fischer verwies auf die Denkschrift des früheren Kriegsministers v. Einem, der das Zurückgehen der Militärausgaben in den Großstädten beklagt, das nicht zuletzt auf die Wohnungsverhältnisse zurückgeführt werden müsse. Der jetzige Kriegsminister frage aber nur: wie bekomme ich viel Geld herein? Da vermüßlich auch in anderen Städten ähnliche Verkäufe stattfinden werden, müsse der Reichstag energisch Stellung nehmen.

Der Kriegsminister bestritt die Darstellung Fischers über den Gang der Verhandlungen mit Berlin. Er müsse Plätze verkaufen, um Geld zum Ankauf großer Übungsterrains zu erhalten, weil auf den Etat die erforderlichen Summen nicht übernommen werden können.

Abg. Zubeil: Wer hat die kolossale Wertsteigerung des Tempelhofer Feldes herbeigeführt? Tempelhof unmöglich, noch weniger Haberland, sondern das große Gemeinwesen Berlin mit seinen ungeheuren Aufwendungen. Darum schon Berlin unter allen Umständen an erster Stelle beim Verkauf berücksichtigen werden. Die Darstellung Webers über die Verwertung des Aufmarschgeländes sei total falsch. Daß die Eingemeindungserfrage in einer für Berlin zufriedenstellenden Weise gelöst werden würde, konnte Berlin auch daraus hoffen, weil der Kaiser sich bei seiner Anwesenheit im Rathaus anlässlich der hundertjährigen Feier der Städteordnung, seine Sympathie und Zustimmung zur Eingemeindung ausgesprochen habe. Im übrigen verdiene die Darstellung des Berliner Magistrats sicher das selbe Vertrauen wie die Behauptungen der Regierung. Zubeil wandte sich sodann scharf gegen Haberland, der als Mitglied der städtischen Verkehrsdeputation alle Vorverhandlungen mitgemacht und dann seine Kenntnis der Dinge ausgenutzt habe. Zubeil beschränkte sich auf die einzelnen Baupläne und betonte den energischen Widerspruch der Sozialdemokraten gegen den ganzen Handel. — Abg. Lattmann verteidigte den Kriegsminister, desgleichen noch Abg. v. Richtigshofen. — Abg. Wiemer betonte, daß er eine Verständigung habe herbeiführen wollen und wendete sich gegen den Minister, worauf letzterer erklärte, er lehne jeden Schritt zur Verständigung Berlins mit Tempelhof ab, weil man sonst in der Öffentlichkeit sagen würde, er habe beim Abschluß des Kaufgeschäfts wichtige öffentliche Interessen nicht wahrgenommen.

Das Zentrum zog hierauf die gestern mitgeteilte Resolution zurück; desgleichen die Freisinnigen den zweiten Teil ihrer Resolution. Abg. Ledebour betonte in schärfster Weise, daß die Sozialdemokraten jedes Bestreben, auch den stillen Teil des Tempelhofer Feldes zu verkaufen, energisch bekämpfen werden. Die Behauptung dieses Teils wäre einfach ein Verbrechen an der Berliner Bevölkerung.

Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: Der zweite Teil der freisinnigen Resolution wurde gegen die Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten und Polen abgelehnt. Der Antrag Arendt fand ebenfalls keine Mehrheit, dagegen wurde die Resolution Erzberger-Richtigshofen gegen die sozialdemokratischen und freisinnigen Stimmen angenommen. Damit war die Angelegenheit erledigt.

## Eine Allerweltskundgebung des Hansabundes.

Ein wie lockeres, widerspruchsvolles Gebilde der Hansabund ist, zeigte sich wieder drastisch auf der Hauptversammlung des Gesamtanwaltschafts, der am Freitag zu seiner zweiten Tagung zusammengetreten war. Ein buntes Programm, als auf dieser Tagung in Aussicht gestellt wurde, läßt sich schlechterdings nicht denken. Wiederholt wurden den Agrariern die zudringlichsten Liebeserklärungen gemacht. Immer wieder wurde betont, daß der Bund keineswegs irgendeine aggressive Politik gegen die blünderisch organisierte Landwirtschaft bedeute. Nicht einmal an der Agrarrollen will man rütteln, kein scharfes Wort fiel gegen die Volkswirtschaft durch den Brot- und Fleischwucher und die schändlichen Grenzsperrern. Was man von den Agrariern verlangen, war lediglich Toleranz, lediglich das Zugeständnis, auch der Industrie und den anderen Erwerbsgruppen ihren Platz im Parlament und an der Sonne der Regierungsgunst zu gönnen. Und wie man das Agrariertum umschmeichelte, so auch das Handwerk und den kleinen Kaufmannstand. Daß man die Solidarität zwischen Industrieangestellten und dem industriellen Unternehmertum, wie überhaupt zwischen Angestellten und Unternehmern, proklamierte, versteht sich von selbst. Allen machte man Liebeserklärungen, versprach man goldene Berge. Allen soll geholfen werden. Wer die löwenden Proklamationen dieser hansabündlerischen Allerweltstreden liest, müßte fast zu dem Glauben kommen, daß die bisherige Spaltung in einander befehdende Wirtschaftsgruppen und politische Parteien nichts war, als ein einziges großes Mißverständnis. Was so innig zusammengehörte, was nur Verleumdung der gegenseitigen löblichen Absichten trennte, das soll fürder ein Band der Liebe und gegenseitigen Duldung umschlingen. Und der Evangelist, der da auszog, die feindlichen Brüder zu einigen, ist Herr Geheimrat Fischer, und das Zeichen, in dem sich Agrarier und Kleinbauern, Großindustrielle und Handwerker, Warenhäuser und Detailisten, Unternehmer und Angestellte zusammenfinden werden, ist der Hansabund. Seit dieser gloriosen, wirklich zeitgemäßen Erfindung! Seid umschlungen, Millionen, diesen Arm der ganzen Welt!

Welch heterogene Ingredienzien alle in dem großen Kochtopf des Hansabundes brodeln, um zu dem Wundergericht zusammengebracht zu werden, an dem sich alle Leben können, das beweise eine kurze Blütenlese aus den verschiedenen Reden. Herr Nieber, der Manager des Hansabundes, versicherte, daß der Bund mit nichts von Feindschaft und Neid gegen die

Landwirtschaft beglückte Landwirtschaft besetzt sei. Eine blühende Landwirtschaft und eine blühende Industrie gehörten zusammen, und der dritte im holden Bunde müsse unser hochangesehener überseeischer Handel und die Schifffahrt sein. Aber auch von der Ueberzeugung sei der Hansabund erfüllt, daß die Solidarität der beruflichen Interessen zwischen Arbeitgebern und Angestellten sich immer herrlicher entfalten werde.

Der Direktor des Bundes, Oberbürgermeister a. D. Knobloch, versicherte, daß der Hansabund bei der Schaffung einer Versicherung der Privatangestellten ein ehrlicher Makler beider Interessen sein würde. Auch des Mittelstandes werde er sich mit steigendem Eifer annehmen. Ferner werde er demnächst eine große Publikation über den Umfang der sozialpolitischen Belastung herausgeben. Generaldirektor Dr. Waldschmidt beteuerte gleichfalls, daß der Hansabund keinen Kampf gegen die Landwirtschaft wolle. Er neide der Landwirtschaft keineswegs die ihr zuteil gewordenen angemessenen (1) Hölle. Dafür werde freilich die Landwirtschaft, die nur noch 30 Proz. der Bevölkerung ernähre auch eine entsprechende Vertretung des gewerblichen Bürgertums zugestehen müssen. Die Belastung der Industrie durch die sozialpolitische Gesetzgebung sei sehr groß. Aber damit wolle er nicht sagen, daß der Hansabund ein Gegner der sozialpolitischen Gesetzgebung sei, er verlange nur ein ruhiges Tempo!

Stadtrat Schulz-Memel, der über die Lage des deutschen Detailhandels sprach, führte aus, daß dem Kleinhandel durch die Warenhäuser und Konsumvereine bereits 400 Millionen seines Umsatzes entzogen seien. Auch die Raiffeisen-genossenschaften und die landwirtschaftlichen Einkaufsgenossenschaften machten dem Handel böse Konkurrenz. Insbesondere der Bund der Landwirte habe ein Werkgeschäft mit 214 Millionen jährlichen Umsatzes. Dennoch sei der Hansabund kein Gegner der Konsum- und Produktionsgenossenschaften, denn diese verschafften auch Laufenden von jungen Kaufleuten Stellung, so daß sie dann den Detailisten kein Konkurrenz zu machen brauchten. Nur von den sozialdemokratischen Konsumvereinen wolle er nichts wissen. Seien diese doch „einzelbewußter Versuch zur Zertrümmerung des Mittelstandes“ und deshalb „mehr zu bekämpfen“. Der Mittelstand sei der feste Stamm gegen die rote Flut. — Schmiedemeister Schulz und Tischlermeister Rahardt verbreiteten sich dann über die Interessen und die Notwendigkeit der Sebung des Handwerks.

Es hätte also nur noch gefehlt, daß ein Angestellter und schließlich gar ein Renommierarbeiter die große Veröhnungspause geschlagen hätten. Aber vielleicht bringt der Hansabund auch noch dies Arrangement zustande, damit die babylonische Sprachenverwirrung zur schönsten Harmonie zusammenklingt. Der Hansabund hat Geld, viel Geld, er wird also bei den nächsten Wahlen immerhin einiges machen können. Aber daß kein Programm, das nichts ist als die grundsätzliche Programmlosigkeit, auf die Gestalt der politischen Verhältnisse in Deutschland auch nur vorübergehend einen erheblichen Einfluß ausüben könnte, ist ausgeschlossen. Denn über die politischen Kinderkrankheiten ist man in Deutschland doch schon hinaus!

## Der Fall v. Richtigshofen vor Gericht.

Vor der Diegnitzer Strafkammer begann am Freitag die Verhandlung über die Steuerangelegenheit des konservativen Abgeordneten Freiherrn von Richtigshofen. Angeklagt war der frühere Inspektor Richtigshofens, Kasten, auf den die Publikationen für die angebliche Steuerhinterziehung des konservativen Politikers zurückzuführen waren. Allerdings stellte sich heraus, daß Kasten eine eidesstattliche Versicherung in Sachen der Steuerhinterziehung dem Detektiv Gräger abgegeben, damit aber keine Veröffentlichung durch die Presse beabsichtigt habe. Gräger hat jedoch die Mitteilung an den Redakteur der „Journalpost“, den Journalisten Schweder, weitergegeben, durch dessen Korrespondenzbureau die Angelegenheit dann in die Presse gelangte. Uebrigens behauptete Gräger, er sei seinerzeit mit Schweder wegen der Angelegenheit ins Finanzministerium gegangen, wo ihm schließlich ein Geheimer Oberfinanzrat geraten habe, die Sache in die Presse zu bringen.

Bei der Verhandlung drehte es sich zunächst mehr um prozessuale Preliminarien. Der Angeklagte, der durch den Rechtsanwalt Rosenfeld vertreten wurde, forderte zur Erbringung des von ihm angebotenen Wahrheitsbeweises, daß ihm von dem Kläger die Wirtschaftsbücher vorgelegt würden. Der Vertreter Freier von Richtigshofens erklärte, daß dieser der gründlichen Aufhellung keineswegs Schwierigkeiten bereiten wolle, daß aber der Antrag eine Verschleppung der Angelegenheit bezwecke, welcher Auffassung von dem Vertreter des Angeklagten lebhaft widersprochen wurde. Der Gerichtshof befiel sich die Entscheidung darüber, ob die Bücher vorgezogen seien und die Verhandlung deshalb zu vertagen sei, einstweilen vor. In der beginnenden Beweisnahme erklärte der Junge Regierungsdirektor von Bertram, der Vertreter des Landrats des Kreises Diegnitz, daß die wegen der Steuererklärung des Herrn von Richtigshofen für das Jahr 1910 angestellten Ermittlungen ergeben hätten, daß der Kläger in diesem Jahre sein Einkommen auf 65 208,98 M. angegeben habe. In Abzug gebracht habe davon Herr von Richtigshofen sein Einkommen aus einer Zuckerfabrik, da diese Fabrik eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung sei und deshalb direkt zur Besteuerung herangezogen werde. Die von Richtigshofen wirklich zu entrichtende Steuer summe betrage daher 1255 M. Dieser Betrag entspreche einem Einkommen von 33—40 000 M.

Darauf trat eine Pause ein.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Februar 1911.

### Nur und wider den Militarismus.

Aus dem Reichstag, 24. Februar. Der Kampf für und wider den Militarismus, der bei der zweiten Beratung der Militärvorlage einsetzte, wurde heute bei der Beratung des Militäretats fortgesetzt.

Zunächst kam es zu der von sozialdemokratischer Seite beantragten namentlichen Abstimmung über den § 1 der Vorlage wegen Festsetzung der Friedenspräsenzstärke. Daß der Paragraph wie vorher alle übrigen angenommen werden würde, stand von vornherein fest. Die namentliche Abstimmung hat aber ihren Zweck trefflich erfüllt einmal festzustellen, wie wenig bürgerliche Abgeordnete denn noch Ansprüchen des Militarismus Widerstand leisten, wie wenig Zentrumsteute insbesondere hinter der Oppositionsrede des Abg. Heim stehen. Die Abstimmung ergab 248 Stimmen für, 63 gegen die Forderung bei 11 Enthaltungen.

Diese Zahlen sehen sich nun folgenbermaßen zusammen; Dagegen haben gestimmt alle anwesenden Sozialdemokraten und Polen, sowie der eine Däne; dann noch die drei Zentrumsgesandten Heim, Häusler und Dr. Will (ein Elässer). Enthaltungen haben sich zehn bayerische Zentrumsteute und der Elässer Delsor. Alle anderen Elässer-Verbringer haben gestimmt. Geschlossen für die Vorlage haben also gestimmt die Parteien der Rechten und die beiden liberalen Parteien, also der alte Bülow-Block. Daß tatsächlich das Zentrum auch völlig militärruhig geworden ist, beweisen gerade die spärlichen Ausnahmen. Wenn man von den Elässern absieht, haben nur zwei Zentrumsbayern gegen den Stachel gelöst: Dr. Heim und, was das Interessanteste ist, der General Häusler, also der einzige anerkannte militärische Fachmann des Zentrums. In den vorausgegangenen Jahren hat dieser Herr wiederholt eingehend scharfe Kritik an dem deutschen Militärbau geübt, eine so scharfe Kritik, wie sie sonst von bürgerlicher Seite seit Jahren nicht mehr laut geworden ist. Rücksichtslos ist diese wertvolle Kraft von den Regierungsdiplomaten des Zentrums aus der Front herausgequetscht worden und kann seiner Opposition gegen das herrschende Militärsystem nur noch durch die Abstimmung Luft machen. Statt Häusler führen die schmiegsamen Speid und Erzberger für die Zentrumspartei das Wort.

Die Generaldebatte über den Militäretat, die beim Titel Kriegsminister einsetzte, brachte zunächst wieder die jetzt unvermeidlich gewordene Rede des Regierungshilfsarbeiters Erzberger. Dann ging Genosse Roske das weitwichtige Sündenregister des Militarismus durch. Er stellte durch Tatsachen fest, daß der gegenwärtige Kriegsminister v. Heeringen selbst gegenüber seinem Amtsvorgänger v. Einem einen Rückschritt in der Heerespolitik bewirkt habe. So werde ernstlich nicht getan zur besseren turnerischen Heranbildung der Jugend als Vorbereitung für den Militärdienst; der Militärbudget werde gegenüber den Sozialdemokraten rigoros gehandhabt. Im Heerwesen selbst könne sich ein System der Erziehung der Soldaten zur Hundemut breit machen. Die Nachschüsse nach sozialdemokratischer Gesinnung nehme stellenweise geradezu alberne Formen an. Wie sehr überhaupt die Angst vor der Sozialdemokratie den Kriegshelden in die Knochen gefahren sei, zeige der Erlaß des Generals v. Bissing.

Für die Fortschrittliche Volkspartei ergriß Herr Müller-Weinigen das Wort. Die Militärrückständigkeit steck ihm natürlich seit der Zeit des Bülowblocks in den Gliedern, doch sah er sich genötigt, in der Erörterung einer ganzen Anzahl von Einzelfällen in die nämliche Kerbe zu hauen wie die Sozialdemokratie. Nach ihm erhob sich der Kriegsminister. Seine Verteidigungsrede war wesentlich auf die bekannte Note gestimmt: Der Disziplin müssen alle Rücksichten auf Gerechtigkeit und Menschlichkeit geopfert werden. Im übrigen erfreute der Herr uns wieder durch solche schmurrigen Argumente, wie wir sie von ihm früher schon zu hören bekamen. So wußte er die Gardebevorzugung mit dem Regimentspatriotismus zu entschuldigen und von dem Bissing'schen Korpsbefehl versicherte er treuherzig, er sei keineswegs auf die Sozialdemokratie gemünzt, sondern nur gegen „Aufstände“, auf deren Möglichkeit man durch kriegsgeschichtliche Studien gekommen. Der Passus wegen der Verhaftung der Abgeordneten sei nur aus Versehen da hinein gekommen und jetzt gestrichen. Verständnisvolles Bravo auf der Rechten lohnte dem modernen Kriegsmann für dieses Attakereiten auf dem Schaupferd.

Morgen geht die Debatte weiter.

### Steuerchen.

Im Abgeordnetenhaus begann am Freitag die Beratung des Etats der Verwaltung der direkten Steuern. Bekanntlich hat der Landtag vor zwei Jahren Steuerzuschläge bewilligt, die aber nur eine vorübergehende Einrichtung, ein Notbehelf sind und in der nächsten Session durch eine Gesetzesreform ersetzt werden sollen. Ueber die Grundzüge der zu erwartenden Reform hat sich der Finanzminister bisher noch nicht geäußert; auf verschiedene Anfragen erklärte er, er wolle zunächst die Wünsche der Parteien hören; im übrigen aber wolle er an den Grundlagen des geltenden Gesetzes nicht rütteln.

Daß die Steuerreform so leicht zustande kommt, bezweifeln wir. Dazu sind die Gegenätze, wie aus der Debatte hervorgeht, denn doch zu groß. Ein Punkt, über den die Ansichten der Parteien auseinandergehen, ist die Frage, ob nach wie vor der Landrat an der Spitze der Veranlagungskommissionen stehen soll. Die Konservativen legen Wert darauf, daß ihm diese Stellung erhalten bleibt. Im Gegensatz dazu fordert die gesamte Linke einschließlich der Nationalliberalen, ja sogar die Freikonservativen, daß dem Landrat dieses Geschäft abgenommen wird. Geschieht das, dann wird zweifellos auch auf dem platten Lande eine gerechtere Veranlagung erfolgen. Weiter bestehen Gegenätze in der Frage der Freilassung der unteren Klassen. Während unser Redner, Genosse Ströbel, mit aller Entschiedenheit die Befreiung der Einkommen unter 1500 Mark von der Steuer verlangte, ließen die bürgerlichen Parteien durchblicken, daß sie dafür nicht zu haben sind. Ja, sie wollen noch nicht einmal den § 23, jenes Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter, beseitigen, und wenn es dem Wunsch der Konservativen geht, dann wird eine neue Belastung der Arbeiterklassen in Form einer schärferen Besteuerung der Konsumvereine herbeigeführt werden.

Gleichen sich die Redner der bürgerlichen Parteien im allgemeinen an technische Einzelfragen, so unterzog der sozialdemokratische Redner Ströbel das ganze Gebiet unferer Steuerpolitik einer vernichtenden Kritik. Er wies an der Hand der Ergebnisse der Steuerstatistik nach, wie jämmerlich das Einkommen des größten Teils des preußischen Volkes ist, wie das, was ihnen die Gewerkschaften in schweren Kämpfen errungen haben, den Arbeitern durch die Verteuerung der Lebenshaltung wieder abgenommen wird, und wie namentlich die Besitzenden eine große Steuerchen an den Tag legen und sich auf jede Weise um die Steuern zu drücken suchen. Auch das verräterische Gebaren des Zentrums wurde von unserem Genossen gebührend gebremst.

Sonnabend: Fortsetzung.

### Die Nachwahl in Sachsen-Midda.

Die Erloswahl für den verstorbenen antisemitisch-blünderischen Reichstagsabgeordneten Köhler-Langsdorf, die am 10. März stattfinden wird, beantrug lebhaftes politisches Interesse. Bei der Hauptwahl 1907 wurden 22 905 Stimmen abgegeben; davon entfielen 9017 Stimmen auf Köhler, 7434 auf den nationalliberalen und 6896 auf den sozialdemokratischen Kandidaten. In der Stichwahl wurde Köhler dann mit 11 543 gegen 10 575 Stimmen für den Nationalliberalen gewählt.

Für die Nachwahl hat sich — abgesehen von dem politischen Umschwung in der Gesinnung eines großen Teiles der Wähler —

**Kraft** — die Situation dadurch geändert, daß die Freisinnigen diesmal einen eigenen Kandidaten aufgestellt haben, den Darmstädter Pfarrer Kroll. Diese Kandidatur dürfte die Nationalliberalen so viele Stimmen kosten, daß sie kaum mehr für eine Stichwahl in Frage kommen. Während Kroll eine äußerst eifrige Wahlarbeit betreibt, können die Nationalliberalen mit ihrem Prof. Gisevius-Marburg, der erst am Tage seiner Aufstellung der nationalliberalen Partei beitrug, nicht viel Staat machen. Die Wähler stellen den Gymnasiallehrer Werner-Eugbach ins Feld, der den bäuerlichen Wählern nicht als rechter Ersatz für Köhler, der selbst Landwirt war, erscheint. Für die Sozialdemokratie kandidiert an Stelle des Genossen Krumm-Gieken, der wegen Krankheit zurücktrat, Genosse Beckmann, Kranken-assenbeamter in Gießen.

Infolge der unerhört gehässigen Kampfweise der Antisemiten wird der Wahlkampf mit einer außerordentlichen Erbitterung geführt. Wiederholt ist es in Wählerversammlungen zu heftigen Zusammenstößen zwischen Nationalliberalen und Wählern gekommen. Auf dem Lande nutzen die antisemitischen Wahlagitatoren den bäuerlichen Fanatismus, sozialdemokratische Versammlungen zu föhren und selbst zu sprengen; sozialdemokratische Redner sind sogar tätlich mißhandelt worden. Ruhiger verlaufen die Versammlungen, in denen Nationalliberalen und Freisinnige unseren Rednern entgegengetreten.

Die wirtschaftliche Struktur des Wahlkreises Gießen-Ridda ist der des Kreises Friedberg-Üdingen ähnlich, wo die Sozialdemokratie im Sommer 1910 einen überragenden Sieg errang. Hier wie dort ist die Industrie wenig entwickelt. Während in Friedberg-Üdingen eine größere Anzahl Arbeiter in Frankfurt a. M. und Umgebung Beschäftigung findet, hat sich im Giesener Wahlkreis stellenweise die Zigarrenindustrie entwickelt; auch die Braunkohlenwerke beschäftigen eine größere Arbeiterzahl. Wegen die städtische Bevölkerung von Gießen und einem halben Dutzend kleinerer Städte überwiegen die Ackerbürger, die vielfach, besonders die großen Bauern, fanatische Antisemiten sind.

Wahrscheinlich wird es am 10. März zu einer Stichwahl zwischen Wählern und Sozialdemokraten kommen. Das endgültige Resultat würde dann von dem Verhalten der beiden liberalen Parteien abhängen. Von den Freisinnigen wird in jeder Versammlung versichert, für diesen Fall werde, wie in Friedberg-Üdingen, jede freisinnige Stimme für den Sozialdemokraten abgegeben werden. Die Nationalliberalen äußerten sich bisher trotz ihrer Erbitterung gegen die Wähler hierüber nicht. Ein kleiner Teil von ihnen wird in der Stichwahl wahrscheinlich sozialdemokratisch, ein anderer Teil den Antisemiten wählen, während sich der größere Teil wahrscheinlich der Stimme enthalten wird.

### Offizielle Phraseologie.

In der Zweiten kessischen Kammer erklärte heute Staatsminister Dr. Ewald auf eine Beschwerde des Genossen Ulrich betreffend das Verbot der Feiern in Langen geplanten sozialdemokratischen Protestversammlungen gegen die Anwesenheit des Kaisers von Ruhland: Die Regierung hätte sich geradezu einer Pflichtverletzung schuldig gemacht, wenn sie die Versammlung zugelassen haben würde. Sie würde sich mitschuldig gemacht haben der Gefährdung gegen die Schwester des Landesfürsten und diesen selbst. Sie würde sich mitschuldig gemacht haben der Verletzung des elementarsten Gebots des Völkrechts, wie es selbst bei den unkultiviertesten Völkern gelte, und einer politisch ebenso unglücklichen wie moralisch verwerflichen Vorgehensweise gegenüber dem Repräsentanten eines großen Volkes. Sie würde sich ferner mitschuldig gemacht haben an den Folgen der Rumbgebung, die im Widerspruch stehe mit dem Empfinden der überwältigenden Mehrheit des heissischen und des deutschen Volkes. Die Regierung habe es darum für ihre Pflicht gehalten, die Versammlung an Hand des Gesetzes zu verbieten.

Wiederholt findet sich eine Invidiosität, die den Herrn Staatsminister zum Ehrendoktor der höheren Phraseologie ernannt.

### Auch ein Dementi.

In der Nachricht einiger Blätter, der Justizminister, Staatsrat Dr. Langfeld, habe den Deputierten des medienburgischen Landtages zu den kommissarisch-deputierten Verhandlungen über die Verfassungsangelegenheit einen neuen Verfassungsentwurf vorgelegt, schreibt die „Medienburgische Zeitung“ nach authentischen Mitteilungen: An der Nachricht ist nur das wahr, daß in den Verhandlungen von dem Staatsrat Langfeld eingehend dargelegt worden ist, wie ein solcher Entwurf vielleicht zu gestalten wäre. Es ist aber unrichtig, daß von demselben ein Verfassungsentwurf von so unsinnigem Inhalt vorgelegt worden ist, wie er in den Blättern wiedergegeben wurde.

### Reichstagswahltermin.

Wie unser Breslauer Parteiblatt, die „Volkswacht“, berichtet, hat einer der hervorragendsten Führer der deutsch-konservativen Partei, der die kurze Beratungspause des Reichstags am letzten Sonnabend zu einem Besuche seines Wahlkreises benutzte, den Führern seiner Organisation die vertrauliche Mitteilung gemacht, daß der Termin der allgemeinen Reichstagswahlen endgültig auf Montag, den 27. November, festgesetzt sei.

### Heberempfindlich.

Der badische Nationalliberalismus hat, wie das bei allen abgeblühten Kolotten nicht selten ist, ein sehr sensibles Gemüt. Wie aus dem liberalen Musterstaat berichtet wird, hat sich nämlich der liberale Parteivorstand Baden beim dortigen Parteivorstand der Konservativen über die „Herz“ der konservativen Blätter beschwert, besonders über das nachstehende Gedicht der „Badischen Warte“:

Die Frau Wadenia ist krank,  
Die einst so rosig blühte —  
Es fehlt nicht nur im Kassenkranz,  
Sie leidet im Gemüte.  
Gelehrte Kerze forschten nach  
Den Gründen des Erkrankens —  
„Blutarmut ist es“, einer sprach,  
„Des Monarchie-Gedankens!“  
Die Diagnose stimmt!“ so schrie  
Der Chor in der Stunde —  
„Nun fragt sich nur, wodurch und wie  
Die kranke Frau gelunde?“  
Ein Hofrat namens Sozjensfeld,  
Der hat es rausgefunden:  
Ein „großer Blut“ aus rotem Ton  
Ward ihr aufs Haupt gebunden.  
Alein ein schmählich Ende nahm  
Die „Große Blut“-Methode“:  
Das Fieber lieg, der Notlauf kam:  
Die Frau ringt mit dem Tode.  
Nur eines gibts, was helfen kann,  
Doch muß man sich berufen:  
Der kranken Dame fehlt ein Mann,  
Ein Mann, der wird sie heilen!

Die „Kreuzzeitung“ meint, daß dieses Gedicht dem badischen Groß-Blut in einer doch sehr harmlosen Weise“ gelte. Verwundert fragt sie: „Sollte man dies für möglich halten; die offizielle Parteileitung der badischen Nationalliberalen wandte sich beschwerde-

führend an den Parteivorstand der badischen Konservativen wegen des „berühmten Schandgedichts“ und verlangte eine „Entschuldigung!“

Wir finden diese Beschwerde auch höchst komisch. Wir hätten in solchem Falle nach dem alten, aber noch immer vortrefflichen Sprichwort gehandelt: Auf einen großen Mory gehört ein noch größerer Reil!

### Die Entwicklung des Personenverkehrs auf den preussischen Staatsbahnen während der letzten zehn Jahre.

Der Personenverkehr hat sich in der angegebenen Zeit so stark entwickelt, daß er sich beinahe um 90 Prozent vergrößert hat. Während 1899 545 Millionen Personen befördert wurden, wurden 1909 1 040 000 000 Personen befördert. Die Fahrkartensteuer hat auf die Entwicklung nur in der ersten Wagenklasse ungünstig eingewirkt. Während 1905 vor Einführung der Fahrkartensteuer in der zweiten Wagenklasse 78 Millionen Personen befördert wurden, ist diese Zahl 1909 auf 100 Millionen gestiegen, die gleichen Zahlen sind für die dritte Wagenklasse 341 Millionen und 458 Millionen, für die vierte Wagenklasse 358 Millionen und 470 Millionen Personen. Die Verkehrseinnahmen haben in der gleichen Weise zugenommen, sie stiegen um 62 Proz. im Zeitraum der letzten zehn Jahre und zwar von rund 346 Millionen Mark auf rund 559 Millionen Mark. Bei der ersten Wagenklasse betrug die Zunahme 1,36 Proz., bei der zweiten Wagenklasse 50,11 Proz., bei der dritten Wagenklasse 71,73 Proz., bei der 4. Wagenklasse 82,75 Proz. Durch Wohnfahrkarten wurden in dem gleichen Zeitraum über 3 Millionen Mark eingenommen.

### Die badischen Kalllager.

Während der letzten Session des badischen Landtages hatte in der Zweiten Kammer der sozialdemokratische Abgeordnete Ged unter Bezugnahme auf das dem Reichstage vorgelegene Kallgesetz darauf hingewiesen, daß nach geologischen Feststellungen im Rheintal des badischen Oberlandes sich Kalllager befinden. Diese Lagerungen würden, wie man nach dem Vorkommen der Salze im inlierheinschen Gebiet des Oberelass zu schließen berechtigt sei, den Versuch eines Abbaues rechtfertigen, für den der badische Staat als Unternehmer in Betracht komme. Die Regierung antwortete sehr ausweichend, bezog sich auf Aufsichten, die eine genügende Ausbeute für unwahrscheinlich halten, und ließ durchblicken, daß der Staat von einem so fragwürdigen Unternehmen die Hände weg lassen möchte. Inzwischen trat das Kallgesetz in die Wirksamkeit und der badische Staat blieb ohne Anteil an dem Kontingent.

Nicht geringes Aufsehen rief es deshalb erregen, wenn jetzt das badische Regierungsbüro, die „Kallz. Ztg.“, mitteilt, daß die Regierung den im Amstbezirke Staufen aufgeschlossenen Kalllagern durch Tiefbohrungen in aller nächster Zeit auf den Leib rücken wird, damit sich bei günstigen Ergebnissen baldmöglichst eine neue, für das Rheintal und das ganze Land sowie die Staatsfinanzen gleichwichtige Industrie entwickeln kann.

Die Anwendung staatlicher Mittel erklärt das Regierungsbüro aber für nicht möglich wegen des dabei vorhandenen Risikos, man habe sich deshalb für die Zulassung von Privatunternehmen entschieden.

Das Risiko scheint aber bei ihr doch nicht sehr in Betracht zu kommen, denn die Regierung versichert, daß sie durch den im Dezember v. J. mit dem Konzeßionär Dr. Elybacher aus Berlin abgeschlossenen Vertrag für die Staatskasse alles erreicht habe, was billigerweise verlangt werden könne.

Für das 3000 Hektar umfassende Ausbeutungsgebiet ist eine jährliche Grundgebühr von 15 000 M. zu entrichten. Innerhalb der ersten fünf Jahre behält sich die badische Regierung eine Beteiligung an dem Unternehmen zu einem Prozent vor; zunächst beansprucht sie vom Reingewinne des Bergbaues und der zugehörigen Fabriken einen 12prozentigen Anteil. Der badische Landwirt würde, wenn später einmal geschäftlich nichts mehr entgegensteht, von der Regierung Ausnahmepreise bewilligt werden.

In welcher Weise diese Aneignung der badischen Kalllager an diese auch in Mitteldeutschland konzeßionierte Firma Elybacher geschah, erhellt aus folgender Stelle des offiziellen Artikels: „Interessenten aus Süddeutschland haben sich erst gemeldet, als die Verhandlungen mit Dr. E. so gut wie abgeschlossen waren.“

Dem gekränkten Unternehmertum der Nachbarschaft wird jedoch mit dem Versprechen gedient, daß dem Privatkapital noch viele Ausbeutungsgebiete in Baden zur Verfügung stehen, da die Konzeßion sich nur auf einen beschränkten Teil beziehe.

Die badische bürgerliche Volksvertretung, die der sozialdemokratischen Anregung nicht beigetreten ist, trägt die Verantwortung für einen neuen dummen Streich, der an jenen vom Jahre 1898 erinnert, als der badische Staat gegen den sozialdemokratischen Protest die Wasserkräfte des Oberrheins auf 90 Jahre an Privatunternehmer veräußerte.

### Prügel auf der Polizeiwache?

Vor dem Dortmunder Schöffengericht hatte sich der Sohn eines Großkaufmannes wegen ruhestörenden Lärmens und Widerstandes zu verantworten. Der Angeklagte gab zu, Differenzen mit einem Schutzmann gehabt zu haben, will dann aber selbst gefordert haben, zur Wache geführt zu werden. Gleich beim Eintreten in die Polizeiwache sei er mit Knütteln und Stabbeinen geschlagen worden. Er habe dabei Verletzungen davongetragen — einen Rieferruch — die eine Operation notwendig machten. Inspektor Richard habe dem Vater des Angeklagten erklärt, der Schutzmann 123 sei der Täter; man möchte den Schutzmann aber nicht unglücklich machen. — Die in Frage kommenden Schutzleute äußerten sich als Zeugen im Sinne der Anklage und der Angeklagte wurde im ganzen zu 75 M. Geldstrafe verurteilt.

Das Gericht erklärte, es bestehe nicht der geringste Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Schutzleute. Auf die Vorgänge auf der Wache könne das Gericht nicht eingehen, die ständen nicht zur Anklage.

### Oesterreich.

#### Gegen die preussische Ausweisungspraxis.

Budapest, 24. Februar. In der österreichischen Delegation wandte sich Seliger (Soz.) entschieden gegen den jüngsten Erlaß des preussischen Ministeriums des Innern über Ausweisung der tschechischen Arbeiter und erklärte, dieses Vorgehen der preussischen Regierung, gegen das auch die Vertreter der Sozialdemokraten und der freiheitlichen bürgerlichen Parteien im Deutschen Reichstage und preussischen Abgeordnetenhaus protestiert hätten, widerspreche den Staatsverträgen sowie der durch das Bündnis gebotenen Loyalität. Redner fragte den Minister des Innern, was er zum Schutze der österreichischen Staatsbürger getan habe und wandte sich gegen die schikanöse Behandlung österreichischer Reisenden auf preussischen Kontrollstationen. Schließlich wandte sich der Redner gegen die Elbschiffahrt und die Elbschiffahrtsabgaben und forderte die Regierung auf, die vertragsmäßig festgestellte Freiheit der Elbschiffahrt energisch zu wahren.

### Frankreich.

#### Gegen die Rüstungen.

Paris, 24. Februar. Am Schlusse der gestrigen Sitzung gelangte ein Antrag unseres Genossen Sembat zur Erörterung, den Bau der beiden projektierten Panzerschiffe zu verschieben, bis internationale Besprechungen über Einschränkung der Rüstungen, die Frankreich anzutreten haben würde, beendet seien. Minister Pichon wies den Antrag Sembat zurück und erklärte, die Regierung würde sich mit sich selbst in Widerspruch setzen, wenn sie einer Verzögerung der bringenden Schiffsbauten zustimmen würde, die schon zu lange aufgeschoben worden seien. Der Antrag Sembat könne unter den gegenwärtigen Umständen zu keinem befriedigenden Resultat führen und sei sogar augenblicklich sehr gefährlich. Während man hier diskutiere, würden die Mächte, die vor Frankreich schon einen beträchtlichen Vorsprung voraus hätten, diesen Vorsprung noch vergrößern und Frankreich noch mehr ins Hintertreffen bringen. (Beifall.) Pichon erinnerte daran, daß ähnliche Vorschläge schon seit 1890 vergeblich erörtert worden seien. Die Propaganda für das internationale Schiedsgericht könne im Lande fortgesetzt werden. Man möge doch sehen, was England und die Vereinigten Staaten getan hätten! Präsident Taft habe in dem Augenblicke, wo er einen Schiedsgerichtsvertrag mit England vorgelegt habe, die Notwendigkeit betont, die Marine zu verstärken. Nichts würde gefährlicher sein für Frankreich, als wenn es sich schwäche in einem Augenblicke, wo andere Mächte sich stärkten. Das würde weder Lug noch Weisheit sein. Er beantrage, den Antrag Sembat abzulehnen. (Lebhafter Beifall im Zentrum und auf der Linken.)

Sembat verteidigte seinen Antrag und warf Pichon vor, er messe den Haager Konferenzen zu wenig Wichtigkeit bei. Pichon erwiderte, niemand wisse den Wert der Haager Konferenz mehr zu schätzen und wünsche ihren Arbeiten mehr Erfolg, als er. (Beifall.) Der erste Teil des Antrags Sembat, nach dem die Kammer die Regierung auffordern sollte, mit den auswärtigen Mächten, namentlich mit England und Deutschland, Besprechungen über eine gleichzeitige Beschränkung der Rüstungen herbeizuführen, wurde von Pichon bekämpft mit der Begründung, ein so gefahrvoller Antrag würde eine Gefahr für das Land darstellen. Nachdem Pichon die Vertrauensfrage gestellt hatte, wurde der erste Teil mit 352 gegen 189 Stimmen abgelehnt. Eine Abstimmung über den zweiten Teil des Antrags wird dadurch überflüssig.

Der Deputierte Charles Dumont stellte darauf einen Antrag, durch den die Regierung ersucht wird, mit allen Mächten bei den befreundeten und verbündeten Mächten dahin zu wirken, daß auf der nächsten Haager Friedenskonferenz die Frage der gleichzeitigen Beschränkung der Rüstungen auf die Tagesordnung gesetzt wird. Pichon erklärte, die Regierung verhalte sich diesem Antrage gegenüber durchaus nicht ablehnend, der nur die den französischen Delegationen zur Haager Friedenskonferenz erteilten Weisungen bestätige und der Regierung freie Hand in der Wahl des Zeitpunktes lasse. Darauf wurde der Antrag Dumont mit 447 gegen 58 Stimmen angenommen.

In der heute vormittag fortgesetzten Debatte über den Bau der Panzerschiffe brachte Jaurès einen Antrag ein, die Verhandlung zu vertagen, bis die Kammer über den Antrag der Marineuntersuchungskommission Beschluß gefaßt und das gesamte Marineprogramm erörtert habe. Das vorgeschlagene Marineprogramm gestalte dem Lande nicht, sich über den geforderten Kostenaufwand Rechenschaft zu geben. Man habe es mit dem Bau so eilig, daß keine Zeit vorhanden sei, die im Schiffsbau möglicherweise eingetretene Verbesserung zu prüfen.

Delcassé führte aus, die Gesamtkosten des Marineprogramms einschließlich aller Munition würden eine Milliarde 348 Millionen betragen. Das Programm sei derart gehalten, daß es genau die Stärke der französischen Flotte begrenze, die Lebensdauer ihrer Einheiten, und im voraus die Ersatzbauten für die veralteten Schiffe festsetze. Das im Marineprogramm enthaltene Erfordernis sei im Vergleich zu dem Englands, Deutschlands und selbst Italiens sehr bescheiden. Es sei unumgänglich notwendig, dieses Programm auszuführen, um dem Lande den notwendigen Schutz zu gewähren. (Beifall.) Der Antrag Jaurès wurde darauf mit 475 gegen 95 Stimmen abgelehnt. — Schließlich wurde die Vorlage über den Bau der beiden Panzerschiffe mit 481 gegen 78 Stimmen angenommen.

### England.

#### Die Bagdadbahn.

London, 24. Februar. Die offiziöse „Westminster Gazette“ sagt in einem Leitartikel über die Bagdadbahnfrage, das Resultat des Potsdamer Abkommens sei, daß Rußland sich aus der Angelegenheit zurückziehe. Wenn ein Abkommen über die Zweiglinie nach Bagdad geschlossen sei, würde die Frage des letzten Abschnitts der Bahn, von Bagdad nach dem persischen Golf, in der Hauptsache eine Frage zwischen England und Deutschland sein. Aber es sei von größter Wichtigkeit, daß die Frage aus der Atmosphäre der Uebereitungen herauskomme, die bisher die bestgemeinten Bemühungen zunichte gemacht habe. Im Laufe der Ereignisse sei die Bagdadbahn zu einer Art diplomatischen Kontors gemacht und zu Transaktionen verwendet worden, mit denen sie nichts zu tun habe. Die Handelsinteressen Großbritanniens und Deutschlands sprächen für die Vollendung der Bahn. England, schließt das Blatt, hat ein großes, aber mehrbäses Interesse an der letzten Etappe, aber wenn wir aufhören, die Angelegenheit wie ein diplomatisches Spiel zu behandeln, in dem Deutschland und England versuchen, einander zu übertrumpfen, so sollte keine Schwierigkeit vorhanden sein, um zu einer geschäftsmäßigen Erledigung zu gelangen.

#### Die internationale Verständigung.

London, 23. Februar. Unterhaus. Eine Anfrage des Mitgliedes des Unterhauses Pirie betraf die von Amerika angeregte Einsetzung einer Friedenskommission. Sir Edward Grey erwiderte, der amerikanische Vorkämpfer habe ihn im Dezember vorigen Jahres von den Beschlüssen des von Amerika einberufenen Kongresses zur Förderung des Gedankens eines internationalen Schiedsgerichtshofes in Kenntnis gesetzt und ihn gefragt, ob auf eine Mitwirkung der englischen Regierung in dieser Angelegenheit gerechnet werden könne. Er habe geantwortet, daß die englische Regierung diesen Bestrebungen stets das größte Interesse entgegengebracht habe und mit größter Bereitwilligkeit mit der amerikanischen Regierung in einen Meinungsaustausch über diese Frage eintreten würde. Einem von der amerikanischen Regierung vorgelegten wohlüberdachten und praktischen Entwurf würde die Regierung ihre Unterstützung angezeihen lassen.

### Amerika.

#### Kein Vertrag mit Japan.

Washington, 24. Februar. Der Versuch, den Vertrag mit Japan im Senat genehmigen zu lassen, ist mißglückt. Die Senatoren der westlichen Staaten verweigerten ihre Zustimmung, da sie Zeit benötigten, um die Stimmung in den Wahlbezirken festzustellen.

#### Der Vertrag mit Kanada.

Washington, 24. Februar. Der Ausschuh des Senats hat diesem über das Abkommen mit Kanada Bericht erstattet, ohne dies Abkommen zu empfehlen.

# Gewerkschaftliches.

## Fremdes Unglück als Reklame.

Die „Essener Volkszeitung“, das Leiborgan des Herrn Giesberts, hat vor einiger Zeit die Abonnentenversicherung eingeführt. Die widerliche Art und Weise, in der das Blatt nun mit dieser Einrichtung Reklame schlägt, überbietet alles bisher auf diesem Gebiete Dagewesene. Fast täglich kann man im Provinzteil des Blattes Notizen folgender Art finden:

**Dort-Giesbert, 21. Februar 1911.** (Durch herabfallendes Gestein getötet) wurde am Freitag bei der Nachtschicht der Hauer Heinrich Krähe, Essener Straße 71 hier wohnhaft. Der Verunglückte, der verheiratet war und vier Kinder hinterläßt, war seit Dezember v. J. Abonnent der „Essener Volkszeitung“ und so erhielt seine Witwe heute aus der Gratis-Unfallunterstützung die Summe von 300 M. ausbezahlt. Das ist bereits der 10. Todesfall seit Einführung der Unfallunterstützung und sind bis heute bereits 3000 M. bezahlt worden.

Herr Giesberts war es, der im Reichstage die Abonnentenversicherung als Schwindelnummer bezeichnete. Wenn er nochmals Gelegenheit nehmen würde, auf die Angelegenheit zurückzukommen, dann wird er nicht verfehlen dürfen, sich auch mit der Art und Weise zu beschäftigen, wie sein Leib- und Magenblatt für den „Abonnentenversicherungs-schwindel“ Reklame zu machen versteht. Zentrumsworte und Zentrumstaten stehen hier in einem argen Mißverhältnis.

### Berlin und Umgegend.

#### Achtung, Rohrleger und Helfer!

Die Kollegen der Firma Schuhr, Inh. E. Schulz, stehen im Streit und ist der Betrieb streng gesperrt. Die Firma hat zurzeit folgende Bauten: Sasse u. Jach, Wischbrunnstraße, Ede Reumannstraße. In Steglitz Bau Schulz, Feuerbachstr. 20/21. In Mariendorf Bau Schulz, Kaiserstraße. Jeder Rohrleger und Helfer, welcher auf diesen Bauten arbeitet, ist Streikbrecher.

Da die Firma verliert, Arbeitswille zu bekommen, bitten wir alle Bauarbeiter, darauf zu achten, ob Rohrleger oder Helfer auf diesen Bauten arbeiten. Sollte das der Fall sein, so ersuchen wir die Betreffenden auf den Streik aufmerksam zu machen.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

#### Lohnbewegung der Klempner.

Am Donnerstag tagte im „Musterjahr“ eine vom Metallarbeiterverband veranstaltete Mitgliederversammlung der Klempner. Sie sollte sich schlußförmig machen über die Frage, ob eine Lohnbewegung der Klempner ins Werk gesetzt werden solle. Wie der Referent Cohen ausführte, hat eine Vertrauensmännerkonferenz beschlossen, die Vorarbeiten zu einer Lohnbewegung zu machen. Gleichzeitig hat die Konferenz eine Tarifvorlage ausgearbeitet, welche die Grundlage der Lohnbewegung bilden soll. Wie der Referent aus sicherer Quelle weiß, hat ein Teil der Klempnermeister bereits Vorkehrungen für die Lohnbewegung getroffen. Diese Arbeitgeber haben einen Tarif aufgestellt, den sie mit Wiesenthal abschließen wollen. Die Dauer dieses Tarifes soll 5 Jahre sein. Der Lohn soll vom 1. April 1911 ab 75 Pf. betragen und bis 1914 jedes Jahr um 1 Pf. steigen. Der Lohn der Junggelesen soll mit 65 Pf. beginnen. Der Tariflohn soll aber nicht garantiert werden. Das bedeutet Zulassung der Affordarbeit, die seit dem vorigen Jahre als tatsächlich beseitigt gelten kann. Da Wiesenthal keine Bauklempner hinter sich hat, so hat ein Tarifabschluß mit ihm keine andere Bedeutung, als wenn die Arbeitgeber mit dem ersten besten Dienstmann einen Klempnertarif abschließen würden. Wenn aber der Vertrag mit Wiesenthal bestimmt ist für die Zeit, wo der Metallarbeiterverband mit den Arbeitgebern im Kampfe steht, so muß man doch fragen: Wie handelt der, der für solchen Fall einen Tarif mit den Unternehmern abschließt? Wenn der Tarif mit Wiesenthal abgeschlossen werden sollte, dann ist die Wirkung dieselbe, als wenn sich die Arbeitgeber während der Lohnbewegung Arbeitskräfte vom Bund der Selben holen. Wenn die Arbeitgeber glauben sollten, ein Tarifabschluß mit Wiesenthal könnte den Metallarbeiterverband beeinflussen, von seinen Forderungen zurückzutreten, so irren sie sich. Dies Treiben kann den Verband nicht im mindesten beeinflussen. Der Referent empfiehlt die von den Vertrauensmännern ausgearbeitete Tarifvorlage. Diese stellt in der Hauptsache folgende Forderungen auf:

Die Arbeitszeit beträgt 9 Stunden. Sie kann vom 1. November bis 1. März verkürzt werden, muß aber für Bau und Werkstatt gleich sein. Sonnabends wird eine halbe, am Tage vor den hohen Feiertagen zwei Stunden früher Feierabend gemacht ohne Lohnabzug. Die Arbeit wird nur in Teillohn ausgeführt. Der Mindestlohn beträgt vom 1. April 1911 ab 80 Pf. pro Stunde, vom 1. April 1912 ab 82½ Pf., vom 1. April 1913 ab 85 Pf. Der Lohn der Ausgelernten kann geringer sein, jedoch darf er im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit nicht unter 67½ Pf., im zweiten Jahre nicht unter 72½ Pf. betragen. Diese Sätze steigen am 1. April 1913 nochmal um 2½ Pf. und am 1. April 1914 nochmal um 2½ Pf. Ueberstunden dürfen nur in dringenden Fällen gemacht werden. Sie sind bis 9 Uhr abends mit 25 Proz., von da ab sowie Sonntagsarbeit mit 50 Proz. Zuschlag zu bezahlen. Die weiteren Bestimmungen der Vorschläge beziehen sich auf Jahrgeld, Zulage für auswärtige Arbeiten, Stellung genügender Schutzrüstungen, Aufgaben der Schlichtungskommission usw. Der Tarif soll bis zum 1. April 1914 abgeschlossen werden.

Die Versammlung beschloß einstimmig, in eine Lohnbewegung einzutreten. Dann wurde die Tarifvorlage im einzelnen diskutiert und unverändert angenommen. — Die Feststellung der Präsenz ergab, daß 415 vollberechtigte und 15 nicht vollberechtigte Bauklempner sowie 94 vollberechtigte und 9 nicht vollberechtigte Werkstattklempner anwesend waren.

#### Die Sonntagsarbeit im Vierfahrrerverein.

Der Verband der Brauereiarbeiter hat vor einiger Zeit bei der Behörde Anträge eingereicht, die eine Einschränkung des Bierausfahrens an Sonntagen bezwecken. Bei den letzten Tarifverhandlungen gelang es, die Zustimmung der Brauereien dafür zu erhalten, daß im Winter das Bierausfahren an den Sonntagen unterbleibt. Die Unternehmer waren bereit, weiteren Wünschen nachzukommen, aber sie verlangten, daß der Verband bei dem Polizeipräsidenten eine Rundfrage bei den Bierabnehmern beantragen sollte, um zuerst einmal zu erfahren, wie diese sich dazu stellen. Der Verband hat nun am 12. Dezember voriger Jahres bei dem Polizeipräsidenten von Berlin und bei dem Präsidenten der Provinz Brandenburg beantragt, daß in Berlin und Umgegend eine Umfrage veranstaltet werde, ob es nicht möglich sei, das Bierausfahren an den Sonntagnachmittagen aufzugeben. Ueber das Schicksal dieses Antrages ist dem Verband offiziell nichts bekannt geworden, eine Antwort ist nicht eingetroffen. Auf dem Polizeipräsidenten fanden die Antragsteller zuerst Entgegenkommen und man sagte ihnen, daß in etwa sechs Wochen die gewünschte Verordnung herauskommen könnte, wenn von anderer Seite kein Einspruch erhoben würde. Die sechs Wochen sind längst verstrichen, also ist anzunehmen, daß ein Einspruch erhoben worden ist. Wie verlautet, sollen die Gastwirte sich gegen eine solche Verordnung erklärt haben, nach der ihnen nach 12 Uhr an Sonntagen kein Bier mehr geliefert würde.

In einer Versammlung des Jahrespersonals, der Hofarbeiter und Stallente, die am Donnerstagsabend im „Gewerkschaftshaus“ stattfand, berichtete Träger vom Verband der Brauereiarbeiter über den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit. Er erklärte auch, warum sich der Verband darauf beschränkte, das Bierausfahren nur des Nachmittags an den Sonntagen verhindert zu sehen. Der Verband wünsche, jeder Verletzung zu einem Einspruch den Boden zu entziehen und allen Ansprüchen der Wirte, soweit sie irgendwie berechtigt erscheinen, entgegenzukommen. Der Redner forderte, **Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inzeratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.**

daß die Polizei, die ein Gastlokal bei einer Konzeptionsverteilung genau untersucht, ihre Untersuchung auch auf die Vorratsräume für Speise und Trank ausdehne, in diesem Falle also darauf achte, daß ein Vorratsraum für Bier vorhanden sei. Die gegenwärtige Bestimmung, die das Bierausfahren in der Zeit von 12 bis 2 Uhr an Sonntagen gestatte, müßte so ausgelegt werden, daß nach 2 Uhr kein Bierwagen mehr auf der Straße sein dürfte. Wenn die Polizeiverordnung nur in diesem Sinne geändert würde, wäre schon viel gewonnen. Das müßte allerdings noch bis zum 1. April geschehen, denn um die Sommermonate handelt es sich eben. Die Bierfahrer erwarten, daß die Behörden ihren Wünschen, einen freien Sonntagnachmittag zu haben, volle Beachtung schenken werden. — In der Diskussion stimmten die verschiedenen Redner dem Referenten vollständig bei und erklärten, daß sich diese Bewegung sehr gut und ohne Schaden durchführen lasse. Nur Kleinliche Interessen von Gastwirten händen der Forderung im Wege. Darauf sollte aber keine Rücksicht genommen werden.

Unter mancherlei Angelegenheiten in den verschiedenen Brauereien, die noch zur Verprechung kamen, machte Schulz auf eine neue Arbeitsordnung aufmerksam, die im „Böhmischen Braubau“ beabsichtigt ist. Entgegen den tariflichen Bestimmungen will man eine andere Arbeitszeit, die eine Stunde früher beginnen soll, festsetzen. Einige Vorarbeiten für die Fahrer in der „Arbeitsordnung“ erregten große Heiterkeit. Die Fahrer sollen nicht mit der Mütze auf dem Kopf oder mit brennender Zigarre ins Lokal treten, auch sollen sie sich der größten Nüchternheit befleißigen, aber — gute Geschäfte machen. Man verlangt die Unterschrift der Fahrer für diese Neuordnung, aber die Fahrer sträubten sich natürlich dagegen.

#### Die Angestellten der Privatbadeanstalten.

die im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisiert sind, bestanden am Mittwoch in den Oranienburger Festsälen eine gut besuchte außerordentliche Generalversammlung ab. Anlaß dazu gaben Differenzen, welche im Anschluß an die von der Gruppenleitung erfolgte Kündigung des Tarifvertrages von seiten der Arbeitgeber hervorgerufen worden sind. Diese haben in dem Kündigungs schreiben vom 4. Januar d. J. erwidert, daß die Form desselben juristisch nicht standhält, und daher in Uebersichtlicher Weise schriftlich die Anerkennung der Kündigung verweigert. Trotz einer nochmaligen erklärenden Zuschrift, in der die Gruppenleitung an der nicht mißzuverstehenden Kündigung festhielt, blieben der Verein der Badeanstaltsbesitzer sowohl als auch die freie Vereinigung der Badeanstaltsbesitzer in ihren Antworthandlungen bei ihrer Ablehnung. Der dritte Tarifkontrahent von Arbeitgeberseite, die Admiralsgartenbad-Aktiengesellschaft, hat überhaupt nicht wieder geantwortet; ob man dies dort nicht für nötig gehalten hat oder ob die Haltlosigkeit des Standpunktes der Arbeitgeber eingesehen hat, bleibt eine offene Frage. Ueber den Verlauf und gegenwärtigen Stand des ganzen Streites referierte das Arbeitermitglied der Schlichtungskommission für das Berliner Badegewerbe, Buchh, und fand mit seiner Kennzeichnung der von Lokalität nicht angekränkelten Haltung der Unternehmern die lebhafteste Zustimmung der Versammlung. Beschlossen wurde schließlich, das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts anzurufen, und ferner fand nachstehende Resolution einstimmige Annahme:

Die am 22. Februar 1911 in den Oranienburger Festsälen tagende Generalversammlung der Gruppe Privatbadeanstaltsangestellte nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Ablehnung der Tarifkündigung durch die Arbeitgeber.

Die von den letzteren auf die Kündigung erteilten Antworten bezeichnen die Versammelten als juristische Silbentsteherei, welche Unloyalität in das Kündigungs schreiben der Arbeitnehmer ein mit der deutschen Sprache nicht zu vereinbarenden Sinn hineininterpretiert.

Die Versammelten halten daher an der am 4. Januar ausgesprochenen Kündigung fest und beauftragen den Gruppenvorstand, alle zur Anerkennung derselben notwendigen Schritte zu unternehmen.

In der Diskussion wurde erneut auf die an die Verbandsmitglieder ausgegebenen Legitimationskarten hingewiesen. Die Ortsverwaltung soll alles tun, um die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen durch Einschickung in diese Karten zur Nachprüfung zu veranlassen, ob die sie bedienenden Bademeister und Rauscheiner ihrer Organisationspflicht nachkommen. Das kann um so wirksamer geschehen, als ja die Badeangestellten von den Anstaltsbesitzern keinen Lohn erhalten und ausschließlich auf die Bedienstungs- und Trinkgelder des badenden Publikums angewiesen sind.

### Deutsches Reich.

#### Von den Gelben.

In Magdeburg, das die Gelben mit Vorliebe als eine ihrer Hochburgen bezeichnen, geht es mit dieser auf den Verrat der Arbeiterinteressen abzielenden „Bewegung“ merklich bergab. So ist z. B. der für die Arbeiter des metallindustriellen Betriebes von Otto Gruson u. Co. gegründete Werkverein wieder eingegangen. In den anderen Werken Magdeburgs, für die solche Vereine existieren, macht man die größten Anstrengungen, um zu verhindern, daß die Massenflucht nicht gar zu groß wird. So schenkt z. B. das Krupp-Grusonwerk den Lehrlingen ein halbes Jahr der Lehrzeit, wenn sie sich bereit erklären, dem gelben Werkverein als Mitglied beizutreten. Abrechnung wird von den gelben Vereinen öffentlich überhaupt nicht mehr verlangt.

In der letzten Zeit ist die Direktion der Magdeburger Straßenbahn-Gesellschaft den Gelben zu Hilfe gekommen, indem sie ihnen ihre Angestellten als geeignetes Organisationsobjekt empfohlen hat. Die Straßenbahndirektion ist noch verknüpft über den nennenswerten Erfolg, den ihre Angestellten bei ihrer kürzlich beendeten Lohnbewegung mit Hilfe des Transport- und des Metallarbeiterverbandes hatten. Die Treue der Angestellten zu diesen Organisationen ist der Direktion sehr unangenehm. Ihre Anordnung, daß die Straßenbahner „keiner sozialdemokratischen Organisation“ angehören dürfen, ist nicht beachtet worden, so daß sie jetzt eine gelbe Organisation für ihre Angestellten einzuführen sucht, um auf diese Weise die unbequemen Fahrer loszuwerden. Die Vorgesetzten sammeln Unterschriften für die Gründung eines gelben Vereins und bemerken stets, „im Namen der Direktion“. Wer nicht unterschreibt, braucht auf seine Anstellung nicht zu rechnen, oder: wer seine Existenz sichern wolle, müsse unterschreiben. Das „Liebeswerben“ hat aber so gut wie gar keinen Erfolg.

Die gelben Räder fühlen sich aber trotz der wenig ermutigenden Situation, in der sie sich befinden, als ob sie wer weiß was ausrichten könnten. So hat kürzlich der „Ausflug nichtpartei-politischer Arbeitervereine Magdeburgs“ zu den kommenden Reichstagswahlen Stellung genommen und die Notwendigkeit gemeinsamen Vorgehens sämtlicher bürgerlichen Wähler gegen die Sozialdemokratie betont. Ob die Obergelben bei den Reichstagswahlvorbereitungen der bürgerlichen Parteien die Rolle werden spielen können, die sie erwarten, ist recht zweifelhaft. Denn es ist auch anderen nicht unbekannt geblieben, daß es mit der gelben Bewegung ist, wie das Sprichwort sagt: Viel Geschrei und wenig Wille!

**Achtung, Schlosser!** Bei der Firma Gustav Verclas, Bau-schlosserei und Eisenkonstruktionswerkstatt in Hannover, haben die Schlosser wegen Nichterhaltung des Tarifs die Arbeit niedergelegt. Herr Verclas, welcher Mitglied der Schlosserinnung ist, weigert sich beharrlich, den Bau-schlossertarif anzuerkennen, obgleich derselbe für die Innung korporativ mit dem Metallarbeiterverband abgeschlossen ist. Bezug von Bau-schlossern erucht deshalb ferngehalten.

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Hannover-Linden.

#### Bildhauerstreik in Breslau.

Etwa 50 bei den Meistern der Bildhauerinnung und in Tischlerien beschäftigte Polzbildhauer haben die Arbeit niedergelegt. Die Unternehmer lehnten die geforderten Lohn erhöhungen rundweg ab. Dabei sind die Löhne der Breslauer Bildhauer geradezu jämmerlich.

Der Schuhmacherstreik in Weisensfeld hat selber zu Zusammenstößen geführt, über deren Charakter eigene Mitteilungen noch nicht vorliegen. Den Meldungen der bürgerlichen Depeschenbüros kann man ja leider nicht trauen. Nur soviel sei dabei mitgeteilt, daß die Polizei gegen etwa 20 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Unterfugung wegen angeblichen Landfriedensbruchs eingeleitet haben soll. Die Streikleitung der Schuhfabrikarbeiter hat, zur Vermeidung von Zwischenfällen, Streikordner mit weißen Binden am Arm eingezogen. Die Arbeitswillingen werden durch Polizei und Gendarmerie auf dem Nachhausewege begleitet. Aber sich von den Streikenden an etwaigen Ausschreitungen beteiligt, dem soll nach dem Beschluß der Streikleitung die Streikunterstützung entzogen werden.

## Letzte Nachrichten.

### Der Fall v. Richthofen vor Gericht.

Liegnitz, 24. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In später Abendstunde fällt die hiesige Strafkammer das Urteil gegen den Inspektor Kasen, der wegen der Behauptung, daß der konservernahe Abgeordnete Freiherr v. Richthofen Steuerhinterziehungen begangen habe, angeklagt war. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 550 M. Geldstrafe. Im schroffen Gegensatz dazu hatte der Staatsanwalt den Vorwurf für so erheblich angesehen, daß er acht Monate Gefängnis beantragt hatte. (Siehe auch Artikel auf Seite 2 des Hauptblattes.)

### Ablauen der passiven Resistenz.

Triest, 24. Februar. (B. Z. B.) Die heutige zollamtliche Abfertigung wickelte sich sowohl im Bereiche des Hauptzollamtes als auch im Zollhofen wie in gewöhnlichen Zeiten ab. Bei allen Staatsbehörden und Ämtern ist der normale Dienst wieder aufgenommen worden.

### Moloch Militarismus in England.

London, 24. Februar. (B. Z. B.) Das Heeresbudget für das Jahr 1911/1912 beläuft sich insgesamt auf 27 600 000 Pfund, was eine Verminderung um 70 000 Pfund bedeutet. Der Kriegsminister Haldane führt in seiner Denkschrift aus, die jegliche Weiblichkeit des Handels habe ihre gewöhnliche Wirkung dahin abgedrückt, den Rekrutensatz aus einigen Kreisen zu verringern, er setze jedoch voraus, daß die volle Staatsstärke der Armee am 31. März vorhanden sein werde. Es sei Vorsorge getroffen worden, an Stelle des Transports durch Pferde in großem Maßstabe den Transport durch Automobile einzuführen. Dies schließe eine Registrierung des privaten Automobiltransports mit ein. — Das Budget enthält eine Forderung von 85 000 Pfund für Lenkbalken und Aeroplane und sieht die Umwandlung der Ballonschule in ein Luftschiffbataillon vor.

### Aus der russischen Duma.

Petersburg, 24. Februar. (B. Z. B.) Die Reichsduma verhandelte heute über den Antrag, ein Gesetz über die Einführung der lokalen Selbstverwaltung in Polen ausgearbeitet, was sie einstimmig für wünschenswert erklärte. Der Vertreter der Regierung sagte die Ausarbeitung einer entsprechenden Vorlage zu. Die Duma begann darauf die Besprechung einer Gesetzesvorlage über die Auslieferung von Verbrechern. Die Vorlage sieht die Gegenseitigkeit in der Auslieferung sowohl bei kriminalen als bei politischen Verbrechern vor, falls letztere gegen das Leben, die Freiheit, die Gesundheit oder die Ehre eines fremden Staatsoberhauptes verübt worden sind. Die Auslieferung findet nur unter der Bedingung statt, daß der Ausgelieferte von einem ordentlichen Gerichte abgeurteilt wird und nur für ein Verbrechen, welches der Grund der Auslieferung gewesen ist. Das Mitglied der Rechten, Samoilow, erklärte, Rußland müsse danach trachten, die Auslieferung von Verbrechern aller Kategorien von den Nachbarstaaten zu erlangen. Man müsse die Reiter der Revolutionäre in Paris, London und anderen Städten gefürchten, denn sie fügten der russischen Staatsordnung (1) ungeheuren Schaden zu. Die Regierung müsse verlangen, daß fremde Staaten russische Revolutionäre nicht beherbergen. Die Vorlage wurde angenommen.

### Moralische Ohrfeigen.

Moskau, 24. Februar. (B. Z. B.) 65 Vertreter der Großindustrie und der Großkaufmannschaft veröffentlichten in den Zeitungen einen Brief, in dem sie sich als Anhänger einer energischen Bekämpfung des Schulstreiks bekennen, andererseits aber die Anwendung rein materieller Kraft durch die Regierung verurteilen. Durch Schweigen erweise die Gesellschaft der Regierung einen schlechten Dienst, indem sie den Glauben erwecke, daß das Land die Regierung moralisch unterstütze.

### Studentenausweisungen.

Moskau, 24. Februar. (B. Z. B.) Der Stadthauptmann hat 103 Studenten wegen Teilnahme an den Unruhen ausgewiesen.

### Ein Schulhaus von einer Lawine verschüttet.

Koworossiat, 24. Februar. (B. Z. B.) In dem Dorfe Kibge im Gouvernement des Schwarzen Meeres wurde das Schulhaus durch eine Schneelawine verschüttet. Dabei fanden zwölf Knaben und sechs Erwachsene den Tod.

### Nächtlicher Straßenkampf.

Tcheran, 24. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) In der letzten Nacht kam es in einer der Hauptstraßen zwischen zwei bewaffneten Parteien, die man für russische Untertanen hält, zu einem Zusammenstoß. Zwei Mann der einen Partei wurden getötet. Man hat Grund anzunehmen, daß es sich um einen Akt der Vergeltung für die Ermordung des Finanzministers Seni eb Dausch handelt.

### Anhaltender Rückgang der Pest.

Peking, 24. Februar. (B. Z. B.) Jeden Tag wird ein unterschiedener Rückgang der Seuche gemeldet. Heute sind gemeldet worden 2 Todesfälle an der Pest aus Fuziadjan, 13 aus Kulden, 35 aus Kwang-tschong-tschang, 15 aus Charbin, ein Todesfall aus Tientsin. Die Berichte aus der Provinz Schantung sind zwar unbestimmt, doch scheint sich die Lage dort zu bessern.

### Eisenbahnkatastrophe in Chile.

Valparaiso, 24. Februar. (B. Z. B.) In der Nähe der Braden-Kupferwerke in der Provinz O'Higgins entgleiste ein Zug auf einer Brücke und stürzte in die unter der Brücke befindliche Schlucht. Die Zahl der getöteten und verletzten Personen beträgt 50.

### Eine ganze Stadt niedergebrannt.

Port-au-Prince (Insel Haiti), 24. Februar. Gestern ist in der Stadt Aux-Caves ein Feuer ausgebrochen, das die ganze Nacht hindurch wütete und die Stadt zerstörte. Die Einwohner leiden beträchtlich, der Schaden ist groß.

Reichstag.

184. Sitzung. Freitag, den 23. Februar 1911, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Heeringen, Wermuth. Abstimmung über die neue Militärvorlage.

In namentlicher Abstimmung, die gestern ausgelegt wurde, wird der § 1 des Gesetzes über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres mit 247 gegen 63 Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen.

Hilfsmitglieber im Patentamt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzesentwurfes über die weitere Zulassung von Hilfsmitgliebern im Patentamt. Im Gesetz vom 18. Mai 1908 war bestimmt, daß der Reichsanwalt solche bis zum 31. März 1911 berufen kann; bis zu dieser Zeit hoffte man, die allgemeine Revision des Patentgesetzes erledigen zu können. Da dies bisher nicht möglich war, soll die Frist bis zum 31. März 1914 verlängert werden.

Die Vorlage wird in erster und zweiter Beratung debattelos angenommen.

Zweite Lesung des Militär-Etats.

Die Beratung beginnt mit einer allgemeinen Besprechung beim Titel „Gehalt des Kriegeministers 50 000 M.“

Es liegt hierzu eine von den Abg. A. B. L. A. H. und Genossen (Sp.) beantragte Resolution vor, bei der Beförderung militärischer Stellen solle allein die Tüchtigkeit entscheiden, insbesondere soll weder eine Bevorzugung des Adels, noch eine Zurücksetzung aus politischen oder konfessionellen Rücksichten erfolgen.

Hierzu beantragen die Abg. Liebermann von Sonnenberg und Genossen (Wirtsch. Vg.), hinter „Tüchtigkeit“ einzufügen: „und die sonstige Eignung zum Vorgesetzten“.

Abg. Erzberger (Z.): Die Zahl der Feststellen im Offizierkorps ist erfreulicherweise in stetem Abnehmen begriffen. Die Budgetkommission hat sich mit der Frage beschäftigt, ob die beiden Armeesinspektorenstellen aus Sparmaßregeln gestrichen werden sollen. Meine politischen Freunde lehnen das ab. Das Unteroffizierkorps ist erheblich gewachsen, wir haben im diesjährigen Etat etwa 90 000 Unteroffiziere gegen 50-60 000 vor einigen Jahren.

Damit wächst auch die Zahl der jährlich zu versorgenden Militärärzte. Erfreulich ist, daß die Soldatenmishandlungen ganz erheblich abgenommen haben; um nicht weniger als 70 Proz. haben sie sich nach einer Statistik, die ich vor einiger Zeit sah, verringert.

Die Zahl der Kontrollverammlungen sollte nach Möglichkeit eingeschränkt werden. Beim Beschaffungswesen ist es zu begrüßen, daß die Militärverwaltung dazu übergegangen ist, direkt beim Produzenten zu kaufen. Bei der Beschaffung von Waffen und Munition sieht die Heeresverwaltung sich vielfach Ringen und Trübsis gegenüber; es wäre recht gut, wenn der Kriegeminister dies und vertraulich mitgeteilten Zahlen hierüber auch in voller Öffentlichkeit wiederholte. Die deutsche Munitions- und Waffenfabrik z. B., die ein Monopol für Maschinen- und Gewehre besitzt, hat ganz ungeheuerlich am Reiche verdient. Auch Patente könnte man doch unter Anwendung des § 5 des Patentgesetzes erwerben und die betreffenden Dinge in den eigenen Werksstätten des Reichs erheblich billiger herstellen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Roste (Soz.):

Unsere grundsätzliche ablehnende Haltung zum Militarismus hindert uns nicht, auf Richtiges aufmerksam zu machen und auf Reformen zu dringen. Früher tat das auch das Zentrum, heute haben wir nichts davon gehört. — Unstreitig ist der Militäretat sparsamer aufgestellt als in früheren Jahren; trotzdem werden die Erträge der Vermögenssteuer nicht ausreichen, um die Lasten zufolge der neuen Militärvorlage auszugleichen. Nachdem Dr. Heim gestern auf die Mannschafslöhne hingewiesen, muß ich scharf betonen, daß wir seit Jahren eine

Erhöhung der Mannschafslöhne

gefordert haben. Seit Jahren betragen sie 22 Pf. pro Tag, obwohl Butter, Speck, kurz alles teurer geworden ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Soldaten sind auf ihre Ersparnisse und auf Zuschüsse von zu Hause angewiesen; es wäre interessant zu erfahren, wieviel das deutsche Volk auf diese Weise noch extra besteuert für seine Söhne im Waffenrock. Es ist kein Ruhmesblatt für den Deutschen Reichstag, daß er das Verprechen der Erhöhung

der Mannschafslöhne auch in diesem Jahre nicht einlöst und, wie ich hinzufüge, auch im nächsten Jahre nicht. Schuld daran ist das Zentrum. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Bei der Erhöhung der Offiziersgehälter sagte das Zentrum zuerst, es sei bedenklich, sie vor den Mannschafslöhnen zu erhöhen, denn wegen der Mannschafslöhne würde man ganz gewiß keine neue Steuer einführen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber dann hat das Zentrum die Offiziersgehälter doch erhöht und für die Mannschaften sich mit einer Resolution begnügt. In diesen Rahmen paßt es dann auch, daß bei der Marine den Heizern die Zulage gestrichen ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen haben die Sparmaßregelbestrebungen der bürgerlichen Parteien beim MilitärEtat geradezu einen komischen Beigeschmack. Die Nationalliberalen erklärten, die neue Vorlage gebe ihnen nicht weit genug; dann aber wollten sie die Führer streichen. Wir bekämpfen ja den Militarismus prinzipiell; aber den Nationalliberalen muß man doch sagen, was soll denn das größte Meer nützen ohne Führer. Sie wurden denn auch als halbe Vaterlandsverräter hingestellt, die nur ein Wahlmandat vollführten. Sie sind denn auch mit gewohnter Gründlichkeit zusammengeklappt und die Sparmaßregelaktion hatte ein Ende. Das Verbot von den Reformen und Vereinfachungen im Militärwesen ist geradezu zu einem Spottwort geworden, zu einer Verhöhnung des Reichstages! Eine Kommission ist vor Jahr und Tag eingesetzt, um die Möglichkeit von Vereinfachungen zu beraten. Hoffentlich kommt nicht schließlich heraus, daß die Einführung der Vereinfachungen neue Kosten verursacht.

Zu grundlegenden Reformen wird die Militärverwaltung schließlich durch die Verhältnisse gebrängt werden, die Avancementsverhältnisse in den Offizierskreisen treiben dazu und auch mit den Militärärzten, deren Zahl ganz unheimlich answächst, kann es nicht so weiter gehen wie bisher. Ein Mitglied der Rechten meinte in der Kommission, die Reichsversicherungsordnung werde Gelegenheit geben, eine größere Zahl von Militärärzten als staatsverhaltende Elemente in den Krankenkassen unterzubringen. Wir wissen jetzt, wohin die

Gehe gegen die Krankenkassen

geht. Die Kommission schlägt auch vor, zu erwägen, ob man die Militärärzte nicht auf dem Lande ansiedeln kann. Das ist eine reine Utopisterei (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), für die man kein Geld ausgeben sollte. Von Reformen merken wir nichts, außer der Einführung von neuen Waffen; unter dem gegenwärtigen Minister geht es eher rückwärts als vorwärts. In allen anderen Ländern dringt auch in das Heerwesen ein neuer Geist ein, dort geht man zur Verkürzung der Dienstzeit über und zu einer Demokratisierung des Heerwesens, man verabsichtigt sich eben nicht der Latzoch, daß heute ein ganz anderes Menschenmaterial in die Kasernen einzieht als vor 20 und 30 Jahren. Nur bei uns haben wir

ein starres Festhalten am alten

so lange bis es eben gar nicht mehr gehen wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Seit Jahren spricht man über eine planmäßige Jugendberziehung; und aus den Ausführungen des Kriegeministers von Einem konnte man schließen, daß wirklich etwas getan werden soll. Jetzt hören wir, daß auch dazu kein Geld vorhanden ist, und der jetzige Kriegeminister will noch mehr als bisher zum Hurra-Patriotismus erziehen. Aber das kann ich ihm schon jetzt sagen, die Bekämpfung der sozialistischen Ideen in der Schule und Fortbildungsschule wird fruchtlos sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Einfluß des Elternhauses und der gesamten Verhältnisse in den Fabriken, in denen die jungen Leute arbeiten, wird mächtiger sein als der der Schule und Fortbildungsschule; die Sozialdemokratie ist eben nicht das Produkt gewissenloser Leute, sondern das Produkt bestimmter wirtschaftlicher Zustände, und sie wird weiter wachsen, ehe hier nicht eine Aenderung eintritt. Wenn der Minister etwas tun will, dann mag er für Ausdehnung des Turnens der jungen Leute sorgen und für eine

Verkürzung der Arbeitszeit.

(Lebhafte Unterbrechungen rechts.) Wer, wie ich, als Lehrjunge 12-13 Stunden bei einem kleinen Krantler in die Stube geklopert wurde, der weiß, was da an Volksgesundheit untergraben wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herr Häusler hat vor einem Jahre sehr warm die Möglichkeit einer

Verkürzung der Dienstzeit

dargetan. Jetzt sagt das Zentrum, es will die neue Militärvorlage

nicht als Pressionsmittel benutzen. Um bloße Wünsche wird sich die Heeresverwaltung nicht kümmern, darauf weist sie. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn Sie schon bei der Heeresvorlage Reformen nicht erzwingen wollten, so sollten Sie doch beim Etat darauf dringen. Der Minister will das Einjährig-Freiwilligen-Privileg auf die Mittelschulen ausdehnen. Wir sind prinzipielle Gegner des Privilegs und wir wünschen, daß der Kreis derer, die nach einjähriger Dienstzeit entlassen werden, erheblich erweitert wird. Diese Vollmacht erteilen wir dem Minister gern, ohne daß darin ein Uebermaß von Vertrauen liegt. (Weiterkeit.) Eine weitere Verkürzung der Dienstzeit sollte schon deshalb angehtanden werden, weil die Heeresverwaltung in den letzten Jahren durch stärkere Einberufung zu den Übungen systematisch zu einer Verlängerung der Dienstzeit gelangt ist. — An Reformen haben wir unter dem jetzigen Minister nur von neuen Paradevorschriften gehört, von Vorschriften, wie die Militärmusik zu spielen hat, wer den Hut abzunehmen hat und dergleichen mehr, was unstreitig zur Erhöhung der Schlagfertigkeit beiträgt. Auch der Exzerziermarsch, der glücklich beseitigt war, ist unter ihm wieder eingeführt worden. — Im vorigen Jahre hat der

bevorzugte Regimenter

gäbe. Ich kann ihm auch jetzt wieder zeigen, daß das nicht geschieht, was er sagt, das ein höherer Wille als der seine andere Ausschauungen aufstellt, als er hier vertritt. Bei der Rekrutenverteilung in Potsdam sagte der Kaiser, für die jungen Leute sei es eine besondere Ehre, in der Garde zu dienen. Also der Minister erklärt, alle Regimenter sind gleich zu bewerten; aber der Kaiser sagt, nein, die Garderegimenter sind eine besondere Nummer. Danach ist es begreiflich, daß auch bestimmte bürgerliche Schichten in das Offizierkorps dieser Regimenter nicht zugelassen werden. Gewundert hat es mich, daß der Redner des Zentrums nichts über das Duell gesagt hat. Ich rege mich ja nicht auf, wenn jemand so töricht ist, sich vor die Pistole zu stellen und

ein Loch in den Bauch

schließen zu lassen. (Weiterkeit.) Aber das Zentrum hätte Veranlassung, dagegen aufzutreten, daß die Offiziere sich gegen bürgerliches und göttliches Recht auflehnen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) — Der Waffengebrauch sollte unter strengere Vorschriften kommen. In Berlin ist kürzlich ein Fährlich, der einen Menschen ohne Veranlassung tödlich freigesprochen worden; man billigt ihm Putativnotwehr zu, weil er in schlotternder Angst handelte. Wir müssen mehr Achtung für das Leben der Zivilbevölkerung fordern. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) — Der Kriegeminister will als Erzieher wirken und hat zum Gespött der ganzen Welt den Offizieren

das Lesen des „Simplicissimus“

verboten. (Große Weiterkeit links.) Er sollte lieber dafür sorgen, daß das Skrotentum aus den Kasernen verschwindet — erklärte doch ein Kriegsgericht einen Offizier für straffrei, der einen Unteroffizier „rober Pöbel“ tituliert hatte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Solange auf der Kasernen den Mannschaften gegenüber der

rüdeste Ton

angewendet wird, sollten Sie sich nicht beklagen, daß wir unsere Gegner nicht mit Glockenschlägen anfallen. Western sprach der Kriegeminister von dem verabschieden Geist des Militärdienstes. Der Ton in den Kasernen läßt davon nicht viel merken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

In das Kapitel der unzulässigen und dabei lächerlichen Bevormundung gehört auch das Verbot für Mannschaften, Lokale zu besuchen, in denen Sozialdemokraten verkehren. Was will man damit erreichen? Will man den Soldaten die Existenz der Sozialdemokratie verheimlichen? Oder fürchtet man Anstiedung, wenn die Soldaten abends in einem Saale das Tanzbein schwingen, in welchem am Vormittag ein Sozialdemokrat gesprochen hat. (Weiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Unzweifelhaft wird unter dem jetzigen Kriegeminister der Wohlstand wieder schärfer gehandhabt, als unter seinem Vorgänger. In Lokalen, in denen Sozialdemokraten Versammlungen abhalten, darf die Militärmusik nicht spielen — was allerdings das gute hat, daß den schwer um ihre Existenz ringenden Zivilmusikern ein wenig die Konkurrenz erleichtert wird. Wirte verfallen dem Militärboykott, wenn sie sich nur in sozialdemokratischen Plättern inoffizieren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Saalabtreiberi wird geradezu systematisch betrieben.

Kleines feuilleton.

Das Wetter vor Gericht. Während die Wissenschaft der gerichtlichen Medizin in unserer Rechtsprechung seit langem eine bedeutende Rolle einnimmt, wird die Wichtigkeit der gerichtlichen Meteorologie erst in jüngster Zeit von den Juristen mehr und mehr beachtet. Der Meteorologe Prof. C. Nahner erörtert nun in einem Aufsatz der „Deutschen Revue“ an einer Fülle von Beispielen den nicht selten ausschlaggebenden Anteil, der dem Wetter und seiner wissenschaftlichen Beobachtung bei der Entscheidung der Gerichte zukommt. Der erfahrene Meteorologe kann als Sachverständiger über so manche Dinge exakte Auskunft geben, die dem Richter für einen gerechten Urteilspruch bestimmte Anhaltspunkte bieten. Da bei einer solchen meteorologischen Auskunft mannigfache Momente zu berücksichtigen sind und nicht selten die Beobachtungsergebnisse verschiedener meteorologischer Stationen kombiniert werden müssen, so werden sich die Gerichte in Norddeutschland am besten an das Preussische Meteorologische Institut wenden.

Wie wichtig unter Umständen der Spruch des gerichtlichen Meteorologen in Fragen krimineller Art sein kann, beweist z. B. ein Fall, bei dem ein Affessor auf Grund der Aussagen einer alten Frau, die ihn früh um drei Uhr im Spätherbst gesehen haben wollte, eines Raubmordes beschuldigt wurde. Seine Ehre und Karriere standen auf dem Spiel, aber er konnte kein genügendes Entlastungsmaterial beibringen, bis er auf den Gedanken kam, das meteorologische Institut um Auskunft über die Helligkeitsverhältnisse in jener Nacht am Tatort zu bitten. Solche Helligkeitsprobleme, die nach den Beobachtungen über Bewölkung, Nebel und Regen, über die normale Dauer der Dämmerung und das Studium der Wetterkarte sich häufig nur durch umfangreiche Untersuchungen und Berechnungen lösen lassen, sind schwer richtig zu beantworten. Doch konnte in diesem Falle einwandfrei festgestellt werden, daß die alte Frau unmöglich in der fraglichen Morgenstunde einen Menschen vom Fenster aus hätte erkennen können, und der Affessor wurde freigesprochen. Ein anderes Beispiel, in dem die Meteorologie Licht in eine mysteriöse Strafsache bringen konnte, war eine Anklage auf Brandstiftung. An einem schönen Sommertage brach in einem Zimmer Feuer aus, und nur der Mieter konnte der Täter sein; er wäre auch verurteilt worden, wenn man nicht schließlich auf den Gedanken gekommen wäre, daß die Sonne eine mit Wasser gefüllte Karaffe bestrahlen hätte und daß diese Karaffe wie eine Brennlampe die Wärmestrahlen der Sonne gesammelt, gerade auf der Tischdecke konzentriert und sie in Brand gesetzt haben könnte. Da durch meteorologische Auskunft festgestellt werden konnte, daß zu der fraglichen Zeit tatsächlich die Sonne gesehen hatte und die Entzündungsurache durchaus im Bereich der Möglichkeit lag, wurde die Anklage aufgehoben.

Daß der Regen Brandstifter sein kann, zeigte sich, so unglücklich es auch klingt, zu Anfang Februar 1910 in Hildorf. Dort löschte sich mit Tüchern bedeckter ungelöschter Haß, der in einem Holzschlag lag, durch Regen selbst und wurde dabei so heiß,

daß Lächer und Holz in Brand gerieten. Wurden hier Unschuldige vom Verdacht der Brandstiftung gereinigt, so kann andererseits durch Wetterbeobachtungen das Vorhandensein von Brandstiftung festgestellt werden. Dies war bei einer Reihe von Bränden der Fall, die in der nördlichen Provinz vorkamen. In den betreffenden Dörfern hatte es aus irgend einer Ursache gebrannt, und jedesmal schlugen, angeblich durch Flugfeuer, auch aus dem Dache eines gut verschieren Nachbarchaufes die Flammen. Die Vermutung, daß die Häuser nur zur Erlangung der Versicherungssumme angezündet worden seien, wurde durch den meteorologischen Sachverständigen bestätigt, der nachweisen konnte, daß bei der herrschenden Windrichtung das Flugfeuer gerade nach der entgegengesetzten Richtung hätte fliegen müssen.

Die gerichtliche Meteorologie hat sich sodann mit der Frage zu beschäftigen, wie das Wetter auf den Menschen wirkt. Bei trübem Wetter, das die Menschen erfahrungsgemäß traurig und reizbar macht, werden Selbstmorde und Streiftaten häufiger vorkommen als bei schönem; auch die höhere Temperatur im Sommer erregt den Menschen und reizt ihn leicht zu Gewalttätigkeiten. Unter den Straftaten, bei denen die Temperatur eine Rolle spielt, kommen am häufigsten die Anklagen wegen Hehlens verdorbener Waren, namentlich bei Fleisch, und wegen Unfall durch Glätte vor. In beiden Fällen wird die Meteorologie auf Grund ihrer Beobachtungsstabellen die richtige Auskunft erteilen können. Neben dem Verderben von Nahrungsmitteln, für das die Witterung so häufig verantwortlich gemacht wird, kann auch die Nahrungsmittelzuführung die Meteorologie beschäftigen. So behauptete ein Milchhändler in einem Vorort Berlins, in dessen Milch mehr als 10 Proz. Wasserzusatz gefunden wurde, es sei bei hartem Regen Wasser in die und einen Milchfässer gelaufen. Die Unannehmlichkeit dieser Angabe konnte dadurch bewiesen werden, daß die Regenhöhe an den betreffenden Tagen festgestellt wurde. Wäre wirklich Wasser in die innen 40-50 Zentimeter hohen Fässer gelaufen, dann hätte die Regenhöhe 40-50 Millimeter betragen müssen; tatsächlich ergab sie aber nur 0,5 Millimeter Wasser und das hätte den Wassergehalt der Milch höchstens um 1/10 Proz. erhöhen können. Selbst in Familienangelegenheiten mischt sich die Meteorologie.

Die Ausforschung von Mesopotamien. Seit dem Altertum haben sich mit manchen Ländern ungünstige Wandlungen vollzogen, die oft in voranschreitender Weise einer Verwahrlosung des Klimas zur Last gelegt worden sind. Nun ist es zwar eine von der Wissenschaft anerkannte Tatsache, daß sich mit dem Klima der einzelnen Erdgegenstände im Laufe der Jahrhunderte und Jahrtausende Veränderungen vollziehen, die auch für die landwirtschaftliche Bodennutzung von großer Bedeutung sind. Insbesondere muß selbstverständlich eine Verminderung des Regenfalles in dieser Richtung einen verhängnisvollen Einfluß ausüben. Dennoch ist es höchstens zum Teil richtig, einen solchen Vorgang als Grund dafür anzunehmen, daß Länder wie Ägypten, die ehemalige Storkammer des römischen Reichs, Mesopotamien und Persien, jetzt in ihrer Zeugungskraft verarmt sind. Im Altertum sind namentlich in den beiden letztgenannten Ländern und wiederum vor allem in Mesopotamien, Mittel zur künstlichen Bewässerung aufgewandt

worden, die seitdem verfallen sind. Mesopotamien hat nach der Schaffung der großartigen Stauanlagen am Nil bereits seine Wiederaufstehung begonnen. Der geistige Schöpfer dieses außerordentlichen Menschenwerks, der Engländer Wilcocks, hatte einen entsprechenden Plan auch für die künstliche Bewässerung von Mesopotamien ausgearbeitet, dessen Ausführung jedoch bisher nicht in Angriff genommen worden war. Jetzt aber ist zwischen der türkischen Regierung und einer englischen Firma ein Vertrag für den Bau eines großen Staubammes im Auftrag des Hindia-Kanals zustande gekommen, und damit würde ein Teil der Vorschläge von Wilcocks verwirklicht werden, indem die Gewässer des Euphrat aus jenem Kanal wieder in das eigene Bett zurückgeleitet werden sollen. Der Vorteil wird ein doppelter sein, indem die jetzt trockenen Gelände zu beiden Seiten des Euphrat eine Bewässerung erhalten und die fruchtbaren Gebiete längs des Hindia-Kanals von ihrem Uebermaß an Feuchtigkeit befreit werden.

Notizen.

— Musikchronik. Das nächste populäre Liederkonzert im Viktoria-Saal Sonntag, den 26. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, wird ein lustiges Faschings-Konzert mit Rezitationen sein.

— Theaterchronik. Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhaus findet am Sonnabend, den 4. März, nachmittags 8 Uhr, eine Aufführung von Schillers „Wilhelm Tell“ für die Gemeindeführung Berlin und der Vororte statt.

— Felix Weingartner ist von Herbst 1912 ab als musikalischer Leiter für das Hamburger Opernhaus verpflichtet worden.

— Neue Berufs- und Wortbildungen. Die für die Aufnahmejury der Internationalen Hygieneausstellung vorgeschlagenen Sozialpolitiker Minister A. D. von Verleppich, Professor Franke und Herr von Scheiden wurden von dem Ausstellungsdirektorium abgelehnt und zwar „weil sie ohne festen Boden unter den Füßen in der Luft schweben“. Demnach scheint es sich hier um eine neue Gruppe von Luftschiffern, etwa um Sozialaviatiker zu handeln.

In Nr. 29 der „V. J. A. M.“ wurde das am Rhein zu errichtende neue Bismarckdenkmal als ein „plastisch-architektonischer Justizmord“ charakterisiert. Wie wäre es im Zukunft mit einer monumentalen musikalischen Polizeirazzia oder einem perspektivisch-koloriertem Gerichtsbefehl?

— O, wie interessant! Bezeichnend für den von der bürgerlichen Presse betriebenen Personal-Neuemantel sind die ausführlichen Berichte über die Zahl der ausgetauschten Obersten und der in Aussicht genommenen Duell anlässlich der Aufführung eines neuen Dramas von H. Vernstein in Paris. Es würde ungeschicklich ebenso interessant sein, die Kontrahenten festzustellen, die unsere menschenunwürdigen Studenten sich alle Abende holen oder die Invektiven zu numerieren, die gewisse ebenso randallertüchtige Hochmeister der Feder sich leisten.

Ein Erlass des Kriegsministers hat unseren hollen Weisall. Er verbietet die Verwendung von Soldaten zu gewerblichen Zwecken. Schade nur, daß der Erlass in der Praxis wenig befolgt zu werden scheint. In den königlichen Theatern hier in Berlin werden Soldaten als Statisten, Theaterarbeiter usw. gebraucht, während zahlreiche Zivilisten arbeitslos herumlaufen. In Elberfeld, in Essen etablieren sich die Bezirkskommandos direkt als Streikbrecherbureaus. Sie verweisen mit Vorliebe die entlassenen Soldaten auf Betriebe, in denen gestreikt wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf die Beschwerde der Gemeindefunktionen erklärte die Militärverwaltung: das Geschehe nur aus humanitären Gründen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Einige Worte über die

### Reform des Militärstrafrechts.

Der Reichstag hat oft diese Forderung erhoben. Die Militärverwaltung hat nicht darauf geachtet. Die neue Militärverordnungen wäre der geeignete Zeitpunkt gewesen, Ernst hinter diese alte Forderung zu legen. Es ist nicht geschehen, und nachdem die Militärverwaltung bewilligt worden ist, wird die Militärverwaltung erst recht nicht an eine Reform denken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und doch wäre eine solche Reform dringend notwendig. Ich will übrigens bei dieser Gelegenheit die alte Unwahrscheinlichkeit zurückweisen, daß die Sozialdemokratie die Soldaten zur Insubordination anreizt. Die Statistik beweist das Gegenteil. Die allerwenigsten Verbrechen gegen die Subordination kommen im sächsischen Kontingent vor. (Wohlfühler! Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Täglich erleben wir, daß drakonische Urteile gefällt werden, die die Notwendigkeit einer Reform des Militärstrafrechts beweisen. Ich erinnere an die ungeheuerliche Verurteilung jenes Sekterers, der sich weigerte, am Sonnabend Dienst zu tun. Ich erinnere an die zahlreichen Urteile, durch die oft wegen Lappalien Leute für ihr ganzes Leben ruiniert werden. Damit kontrastieren dann auf grellste die milden, spähhaft milden Urteile gegen Soldatenkinder. Da wird ein Soldat von einem Offizier mit der Reitpeitsche durchs Gesicht geschlagen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der betreffende Offizier wurde zu ein paar Tagen Stubenarrest verurteilt. Das ist

### keine Strafe

für die infame Mißhandlung eines Bekräfteten. (Wohlfühler! Just bei den Soz.) Man spricht von einem besondern Ehrgefühl des Offizierskorps. Dann sollte das Offizierskorps selbst dafür sorgen, daß solche Leute, die in feiger Weise wehrlose Untergebene mißhandeln, ausgeschlossen werden. (Wohlfühler! Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herr Erzberger hat uns erzählt, daß die Zahl der Soldatenmißhandlungen abgenommen hat. Das wäre auch noch schön, wenn die Jahraus, jahrein im Reichstag geübte Kritik an den Soldatenkindereien gar nicht geholfen hätte. Es kann aber gar keine Rede davon sein, daß die Soldatenmißhandlungen aufgehört haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die privilegierte Stellung der Offiziere kommt auch zum Ausdruck in den

### Ehrengerichten.

Ich will auf die Frage hier nicht näher eingehen. Wir sind Gegner aller solcher privilegierten Standesgerichte. Ihren Zweck der Säuberung des Offiziersstandes von unfauberen Elementen scheinen die Ehrengerichte sehr unvollkommen zu erfüllen. Der Graf Pfeil, der abwechselnd seine schwangere Ehefrau und seine Töchter privilegiert, ist ja jetzt ausgewezert. Aber der Hauptmann Weller, der seine Soldaten u. a. — die allerhöchstenmöglichen Ausdrücke (Heiterkeit) will ich hier nicht vortragen — mit „Kas“, „Schweinehund“, „krummer Hund“, „Wies“, „schweles Judenaas“, „Gehirnmaschine“ (Heiterkeit und Pfui!-Rufe) anredete, ist

### in der Armee geblieben

und kann es noch weit bringen auf der Staffelleiter der militärischen Wärdien. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die Fortschrittler haben einen Antrag eingebracht, wonach politische und religiöse Rücksichten nicht von der Beförderung ausschließen sollen. Die Antisemiten haben dazu einen Antrag eingebracht, der ihn in sein Gegenteil verkehrt. Nun läßt uns der Streit um die Referveoffizierswürde ziemlich kalt. Wir nehmen lächelnd Kenntnis von Hällen, wie dem Vorgang mit dem Dr. Jäncke-Hannover, der seiner Referveoffizierswürde entleidet wurde, weil er mit Maximilian Harden freundschaftlich verkehrt hatte. Solche Fälle beweisen nur, wie nutzlos es in manchen militärischen Dingen aussieht. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir Sozialdemokraten wissen es ja längst, daß wir als Leute minderen Ranges in der Armee und anderswo behandelt werden. Es finden sich auch oft genug Denunzianten, die Nichtsozialdemokraten bei der Militärbehörde denunzieren, um ihnen Ungelegenheiten zu bereiten. Uebrigens wird der Kriegsminister kaum wissen, wie viele sozialdemokratische Vorgesetzte es schon in der deutschen Armee gibt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube, der Herr Kriegsminister dürfte sich auch sehr scheuen, beim Kriegesfälle nach der sozialdemokratischen Stimmung von Feldwebeln und Unteroffizieren zu forschen, und noch weniger möchte es ihm einfallen, zu dekretieren, daß alle Sozialdemokraten als unzuverlässig zu Hause gelassen werden. (Große Heiterkeit. — Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ueber die Stellung des Militarismus und gegenüber haben wir uns nie Illusionen hingeben. Auch der bekannte

### Wissungse Geheimrat

hat uns nichts besonders Neues gebracht. Aber bezeichnend ist es doch, daß in dem Erlass auch die Verhaftung von Abgeordneten in Aussicht genommen wird. (Wohlfühler! Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Immunität der Abgeordneten, erklärt Herr v. Bissing kurz, soll nicht respektiert werden. (Wohlfühler! Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und ist es nur zu klar, daß es in solchen Fällen gar nicht erst des Oldenburgischen Zeutnants mit den zehn Mann bedürfen würde. Wie leicht kann es einmal zu einer Verhängung des Belagerungszustandes kommen! Die Polizei braucht ja nur noch etwas

### mehr Spiegel und Lichtgroschenjüngens

auf die Straße schicken, als sie in Mosbit getan hat. (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dann ist der Vorwand da, um womöglich alle sozialdemokratischen Abgeordneten zu ergreifen und nach irgend einer ostelbischen Festung zu schleppen, wie man 1870 unsere Genossen nach der ostpreussischen Festung Lügen geschleppt hat! (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Interessant ist in dem Bissing'schen Erlass auch die Rolle, die den Maschinengewehren und dem Reichstage zugeordnet ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Selbstredend werden wir unseren Feinden nicht das Vergnügen machen, ihnen die Gelegenheit zu geben, daß der Säbel haut und die Hinte schießt. (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir entziehen uns dem Vaterlande nicht, wenn wirklich einmal ein auswärtiger Feind es bedrohen sollte. Aber gegenüber dem völkerverfeindlichen Militarismus kann es für uns nur eine Parole geben, die Parole: Krieg bis aufs Messer! (Wohlfühler! Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Reintgen (Sp.): Wenn wir auch in vielen Punkten nicht mit den Ausführungen des Abg. Roske übereinstimmen, so z. B. bekreiten wir, daß allein die Sozialdemokratie sich um die körperliche Ausbildung der Arbeiterjugend bekümmert, und wenn wir auch manche Verbesserungen und Fortschritte im Militärwesen anerkennen, so haben leider doch auch wir mehr zu tadeln als zu loben. Auch wir bedauern, daß das Zentrum nicht mehr seinen besten Fachkenner, den Abg. Häusler, zum Militär-Etat sprechen lassen zu wollen scheint. An seine Stelle ist der Abg. Erzberger getreten, der ja überhaupt im schwarz-blauen Bloß die Führung zu übernehmen scheint. (Wiedererwidert Widerspruch des Abg. Erzberger.) — Nebner empfiehlt sodann die von seiner Fraktion beantragte Resolution auf Ergänzung der Soldaten, die sich vor ihrer Dienstzeit turnerische Kenntnisse erworben haben, und bekämpft scharf einen Ministerialerlass, der sich dagegen wendet, daß Offiziere den Par-

lamentarischen Mitteilungen über militärische Fragen machen. Eben erst ist wieder eine Militärvorlage bewilligt worden, die dem deutschen Volk schwere Lasten auferlegt. Der Reichstag hat ein Recht darauf, sich Informationen zu verschaffen. (Wohlfühler! Zustimmung links.) Wir protestieren aufs Schärfste dagegen, daß es in jenem Erlass als schamvoll bezeichnet wird, wenn Offiziere sich an Abgeordnete wenden. Ist denn der Reichstag nur dazu da, Milliarden zu bewilligen? (Sehr gut! links.)

Nebner empfiehlt sodann die fortschrittliche Resolution, wonach politische und konfessionelle Rücksichten bei der Beförderung keine Rolle spielen sollen und die Bevorzugung des Adels aufhören soll. — Eigentlich enthält unsere Resolution selbstverständliche Forderungen; aber es fehlt leider noch viel, daß selbstverständliche Forderungen auch erfüllt werden. Der ritterliche Herr v. Einem hat uns Erfüllung unserer Forderungen zugezagt. Aber die Macht des Adels scheint größer zu sein, als die des Ministers. (Sehr wahr! links.)

Die rechts- und verfassungswidrige Nichtzulassung der Juden zu Offiziersstellen dauert fort. Nur die Juden werden zugelassen, die sich taufen lassen. Ist die Armee denn dazu da, Profelitemacherei zu treiben? (Sehr gut! links.) Unserer Forderung nach Reform der Ehrengerichte, für welche die Verfassung keinen Raum läßt, und die der Reichstag schon siebenmal angenommen hat, sollte man dadurch Nachdruck verleihen, daß man das Gehalt des Chefs des Militärkabinetts streicht. — Unsere Militärjustiz leidet daran, daß drakonische Strafen gegen Mannschaften verhängt werden, viel zu gelinde Strafen gegen Vorgesetzte, welche die Soldaten schinden und vernichten. (Wohlfühler! Zustimmung links.) — Die Kompetenz der Ehrengerichte wird ausgebeugt, statt eingeschränkt; dabei sind sie durch die Verordnung von 1874 zu lediglich gutachtender Behörde für das Zivilkabinett geworden. Die Armee ist nicht und soll nicht sein ein persönliches Instrument eines wohlmeinenden Monarchen. In der Armee soll jeder zu den höchsten Stellen gelangen können, ohne Ansehen der Geburt, nur nach seiner Tüchtigkeit. Deshalb nehmen Sie unsere Resolution an. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Kriegsminister v. Heeringen: In dem Ziel bin ich mit dem Vordredner einverstanden, aber wahrlich nicht in den Mitteln; denn in der Armee darf die Disziplin nicht leiden, eine undisciplinierte Armee ist keinen Pfennig wert. (Wohlfühler! Beifall rechts.) Herrn Erzberger bemerke ich, daß die Erwägungen, ob die Präzisionskontrollversammlung fortfallen kann, noch nicht abgeschlossen sind; viel spricht dagegen. Nach Möglichkeit werden wir der Bevölkerung entgegenkommen. — Die Waffenpreise kann ich mit Rücksicht auf unsere Industrie nicht öffentlich nennen. — Doch ich keine Erhöhung der Mannschaftslöhne in den Etat einsehen konnte, ist mir sehr schmerzhaft; aber ich protestiere dagegen, daß Herr Roske das benutzt, um die Mannschaften gegen die Offiziere aufzuhetzen. (Bravo! rechts.) Doch ich keine Reformen im Sinne des Herrn Roske eingeführt habe, ist für mich ein Lob, es kann keinen Kriegsminister geben, der sozialdemokratische Reformen einführt. (Wohlfühler! Beifall rechts.) Die Jugendverziehung im nationalen Sinne ist unbedingt nötig. Aber der Antrag des Abgeordneten Müller, turnerisch ausgebildeten Leuten Vergünstigungen bei der Dienstzeit zu gewähren, geht zu weit; wir brauchen die zweijährige Dienstzeit für die Infanterie, die dreijährige für die Kavallerie. — Herr Roske erwähnte die Rede des Kaisers bei der Meutereibereitigung in Potsdam. In ähnlicher Weise spreche ich auch, wenn ich zu meinem Regiment spreche: ein gesunder Regimentspatriotismus ist nötig zu einem guten Soldaten. (Wohlfühler! Bravo! rechts.) — Ueber das Duell der Grafen v. Goltz und v. Wartenleben kenne ich die Akten noch nicht. — Ueber den Ton ist gesprochen worden. Gewiß ist der Ausdruck „Dummel“ nicht angenehm; aber dagegen muß ich mich doch wenden, daß bei uns, wie Herr Roske sagt, die Mannschaften schlechter behandelt werden wie die Hunde. Das ist nicht der Fall. (Just. rechts.) Der militärische Boykott über Lokale wird nur zur Aufrechterhaltung der Disziplin verhängt, und kann nur nach der Kenntnis der lokalen Verhältnisse beurteilt werden. Dasselbe gilt für die Verwendung von Soldaten als „Streikbrecher“. Soldaten werden als Arbeiter nur verwendet, wo ein öffentlicher Notstand vorliegt. In Minden lag die Gefahr vor, daß sämtliche Pferde einer Brauerei verhungerten, weil gestreikt wurde, und deshalb traten drei Soldaten als Arbeiter ein. (Bravo! rechts.) — Die hohen Strafen des Militärstrafgesetzbuchs, über die geklagt wurde, sind notwendig, weil wir auch schlechtes Material bekommen; daß aber drakonische Urteile vorkommen, ist nicht wahr. (Widerspruch links.) Keine Armee, die auf Disziplin hält, kann darauf eingehen, daß vom Kriegsgerichte Vorgesetzte und Untergebene gleich behandelt werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) dann der Vorgesetzte repräsentiert die Autorität. (Sehr richtig! rechts.) Mein Erlass, daß Offiziere sich nicht an Abgeordnete wenden sollen, ist erwähnt worden; auch dieser Erlass dient der Disziplin, die Armee und die einzelnen Offiziere sollen sich von Postill fernhalten. Eine Mißachtung des Parlaments liegt hierin nicht, und daß der Ausdruck gefallen ist „gegen diese Kerls soll etwas veranlaßt werden“ glaube ich nicht. (Große Heiterkeit links.) — Es ist über die Bevorzugung des Adels geklagt worden. Die Annahme der Offiziere ist Regimentssache. Ich gebe zu, daß es bei vielen Regimentern den Anschein hat, als ob nur adlige Offiziere aufgenommen werden, und ich halte das nicht für richtig. Wir sind auch auf dem Wege, Wandel zu schaffen, nur geht das nicht ganz pflöcklich, die Geschlossenheit der Offizierskorps muß erhalten bleiben; tatsächlich nimmt im Generalstab und bei den Regimentskommandeuren das bürgerliche Element mehr zu wie das adlige. — Herr Roske forderte die Befreiung der Ehrengerichte, weil die Offiziere keine besondere Ehre haben. Das stimmt; aber wir fordern vom Offizier volle Unbescholtenheit. (Bravo! rechts.)

Dam ist der Erlass des Generals v. Bissing erwähnt worden. Dieser Erlass ist nicht gegen die Sozialdemokratie gerichtet, sondern gegen Aufstände, welche die Freiheit der Mitbürger bedrohen. Es wäre eine große Pflichtverletzung, wenn wir uns nicht dagegen vorbereitet hätten. (Sehr richtig! rechts.) Der ganze Erlass baut sich auf einer historischen Studie der Kriegsgeschichtlichen Abteilung des großen Generalstabes über die Aufstände in den verschiedenen Ländern und zu den verschiedensten Zeiten auf. Es bestehen gegen den Erlass nicht die geringsten Bedenken, außer gegen den Passus über die Immunität der Abgeordneten. General v. Bissing hat mir zwar gesagt, daß er den Artikel 30 der Verfassung, der ist, glaube ich, nicht hat verletzen wollen, aber eine Diskussion darüber ist gegenstandslos, denn der Passus ist längst von dem kommandierenden General des siebenten Armeekorps herausgestrichen. (Wohlfühler! Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In gefährlichen Zeiten muß die Armee das Maßgrat des Staates sein, und sie dazu vorbereiten, dazu sollte auch dieser Erlass dienen. (Wohlfühler! Bravo! rechts.)

Württembergischer Bundesratsbevollmächtigter General v. Dorrer: Ueber den Fall Weller, den Herr Roske erwähnte, ist es zum Prozeß gekommen. Den Zeugen, die gegen Hauptmann Weller auslagten, standen ebensoviel Zeugen gegenüber, die zu seinen Gunsten auslagten. Wer sündende Verhältnisse kennt, wird es nicht für recht glaublich halten, daß jahrelang so große Beschimpfungen und Mißhandlungen in einer Kompagnie vorkommen können. Es läßt sich schwerlich aus dem Fall die Folgerung ziehen, daß unser Weiswerberechtigen ungenügend ist oder ungenügend funktioniert. Wir müssen abwarten, was bei der gegen Weller angeordneten Untersuchung herauskommen wird. Jedenfalls hat das deutsche Offizierskorps in keiner Weise das Licht des Tages zu scheuen. (Wohlfühler! Bravo! rechts.)

Abg. v. Viedert (Sp.): Wenn wir dazu schreiten würden, Unteroffiziere zu Offizieren aufsteigen zu lassen, so würde die Homogenität unseres Offizierskorps gestört und sein Niveau herabgedrückt werden. — Die Militärverwaltung sollte auf Mittel bedacht sein, der Landflucht zu steuern. Vielleicht wirkt die Ver-

legung von Kavallerieregimentern in idyllische Landschaften. Es ist sehr gut, daß das Gardekorps sich aus Landesteilen rekrutiert, deren Ansichten denen der Wehrheit der hauptstädtischen Bevölkerung diametral entgegengesetzt sind. Eine Dreimillionenstadt bedarf einer solchen Garnison. (Beifall rechts.)

Abg. Werner (Antif.) verlangt, daß auch mittlere Postbeamten zu Referveoffizieren befördert werden.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr. Schluß 6 $\frac{1}{2}$  Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

35. Sitzung am Freitag, den 24. Februar 1911, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: Dr. Lenke.

Die zweite Lesung des Etats wird beim Etat der königlichen Seehandlung fortgesetzt. Der Etat wird nach unwesentlicher Debatte bewilligt, ebenso der Etat der Zölle und indirekten Steuern.

Es folgt der Etat der

### direkten Steuern.

Abg. v. Hennig-Lochlin (L.): Die jetzigen prozentualen Zuschläge können nicht beibehalten werden. Wenn sie aufrechterhalten werden müssen. Dieser hat große Mängel, die ausgeglichen werden müssen. Der Reformierung bedarf die Besteuerung der Gesellschaften. Notwendig ist eine strenge Besteuerung der Konsumvereine. Wenn wir auch ihre Entwicklung nicht verhindern können, so dürfen sie doch nicht ungerecht bevorzugt werden. Die Sicherung der Selbstverschöpfung muß mit allen Mitteln der Beschöpfung und Verwaltung erreicht werden; wir dürfen dabei auch vor rigorosen Mitteln nicht zurückscheuen. (Sehr richtig! rechts.) Die jetzigen gesetzlichen Bestimmungen in dieser Beziehung genügen nicht. (Hört! hört!) Wir sind ehrenhalber verpflichtet, hier mit größter Strenge vorzugehen, nachdem wir den § 23 angenommen und dadurch die Arbeitgeber verpflichtet haben, die Lohnverhältnisse ihrer Arbeiter der Steuerbehörde genau anzugeben. (Sehr richtig!) Als Vorsitzenden der Steuereinschätzungskommissionen auf dem Lande halten wir den Landrat nach wie vor für die geeignetste Person. (Widerpruch links.) Den Weg einer Vermögenszuwachssteuer halten wir für nicht gangbar. Den Herrn Finanzminister erlaube ich, uns vor Uebergriffen des Reiches in die uns verfassungsmäßig zugewiesenen Steuerquellen zu bewahren. Einen solchen Uebergriff, und zwar von hinten herum, bedeutet die Erbschaftsteuer und ihre Ausdehnung auf Kinder, denn sie ist in der Tat eine Vermögenssteuer. (Bravo! rechts.)

Abg. Frhr. v. Seibitz (L.): Dem letzten Wunsch des Vordredners kann ich mich nur anschliefen; die indirekten Steuern gehören dem Reich, die direkten den Einzelstaaten und den Gemeinden. Eine Vermögenszuwachssteuer könnte nur in Betracht kommen, wenn sie nicht auch das durch Einschränkung des Lebensgenusses für das Alter ersparte Vermögen trifft und wenn sie wirklich ertragreich ist. In dieser Beschränkung ist der Gedanke sehr erwägungswert.

Abg. Dr. Keil (nail.): Bei der Revision der Einkommensteuer im nächsten Jahre sollte der Kreis der Steuerpflichtigen Subjekte ausgedehnt werden, z. B. auf Stiftungen nicht wohlthätigen Charakters. Gegen eine Sonderbesteuerung der Gesellschaften müßten wir uns aber entscheiden wehren. Auch sind wir gegen die Beibehaltung des Landrats als Vorsitzenden der Veranlagungskommission. Von diesem privilegierten odiosum sollte man die Landräte befreien. Steuerhinterziehungen kommen auf dem Lande wie bei der Industrie vor. Die Tatsache, daß bei den schweizerischen Banken die deutschen Kapitalanlagen stark zugenommen haben, ist wohl nur mit der Absicht der Steuerhinterziehung für diese Kapitalisten zu erklären. (Hört! hört!) Der erste Schritt zur Vermögensbesteuerung durch das Reich ist ja schon gemacht, und ich bin überzeugt, daß auch die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Defizienten und Ehegatten über kurz oder lang kommen wird. (Bravo! links.)

Abg. Kirch (Z.): Den Optimismus des Vordredners in bezug auf die Erbschaftsteuer teile ich nicht. Der § 23 des Einkommensteuergesetzes sollte am besten wieder beseitigt werden. Eine Deklarationspflicht bei der Ergänzungsteuer lehnen wir ab.

Finanzminister Dr. Lenke sagt Prüfung der Anregungen zu.

Abg. Wyhling (Sp.): Herr Kirch meinte, es sei nicht Aufgabe der Abgeordneten, neue Steuern vorzuschlagen. Nun, bei der Reichsfinanzreform hat sich der blau-schwarze Bloß in dieser Beziehung als erfindereicher Odysseus bewiesen und hat der Regierung eine ganze Reihe von Steuern statt der abgelehnten vorgelegt. (Zurufe rechts: Sie haben sich davor gedrückt!) Eine Partei, die die Erbschaftsteuer abgelehnt hat, wie die Konservativen, sollte nicht davon sprechen, daß andere sich drücken. (Sehr gut! links.) Wir bedauern, daß der Minister uns gar keine Aufklärung über seine Grundanschauungen für die kommende Einkommensteuernovelle gegeben hat. Wir erwarten, daß man dabei die Einkommensteuer von 900 bis 1200 M. angeht, die der steigenden Belastung der unteren Volksschichten frei lassen und die vorübergehend beschlossenen Zuschläge für die Einkommen bis 3000 M. wieder beseitigen wird. Als das Beste verlangen wir noch wie vor die Quotifizierung der Einkommensteuer je nach der finanziellen Lage im jedem Jahre. Die Gewerbesteuer muß ebenfalls reformiert werden durch Erleichterung der unteren Stufen und stärkere Belastung der höheren Stufen. Der Gedanke einer Vermögenszuwachssteuer ist ein vortrefflicher, nur fürchte ich, daß er ebenso mangelhaft durchgeführt werden wird, wie wir das bei der Reichsfinanzreform erlebt haben. Dasselbe würde übrigens mit einer stärkeren Progressivierung der Vermögenssteuer erreicht werden. (Bravo! links.)

Finanzminister Dr. Lenke: Ich habe immer betont, daß die Steuergesetze unbedingt organisch eingearbeitet werden müssen, weil wir diese 60 Millionen nicht entbehren können. Ueber die Einzelheiten der kommenden Novelle habe ich zunächst die Meinungen des Hauses abwarten wollen. Auch hängt die kommende Novelle im einzelnen von der Gestaltung der Finanzlage in diesem Jahre ab. Im übrigen sollen die Hauptgrundzüge des bisherigen Gesetzes bestehen bleiben; es sollen nur Unklarheiten und Ungenauigkeiten beseitigt werden und es soll für die Beschöpfung der nötigen Mittel gesorgt werden. — Die Quotifizierung der Einkommensteuer halte ich nicht für praktisch. Sie würde dieselben Schattenseiten zeigen, wie heute bei den großen Gemeinden. (Sehr richtig! rechts.) Dort bewilligt man hohe Ausgaben und dann kommt jede Partei mit Anträgen auf Herabsetzung der Steuerquote. (Sehr richtig! rechts.)

### Abg. Ströbel (Soz.):

Der Schwinkel von der Hebung der Massen wird durch die Statistik über die Ergebnisse der Einkommensteuer völlig widerlegt. 42 Proz. der Bevölkerung erreichen nicht einmal das Einkommen von 900 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Zahl der Kinder wohlhabender Eltern, die dabei in Betracht kommen, ist wirklich nicht allzu groß. Wären es selbst einige 100 000, so blieben doch noch 42 Proz. Proletarier mit unter 900 M. Einkommen übrig. Und auch im übrigen gibt es Millionen mit ganz unzulänglichem Einkommen. Viele Tausende sind in die Klasse von 900 bis 3000 M. überhaupt nur durch die genauere Einschätzung auf Grund des § 23 gekommen. Es ist ein großes soziales Unrecht, daß gerade die Arbeiter bis auf den letzten Pfennig besteuert werden, während die Besitzenden das Recht der Selbstverschöpfung haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daß das ein Unrecht ist, hat man auch bei Schaffung dieses Paragrafen eingesehen und beantragte daher, daß die Vorkaufsrechte gegeben müßten über die dort hinterlegten Vermögen. Dieser

Antrag fand aber wenig Gegenliebe und war auch formell unzulänglich, da die Auskunft nur auf Anfordern der Steuerbehörde erfolgen sollte. Das Richtige wäre, wenn die Banken verpflichtet wären, von selbst der Steuerbehörde über diese Dinge Auskunft zu geben. Ein solcher Zwang für die Bankinstitute wäre allein ein gerechter Ausgleich für den § 23. Und wenn man fürchtet, das Kapital würde dann auswandern, so ist das Bezeichnend für das Maß von „Patriotismus“, das man diesen Klassen zutraut. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ueber 2 Millionen beträgt weiter die Zahl derjenigen, die ein Einkommen von 900 bis 1200 M. haben. (Hört! hört!) Dabei haben selbst Nationalliberale zugegeben, daß heute ein Einkommen von 1200 M. das selbe bedeutet, wie früher 900 M. Die geringe Verbesserung ihres Einkommens haben die Millionen von Proletariern auch nur

#### durch den harten Kampf der Gewerkschaften

erreicht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und in Wirklichkeit hat sich ihre Lebenslage bei der Verteuerung aller Verhältnisse überhaupt nicht gehoben. Angesichts dieser Tatsache zeugt es von eigenartigem Geschma, daß neulich gerade ein „Arbeitervertreter“ des Zentrums nicht genug von der angeblich großen Hebung der Lage der Arbeiter usw. sprechen zu können glaubte. Die Lage der Arbeiter, kleinen Handwerker und Bauern könnte wesentlich gebessert werden, wenn die Besizer ein paar hundert Millionen Steuern mehr zahlen würden. Das Einkommenwachstum ist bei den Klassen über 3000 M. erheblich höher gewesen, als bei den Einkommen unter 3000 M. Und noch viel deutlicher zeigt sich dies Verhältnis bei den Vermögern. In einigen wenigen Händen sind die kolossalsten Vermögen angelammet. Statt hier einen sozialen Ausgleich zu beantragen, polemisieren die Zentrumsarbeiter hier unter dem Beifall der Rechten gegen die Sozialdemokratie. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Als ganz lächerlich stellt Herr Gronowski das Verlangen hin, daß jeder ein Einkommen von 1200 M. haben solle. Gefordert war nur, daß alle Arbeiter in der Lage wären, all die Kulturbedürfnisse zu befriedigen, die man heute mit einem solchen Einkommen befriedigen kann. Wenn ein Arbeitervertreter des Zentrums darüber lacht, so beweist das nur den

#### sozialpolitischen Bankrott des Zentrums.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Den Landräten als Vorstehern der Einschätzungskommissionen bringen wir kein Vertrauen entgegen. Hier müssen, wie in Charlottenburg, steuerrechtlich vorgebildete besondere Beamte angestellt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Erfahrung beweist, daß gerade im Osten unter der Herrschaft der Landräte die Steuerhinterziehungen am größten sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In vielen Bezirken, wie z. B. in Hessen, werden die ländlichen Kleinbetriebe viel stärker zur Steuer herangezogen als die größeren. Darüber sind die Bauern mit Recht empört und werden ihnen bei den Wahlen schon die Quittung geben. — Nicht nur die Einkommen bis 1200 M., sondern möglichst bis 1500 M. sollten von der staatlichen Steuer frei bleiben, zumal die Kommunalsteuer an die Grenze der Staatssteuer nicht gebunden ist. Hat doch selbst die Regierung zum Teil die Zuschläge erst von 7500 M. ab gefordert, und erst die Mehrheit dieses Hauses war unfähig genug, die Zuschläge schon von 1200 M. ab zu beschließen. In einer Zwangslage waren Sie dabei durchaus nicht. Sie hätten an den Pfänden der Geistlichkeit genug sparen können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir fordern Steuerentlastung für die Hinterbliebenen und stärkere Heranziehung der Besitzenden, wie das der sozialen Gerechtigkeit entspricht. Freilich, eine Besserung auch in dieser Richtung werden wir nicht erreichen, bevor nicht das schmutzige Geldwäscherecht hinweggefegt ist. (Wahol! bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr. (Außerdem: Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung.)  
Schluß 4 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

### Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Sitzung vom Freitag, den 24. Februar 1911.

Von den Abschnitten, die zur besonderen Beratung zurückgestellt worden sind, wurde zunächst

#### das Recht der Ausländer

behandelt. Die Subkommission hatte Anträge über das Ruhen der Rente vorgelegt, nach denen die Krankenhilfe, Rente usw. in allen Zweigen der Arbeiterversicherung für berechnete Ausländer ruht, solange sie wegen Verurteilung in einem Strafverfahren aus dem Reichsgebiet ausgewiesen sind. Das Gleiche gilt für berechnete Ausländer, die aus Anlaß der Verurteilung in einem Strafverfahren aus dem Gebiete eines Bundesstaates ausgewiesen sind, solange sie sich nicht in einem anderen Bundesstaate aufhalten.

Ferner soll die Bestimmung für die Krankenversicherung eingestellt werden: Gibt ein Versicherter nach Eintritt des Versicherungsfalles seinen Aufenthalt im Inland auf, ohne daß die Krankenhilfe ruht, so kann ihn die Krankenkasse dafür durch einmalige Zahlung abfinden. Diese muß dem Werte der Krankenleistungen entsprechen, auf die er im Inland nach der voraussichtlichen Dauer der Krankheit Anspruch haben würde. Hierbei sind für Krankenpflege drei Viertel des Grundlohnes anzusetzen. Eine lebhafte Aussprache fand statt über die

#### Entredung der Hinterbliebenen.

Die Subkommission hatte für die Unfallversicherung vorgeschlagen, in die Vorlage die Bestimmung einzufügen, daß die Hinterbliebenen eines Ausländers, die sich zur Zeit des Unfalls nicht gewöhnlich im Inland aufhielten, keinen Anspruch auf die Rente haben. Der Bundesrat kann dies für ausländische Grenzgebiete oder für Angehörige solcher auswärtiger Staaten ausschließen, deren Gesetzgebung eine entsprechende Fürsorge für die Hinterbliebenen durch Betriebsunfall getöteter Deutscher gewährleistet. Die Sozialdemokraten wiesen darauf hin, daß eine solche Bestimmung die geltenden Versicherungsgeetze enthalten. Die Regierungen haben aber die Bestimmung in ihren Entwürfen nicht aufgenommen, weil ein solches Ausnahmestück zu unerträglichen Härten geführt habe. Sie beantragten daher, daß der Antrag der Subkommission abgelehnt oder, wenn er angenommen werden sollte, den Hinterbliebenen wenigstens das Recht auf Entschädigung belassen werde, das sie mit anderen Gesetzen haben.

Für die Hinterbliebenenversicherung schlug die Subkommission vor, daß der Anspruch der Hinterbliebenen eines Ausländers, die sich zur Zeit seines Todes nicht gewöhnlich im Inland aufhielten, sich auf die Hälfte der Bezüge ohne Reichszuschuß beschränkt. Auch hier kann der Bundesrat die Beschränkung für ausländische Grenzgebiete oder für Angehörige solcher auswärtiger Staaten ausschließen, deren Gesetzgebung eine entsprechende Fürsorge gewährleistet. Außerdem aber soll der berechnete Ausländer, der sich freiwillig gewöhnlich im Auslande aufhält, mit dem dreifachen, oder sofern es sich um eine Rentenrente handelt, mit dem anderthalbfachen Betrage seiner Jahresrente abgefunden werden.

Die Sozialdemokraten bekämpften nachdrücklich diese schwere Schädigung der ausländischen Arbeiter, die nach dem geltenden Gesetze nicht zulässig ist, mithin eine Verschlechterung bedeutet. Sie beantragten, daß der Berechnete stets mit dem vollen Werte seiner Rente abgefunden wird.

#### Abfindung der Verunglückten

Für die Unfallversicherung hatte die Subkommission beantragt: Die Berufsgenossenschaft kann einen berechtigten Ausländer, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inlande aufgibt oder sich gewöhnlich im Auslande aufhält, wenn er zustimmt, mit dem dreifachen Betrag seiner Jahresrente, ohne seine Zustimmung mit

einem dem Wert seiner Jahresrente entsprechenden Kapital abfinden. — Die Sozialdemokraten beantragten auch hier, daß die Abfindung nur mit Zustimmung des Berechtigten und stets mit dem vollen Wert der Rente erfolgen dürfe.

Alle Anträge der Sozialdemokraten werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Polen abgelehnt und ebenso die Anträge der Subkommission angenommen. Dann erließ die Kommission die Anträge, die sich auf die finanzielle Belastung der Arbeiterversicherung beziehen. Die Subkommission schlug vor, daß fast alle Verbesserungen der ungenügenden Leistungen abgelehnt werden sollen. Auch diese Anträge nahm die Kommission gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Polen an. Dagegen wurde die Erhöhung der Invalidenrenten um ein Fünftel für jedes Kind unter 15 Jahren bis zu dem höchstens 1 1/2fachen Betrage gegen die Stimmen der Konservativen und des Zentrums abgeordnetem Ziel angenommen. Die Unfallversicherung wurde auf die Betriebsbeamten mit einem Jahresarbeitsverdienste bis zu 5000 M. ausgedehnt. Die Wochenbeiträge für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung wurden in der dritten Lohnklasse von 80 auf 82 Pf., in der vierten Lohnklasse von 88 auf 90 Pf., in der fünften Lohnklasse von 96 auf 98 Pf. erhöht.

#### Nächste Sitzung Dienstag.

### Die Gewerbeordnungs-Kommission des Reichstags.

Am Freitag beendete die Kommission die erste Lesung der Regierungsvorlage. Zum § 134 lag ein Antrag Hennings, Merkel, Wang und Pieper vor, einen Absatz 2 mit der Bestimmung einzufügen, den Arbeitern bei der regelmäßigen Lohnzahlung einen schriftlichen Beleg über den verdienten Lohn und die in Abzug gebrachten Beträge auszubändigen. Dieser Kollektivantrag war eine Verbesserung des Zentrumsantrages, der statt des schriftlichen Belegs die schriftliche Abrechnung forderte. Unsere Genossen wiesen darauf hin, daß den Arbeitern mit dem Beleg nicht viel gedient sei; wenn die Abrechnung den Arbeitern die Möglichkeit geben solle, Reklamationen zeitig anbringen zu können, müsse auch mitgeteilt werden, für wie viele Arbeitstage oder Arbeitsstunden die Lohnsumme gezahlt worden sei. Unsere Genossen stellten für die zweite Lesung einen Abänderungsantrag in Aussicht; der Antrag der bürgerlichen Kommissionmehrheit wurde angenommen. Ohne Diskussion wurden dann die reaktionellen Änderungen zu den §§ 136b und 136c angenommen, ebenso die beantragten Änderungen zu den Strafvorschriften der §§ 146, 146a, 147 und 150.

Der Antrag unserer Genossen, nun in die Beratung der sozialdemokratischen Abänderungsanträge einzutreten, wurde abgelehnt. Besonders war es das Zentrum, das sich wiederholt gegen eine Beratung vor Beendigung der zweiten Lesung erklärte.

## Aus der Partei.

### Moabit und Offen.

Am Dienstag erscheint im Verlag der Buchhandlung Cornaro, Berlin:

Moabit. Ein Bild polizeilicher Willkürherrschaft. 48 Seiten. Preis 20 Pf.

Die Schrift ist eine kritische Würdigung der Moabiter Prozeßverhandlungen, aus denen längere Auszüge gegeben werden. In der Einleitung und im Schlußkapitel wird mit den Versuchen der Bethmann Hollweg, Dostwig, Jedlitz und Jagow abgerechnet, die Feststellungen der Geweissaufnahme und der Urteile zu bestreiten und die Moabiter Vorgänge trotz allem gegen die Arbeiterbewegung auszuschlachten. Ein besonderes Kapitel gibt eine Darstellung der Entstehung und des Verlaufs der Unruhen.

Von der Bezirkskommission der sozialdemokratischen Partei für das westliche Westfalen wird herausgegeben:

Der Offener Reineidsprozeß gegen Schröder und Genossen. Verhandlungsbericht sowie eine kritische Studie über Entstehung, Verlauf und Folgen des Prozesses. Druck von A. Gerich, Dortmund. 64 Seiten. Preis 20 Pf., auf besserem Papier 40 Pf.

Die Volkshäre gibt ein anschauliches Bild der Entstehung des empörenden Justizmordes, der jetzt durch das Wiederaufnahmeverfahren aufgehoben wurde. Es wird gezeigt, wie die Arbeiterbewegung des Ruhrreviers den gegen sie gerichteten Schlag parierte und überwand, so daß statt des Niedergangs, den ihre Feinde erhofften, kräftige Sortwärtsentwicklung eintrat. Dem Text sind die Bildnisse der unschuldig Verurteilten und ihr Verteidiger beigegeben, der sie im 16-jährigen Kampfe ums Recht tapfer und erfolgreich unterstützte.

### Pulver für den Wahlkampf.

Der Sozialdemokratische Verein Breslau beschloß in außerordentlicher Generalversammlung mit Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen die Erhöhung des monatlichen Beitrages von 30 auf 40 Pf. für die männlichen Mitglieder. Bei den Frauen erhöht sich der Beitrag von 15 auf 20 Pf. Ein Antrag auf Einführung von Stoffbeiträgen wurde mit großer Majorität abgelehnt, ebenso ein Antrag, über die Beitragserhöhung eine Urabstimmung herbeizuführen. Die bisher alle Vierteljahr zu fließende Stofffondsmarke fällt weg. Die Einnahme der letzten drei Quartale betrug 18 578,08 M., wovon 2330,90 M. an den Parteivorstand gelangt wurden. Die Agitationskommission für Mittel-schlesien erhielt 1168,89 M. Die Stadtverordnetenwahlen verursachten 8033,42 M., die Landtagswahlwahl 3119,03 M. Kosten. Als Vorsitzender wurde Parteisekretär Müller, als Schriftführer Genosse Reukirch gewählt. Der Verein zählt jetzt 8700 Mitglieder. Nach dem Zuwachs der letzten Wochen darf man bestimmt damit rechnen, daß am 1. Juli 10 000 Mitglieder erreicht sind. Das Parteiorgan, die „Volkswacht“, hat zurzeit 88 800 Auflage.

### Reichstagskandidaturen.

Für den 7. badischen Reichstagswahlkreis (Offenburg-Neuland) ist als sozialdemokratischer Kandidat Stadtrat Georg Kousch in Offenburg (Landtagsabgeordneter für die Stadt Lahr) aufgestellt worden.

Für den ersten badischen Wahlkreis (Konstanz-Überlingen) ist der Genosse Schriftsteller Grohmann zum Kandidaten gewählt.

### Ein Ordnungsmann.

Der Kassierer der Ortskrankenkasse in Zeulenroda hat Gelder in Höhe von 2400 M. unterschlagen. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß die Reichsverbandspresse berufen wird, den Ungeheuren als Sozialdemokraten hinzustellen, wird mitgeteilt, daß der betreffende Kassierer, Viehweger, nie einer sozialdemokratischen Organisation angehört hat, sondern Mitglied des mittelständlichen Hausbesitzervereins war und von sozialdemokratischer Seite stets als Gegner behandelt und bekämpft worden ist.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Ein Nachdruckprozeß.

In der Magdeburger „Volkstimme“ war im Mai d. J. unter der Rubrik „Vermischtes“ ein kleiner Artikel über die „Anendlichkeit“, der aus Anlaß des Erscheinens des Galactischen Kometen geschrieben war, abgedruckt worden. Die Redaktion hatte sich dazu bereit gehalten, da sie ihn in anderen Blättern unter der Rubrik „Vermischtes“ gefunden hatte und zwar ohne Korrespondenzzeichen und den Vermerk „Nachdruck verboten“. Der Verfasser der Notiz, Schriftsteller Staus in Ralmbach, stellte Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur Genossen Ripekohl wegen un-

erlaubten Nachdrucks, aber das Landgericht Magdeburg erkannte am 17. Oktober d. J. auf Freisprechung. Es wurde dem Angeklagten geglaubt, daß er den kleinen Artikel für eine „vernünftige Nachricht“ gehalten habe, zumal er in Ton und Ausdrucksweise an alte populäre Darstellungen aus naturwissenschaftlichen Werken erinnere, welche seinem Urhebersich mehr unterliegen. Jedenfalls könne nicht festgestellt werden, daß der Angeklagte sich bemüht gewesen wäre, in das Urheberrecht eines anderen einzugreifen, oder daß er mit dieser Möglichkeit gerechnet habe. Da das Gesetz Vorsätzlichkeit zur Strafbarkeit für erforderlich erklärt, diese aber nicht festgestellt werden könne, so sei der Angeklagte freizusprechen. Die Revision des Staatsanwalts wurde am 23. Februar vom Reichsgericht verworfen. Der § 38,1 des Gesetzes fordere Vorsätzlichkeit, dadurch sei zugleich Wesentlichkeit und Rechtswidrigkeit umfaßt. Diese beiden Voraussetzungen seien aber im vorliegenden Falle aus tatsächlichen Gründen verneint worden.

## Jugendbewegung.

### „Arbeiter-Jugend“.

Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 3 heben wir hervor: Paul Singer. — Menschenkunde in alter Zeit. (Schluß.) Von Hannab Lewin. — In Dalarna. (Mit Illustrationen.) Von Engelbert Graf. — Die Hermannschlacht. Von Julian Vorkardt. — Die Jugendkinder in der Unfallversicherung. — Aus der Jugendbewegung (Aöln, Stuttgart). — Vom Kriegsschauplatz. — Zur wirtschaftlichen Lage. — Die Gegner an der Arbeit usw. — Weilage: Wie der Wurm sich krümmt. Erzählung von Erwin Rosen. — Beschoben als Agitator. Von A. Quist. — Zwei Stätten niederdeutscher Gastfreundschaft. (Mit Illustrationen.) Von L. Lessen. — Väter für die Jugend. — Der Kürbis und die Eichel. Von Otto König. — Feigling. Erzählung von Emil Unger.

## Soziales.

### Der Urlaub als sittliche Pflicht des Prinzipals.

Eine zutreffende Entscheidung fällt in ihrer letzten Sitzung die 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts. Die Verkaufers J. hatte im Juni von dem beklagten Kaufhaus 10 Tage Urlaub bekommen. Beim Engagement war ihr der Urlaub zugesagt worden, gleichzeitig mußte sie sich aber verpflichten, sich die Tage vom Gehalt wieder abgeben zu lassen, wenn sie im Laufe des Jahres kündigt. Als die Klägerin zum 1. Dezember kündigte, wurden ihr auf Grund dieser Vereinbarung 30 M. abgezogen.

Das Kaufmannsgericht sprach der Klägerin die geforderten 30 M. mit folgender Begründung zu: Der Urlaub ist als eine Schenkung anzusehen, denn die Zuwendung erfolgt unentgeltlich, das Gehalt wird ohne Dienstleistung gezahlt. Das Gericht trage auch keine Bedenken, der Auffassung Raum zu geben, daß der Urlaub eine Schenkung ist, die einer sittlichen Pflicht entspricht. Diese Schenkungen dürfen nach § 534 Bürgerlichen Gesetzbuches nicht zurückgefordert werden. Da es sich um eine sittliche Pflicht handelt, so verfährt naturgemäß eine gegenteilige Abrede gegen die guten Sitten und ist rechtswidrig. Eine solche Abmachung würde auch das Kündigungsrecht des Gehilfen in unzulässiger Weise beschränken, denn es ist fraglos, daß, wenn der Prinzipal sich vorbehält, das Geld zurückzufordern, wenn der Angestellte kündigt, auf diesen ein Druck ausgeübt wird, der einer Beschränkung der Kündigungsfreiheit gleichkommt.

Gebühren für die besondere Benutzung von Bürgersteigen und Straßen dürfen die Gemeinden nicht erheben.

Die Gemeinden können nach § 4 des preussischen Kommunalabgabengesetzes für die Benutzung der von ihnen im öffentlichen Interesse unterhaltenen Veranlagungen (Anlagen, Anlagen und Einrichtungen) besondere Vergütigungen (Gebühren) erheben. Die Erhebung von Gebühren hat zu erfolgen, wenn die Veranlagung einzelnen Gemeindegewerbetreibenden oder einzelnen Klassen von solchen vorzugsweise zum Vorteile gereicht und soweit die Ausgleichung nicht durch Beiträge (§ 9) oder eine Mehr- oder Minderbelastung (§ 20) erfolgt. Auf Grund der Vorschriften des zitierten Gesetzes hatte die Stadt Höchst a. M. eine Gebührenordnung erlassen, wonach Gebühren auch erhoben werden sollen für die Benutzung der Bürgersteige und Straßen bei Ausführung von Bauten benutzt werden zum Aufstellen von Baugerüsten, zum Lagern von Baumaterialien und dergleichen. Nachdem die Regierung zu Wiesbaden, Abteilung für Kirchen und Schulen, in Höchst eine katholische Kirche gebaut hatte, wurde sie vom Magistrat auf Grund dieser Gebührenordnung wegen der Aufstellung von Gerüsten usw. zu einer in die Wohnräume gehenden Gebühr herangezogen. Die Regierung wollte aber nur 3000 M. zahlen und klagte auf eine entsprechende Ermäßigung. Der Bezirksausschuß erkannte auch nach dem Klagenantrag und führte aus: Es sei anzunehmen, Gebühren einzuführen für die Lagerung von Baumaterialien sowie für die Aufstellung von Gerüsten auf der Straße. Der allgemeine Zweck der Straße sei nicht der, zur Aufstellung von Gerüsten usw. zu dienen, sondern sie seien für den allgemeinen Verkehr bestimmt. Eine Ordnung, wie die vorliegende Gebührenordnung, werde nicht durch § 4 des Kommunalabgabengesetzes gestiftet. Die Gemeinde habe kein Recht, Gebühren zu erheben für die Benutzung der Straßen und Bürgersteige zum Aufstellen von Baugerüsten und Lagern von Baumaterialien. — Da von der Regierung nur eine Ermäßigung beantragt worden war, konnte nur auf eine Ermäßigung erkannt werden.

Das Oberverwaltungsgericht erachtete die Entscheidung für zutreffend und verwarf deshalb dieser Tage die vom Höchster Magistrat noch eingelegte Revision. Die Höhe des Streitgegenstandes wurde auf 21 000 M. angegeben.

## Gerichts-Zeitung.

### Schmiergelder an Gerichtsberichterstatter.

Die Unbestechlichkeit der Presse ist selbstverständliche Voraussetzung für die Erfüllung ihrer schweren Pflicht. Dasselbe trifft auf Berichterstatter zu. Ein anständiger Berichterstatter weist Schmiergelder zurück, die ihm angeboten werden, um Berichte in bestimmtem Sinne abzufassen oder die Abfassung von Gerichtsberichten zu unterlassen. Jede anständige Redaktion weist Berichterstatter, die dem entgegenhandeln, die Türe. Einen Bericht, der öffentliches Interesse hat, zu unterdrücken, verstößt gegen den Anstand und ist der erste Schritt zu Erpressungen, die gegen Parteien in der Art geübt werden, daß ihnen Richtveröffentlichung gegen Zahlung versprochen wird. Ob ein öffentliches Interesse an der Veröffentlichung vorliegt, hat allein die Redaktion schließlich zu entscheiden. Liege sich eine Redaktion dazu herbei, die Richtveröffentlichung von Berichten oder Teilen derselben von Geldvorteilen abhängig zu machen, so würde ihr Blatt mit Recht zu der Gattung der Revolverblätter gerechnet werden.

Um so auffälliger ist, daß die Redaktion eines sich unparteiisch nennenden Blattes, des „Generalanzeigers für Duisburg und Umgebung“, an einen ihr überigens persönlich unbekanntem Berichterstatter beim Oberlandesgericht zu Düsseldorf das Anstinnen gestellt hat, Schmiergelder für Unterdrückung eines Berichts anzunehmen. Es handelt sich um folgenden Fall:

Ein Automobilbesitzer zu Wachen wurde von der Strafkammer des Landgerichts zu M.-Glabach, weil er einen Kutscher, der ihm ohne sein Verschulden mit seinem Wagen nicht ausweichen konnte, mit der Handgeißel ins Gesicht geschlagen hatte, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Er legte Revision gegen dieses Urteil bei dem Straffenat des Düsseldorf Oberlandesgerichts ein, die am 20. Februar d. J. verhandelt wurde. Der dort tätige Gerichtsberichterstatter erhielt von der Lokalredaktion des genannten Blattes ein Schreiben, das wörtlich wie folgt lautet:

Sehr geehrter Herr!

Der Mitinhaber der Automobilfabrik R. in Aachen, Herr W., ist von der Strafammer in N.-Glabach wegen Körperverletzung zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hat Herr W. Berufung eingelegt, mit der sich nun heute das Oberlandesgericht beschäftigt.

Herrn W. liegt es nun daran, daß Berichte über diese Verhandlung nicht an die Öffentlichkeit gelangen und ist gerne bereit, die Herren Berichterstatler für ihren Honoraranspruch zu entschädigen. Wir hatten uns dieserhalb bereits am Samstag an Herrn Journalist St.-Düsseldorf gewandt, der uns an Ihre Adresse verwies.

Wir bitten Sie, mit Ihren Herren Kollegen Rücksprache nehmen zu wollen und telegraphisch mitzuteilen, ob Sie gewillt sind, dem Wunsche des Herrn W. Rechnung zu tragen. Mit bestem Dank

Hochachtung

Redaktion des „General-Anzeiger für Duisburg und Umgegend“.

Der betreffende Berichterstatler lehnte die ihm gestellte Zumutung, Schmiergelder für Unterdrückung des Gerichtsberichtes anzunehmen, entschieden ab und wird jetzt in Erwägung ziehen, ob er nicht gegen den Redakteur, der diese sonderbare Zumutung an ihn gerichtet hat, Verleumdungsklage wegen Verletzung seiner Berufshochrechte erheben wird. Eine Verleumdungsklage wegen des schamlosen Annehmens wäre durchaus am Platze. Stellt sich dabei heraus, daß noch andere sich unparteiisch nennende Blätter in dieser Weise die öffentliche Meinung zu vergiften und eine unparteiische Berichterstattung zu unterbinden suchen, so liegt die Brandmarkung solcher Blätter im öffentlichen Interesse. Die anständige Presse ohne Unterschied der politischen Richtung hat an der Bloßstellung solcher unsauberen Praktiken das lebhafteste Interesse, nicht minder die Berichterstatler und das Publikum.

Der Revolver im Gerichtszimmer.

Die aufregende Szene, die sich am 12. Dezember v. J. in einem Zimmer des Gerichtsgebäudes in der Neuen Friedrichstraße abspielte hat, heute vor dem Schwurgericht des Landgerichts I ihr erstes Nachspiel. Unter der Anklage des verlustigen Wortes hatte sich der Schenkwirt Theodor Gadowitz zu verantworten. Der schon bejahrte Angeklagte lebte mit seiner zweiten Frau in oft bis zu gegenwärtiger Prügellei gesteigertem Unfrieden. Die Frage, wen die Schuld an diesem Ergebnis trug, wurde von beiden Eheleuten verschieden beantwortet. Die Frau hatte die Ehescheidungsklage eingereicht, in der sie Mißhandlung und Ehebruch geltend machte. Der Angeklagte erklärte beim Sühnetermin, daß er sich nicht scheiden lasse; seine Frau sei darauf ausgegangen, ihn zugrunde zu richten, er würde ja nie wieder heiraten, aber sie solle nicht noch einen anderen unglücklich machen. In dieser Ehescheidungsklage fand am 20. Dezember vor der 3. Zivilkammer des Landgerichts I ein Termin zur Vernehmung eines Zeugen durch den beauftragten Richter, Assessor Weise, statt. Der Angeklagte war von seinem Anwalt von dem Termin benachrichtigt worden und wohnte dem Termin bei. Er unterbrach die Befragungen eines ihm ungünstigen Zeugen wiederholt durch erregte Bemerkungen, so daß er vom Assessor Weise mehrmals zur Ruhe ermahnt werden mußte. Es war aber vergeblich, denn der Angeklagte blieb dabei, die Vernehmung und die Aufnahme des Protokolls durch allerlei höhnische Bemerkungen zu unterbrechen. Als ihm eine Ordnungsstrafe angedroht wurde, rief er, indem er das Schreiben seines Anwalts aus der Tasche zog: „Det wäre ja noch scheener! Wozu bin ich denn da, wozu bin ich denn geladen! Det is ja lachhaft!“ Damit verließ er das Zimmer, wurde jedoch vom Assessor, der einen Gerichtsdiener nicht zur Verfügung hatte, zurückgeholt und es wurde nun eine 24stündige Haftstrafe über ihn verhängt. Darüber geriet der Angeklagte in große Aufregung. Er rief: „Ich weiß gar nicht, was aus meinem Geschäft werden soll, wenn ich jetzt abgeführt werde!“ Plötzlich rief der Gerichtsdiener, der inzwischen herbeigekommen war: „Herr Assessor, der Mann hat einen Revolver gezogen!“ Assessor Weise bemerkte auch, daß der Angeklagte einen Revolver, der, wie sich später ergab, geladen war, direkt auf ihn zielte, in der Hand hatte. Zum Schießen kam er jedoch nicht, sondern wurde durch den Gerichtsdiener und den gleichfalls sich auf ihn stürzenden Assessor Weise nach heftigster Gegenwehr überwältigt und der Revolver wurde ihm entwendet. Als er abgeführt wurde, soll er noch Redensarten gemacht haben wie: „Der Assessor kann mir den Fudsel runterkuffen“ und: „Wehr als den Kopf kann es ja nicht fusteln!“ Der Angeklagte behauptet, daß er die Absicht gehabt habe, sich selbst zu töten und bestreitet, daß ein Kampf stattgefunden habe. — Neuge Assessor Weise schildert diesen Kampf sehr anschaulich; wenn der Schuß losgegangen wäre, dann wäre ihm die Kugel sicher in die Brust gedrungen. Er habe keinen Zweifel, daß der Angeklagte die Absicht gehabt habe, auf ihn zu schießen, glaube aber nicht, daß derselbe mit Ueberlegung gehandelt habe, vielmehr in Wut und Aufregung gewesen sei. — Rechtsanwält Dr. Alfred Ballin macht geltend, daß ein Schuß gar nicht losgehen konnte, da der Entladestock noch im Revolver steckte. — Die Augenzeugen des zur Anklage führenden Vorganges haben gesehen, daß der Angeklagte auch noch während des Kampfes zu seiner Leberwunde den Revolver mehrmals in der Richtung nach dem Assessor erhoben habe. — Der Sachverständige, Hofbuchmacher Max Borella, begutachtete, daß der Entladestock, durch den der Revolver gesichert war, sehr leicht zu entfernen und ein Schuß aus diesem Revolver wohl infolge eines einen Menschen zu töten. — Nach Schluß der Beweisaufnahme plädierte Staatsanwalt Dr. Weismann auf Verhängung der Haftstrafe im Sinne des Eröffnungsbeschlusses. — Rechtsanwält Dr. Ballin begründete die von ihm beantragten Unterfragen betreffend Bedrohung mit einem Verbrechen und groben Unfug. — Die Verhandlung endete mit der Verurteilung des Angeklagten wegen verlustigen Totalschlages zu einem Jahr Gefängnis.

Ein roher Ueberfall auf eine Krankenschwester

Log einer Anklage wegen verlustigen Verbuchens gegen § 177 St.-G.-B. zu Grunde, die den Arbeiter Karl Blankenburg vor das Schwurgericht des Landgerichts III führte. Am 12. Mai 1910 war die im Diakonissenhaus in Lichtentrate stationierte Krankenschwester W. abends gegen 8 Uhr auf dem Wege, um eine Krankenpflege in der Scharnweberstraße in Reinickendorf anzutreten. Sie fuhr mit der Bahn bis Station Reinickendorf-Rosenthal und da sie ortsunkundig war, erkundigte sie sich nach dem Wege, der zu ihrem Ziele führte. Der Angeklagte, der diese Frage hörte, erklärte, daß er denselben Weg zu gehen habe, und erbot sich, sie zu begleiten. Das Anerbieten wurde angenommen. Als beide in die Nähe der Raudschen Wiesen gekommen waren, die ziemlich menschenleer sind, erklärte der Angeklagte, er habe sich verlaufen, und forderte die Krankenschwester auf, mit ihm quer über die Wiesen zu gehen. Als sie ein Stück gegangen waren, überfiel er sie plötzlich, riß sie zu Boden und versuchte, sie zu vergewaltigen. Als sie laut um Hilfe rief, hielt ihr der Angeklagte den Mund zu und schlug ihr mehrere Male mit der Faust ins Gesicht. Die Krankenschwester vermochte sich den Angriffen zu entziehen. Mehreren Personen, die auf ihre fortgeschrittenen Hilferufe herbeieilten, gelang es, den entsetzten Angeklagten festzunehmen. Die Zeugin W. hat durch die Aufregung einen Nervenzusammenbruch erlitten und ist acht Tage in ärztlicher Behandlung gewesen. Der Angeklagte wurde während der Untersuchungshaft von der sogenannten Gefängnispolizei befallen und da er eines Tages in Toblicht verfiel, auf Antrag des Medizinalrats Dr. Hoffmann der Charité zur Beobachtung überwiesen. Der ihn dort behandelnde Arzt Dr. Ross begutachtete, daß der Angeklagte wohl schon zur Zeit der Tat in einem geistigen Zustand sich befunden haben dürfte, der die Anwendung des § 51 St.-G.-B. rechtfertigt.

Dieser Ansicht schloß sich Medizinalrat Dr. Hoffmann nicht an. Er bewertete den Angeklagten zwar auch als geistig minderbewertig, hielt jedoch den § 51 nicht für vorliegend. Rechtsanwält Dr. Ruppe, der den Angeklagten verteidigte, machte die Geschworenen darauf aufmerksam, daß sie ohne Rücksicht auf die Ansicht Sachverständiger nach eigenem Ermessen urteilen dürfen und plädierte auf Freispruch auf Grund des § 51. Die Geschworenen verneinten die gestellte Schuldfrage und der Gerichtshof sprach den Angeklagten frei.

Haftpflicht der Stadt für die Verkehrssicherheit auf dem Bürgersteige.

Eine 82jährige Frau ist am 23. Oktober 1909 vor einem Grundstück an der Wasserstraße in Landsberg a. W. dadurch zu Schaden gekommen, daß sie über eine 25 Zentimeter breite Eisenplatte fiel, die einen Wasserablauf bedeckte, der den Bürgersteig nach dem Rinnsteine zu durchquert. Die Eisenplatte hatte sich nach einer Seite zu etwas gesenkt und befand sich schon einige Monate lang in einer schiefen Lage.

Die Schadenersatzansprüche der an und für sich noch rüstigen Frau sind vom Landgericht Landsberg a. W. abgewiesen, vom Kammergericht zu Berlin dagegen dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt worden. Während das Landgericht erklärte, daß wegen des kleinen Defektes ein Verschulden der beklagten Stadtgemeinde nicht festgestellt werden könne, folgerte das Kammergericht das Verschulden der Stadt aus ihrer allgemeinen Verpflichtung, für die Verkehrssicherheit der Straßen und Wege Sorge zu tragen. Dagegen sei ein mitwirkendes Verschulden der Klägerin nicht anzunehmen. Den Passanten sei nicht zugumuten, auf öffentlichen Wegen überall ängstlich mit dem Fuße zu tasten, ob die angebrachten Vorrichtungen auch fest und sicher seien. Wenn die Klägerin auch die schlechte Lage der Platte vorher schon gekannt habe, so könne ihr doch daraus kein Vorwurf gemacht werden, daß sie diesen Zustand bei ihrem hohen Alter, wo Vergeßlichkeit sich stets bemerkbar mache, nicht zu jeder Zeit in Erinnerung hatte.

In der von der Stadt Landsberg a. W. beim Reichsgericht geltend gemachten Revision wurde besonders hervorgehoben, daß sie die Unterhaltung der Bürgersteige den Straßenanliegern zur Pflicht gemacht habe. Das Reichsgericht hat dennoch am Donnerstag die Revision zurückgewiesen.

Aus aller Welt.

Vierfacher Mord und Selbstmord.

Eine furchtbare Muttat wurde gestern mittag in dem Dorfe Neu-Krausendorf in Oberschlesien entdeckt. Als auf mehrmaliges Klopfen die Wohnung des Erdarbeiters Leuchner nicht geöffnet wurde, erbrachen die Hausbewohner die Tür. Bei ihrem Eintritt bot sich ein entsetzlicher Anblick. Am Fußboden fand man die drei Kinder des Ehepaars und an der Wand angelehnt die Leiche der Ehefrau. In der Kammer lag die Leiche des Chemanns Leuchner, der sich ebenfalls das Leben genommen hatte. Wie bisher festgestellt werden konnte, hat Leuchner zunächst seiner Ehefrau und dann seinen drei Kindern mit einem Rasiermesser den Hals bis auf die Wirbelsäule durchgeschnitten. Nach vollbrachter Tat verübte er Selbstmord, indem er sich ebenfalls mit dem Rasiermesser die Kehle durchschnitt. Als man die Leichen auffand, waren sie bereits erstarrt; man nimmt daher an, daß die Tat bereits in der Nacht von gestern zu heute früh erfolgt ist. Ueber die Ursache der grauenhaften Tat konnte bisher noch nichts Bestimmtes ermittelt werden. Nach Aussage des Gerichtsarztes kann sie nur in einem Anfall plötzlich ausbrechenden Irnsinns geschehen sein.

Brand in einem Kino-Theater.

Am Donnerstagabend brach in einem Wander-Kinematographentheater, das in dem französischen Dorfe Marchienne bei Rouen Vorstellungen gab, ein Brand aus. Unter den etwa 120 Besuchern des Theaters brach eine große Panik aus. Die Leute drängten nach den Ausgängen, Frauen und Kinder wurden rücksichtslos zu Boden gestoßen. Gegen dreißig Personen erlitten Verletzungen, mehrere sind so schwer verletzt worden, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Das Theater brannte vollständig nieder.

Grubenkatastrophe in Ungarn.

In der Vulkan-Kohlengrube bei Dewaist am Donnerstag ein Grubenbrand ausgebrochen. Zur Abdämmung des Brandes wurden von den Arbeitern Schutzwände errichtet. Hierbei stürzte das Mauerwerk zusammen und fiel auf die Arbeiter, von denen acht getötet wurden. Bisher war es unmöglich, bis zur Unglücksstätte vorzudringen.

Die „Schwarze Hand“.

Eine in New York ansässige Familie erhielt seit einiger Zeit Drohbriele, die von Mitgliedern der unter dem Namen die „Schwarze Hand“ operierenden Expressergesellschaft herrührten. Da es den Erpressern trotz der immer dringlicher werdenden Drohungen nicht gelang, von der Familie Geld zu erhalten, sprengten sie in der letzten Nacht die Wohnung der Familie in die Luft. Zwanzig Personen sind hierbei schwer verletzt worden. Die Mieter des betreffenden Hauses, die durch die Explosion aus dem Schlafe geweckt wurden, stürzten halbnaht auf die Straße. Bisher ist es nicht gelungen, die an dem Attentat Beteiligten festzunehmen.

Kleine Notizen.

Von einem Turmuhrgewicht erschlagen. Der zwölfjährige Sohn eines Wächters in Johanneskirchen (Bayern) wollte die Rührturmuhr aufziehen. Dabei löste sich ein Uhrgewicht und fiel auf den Jungen nieder, der zu einer unförmigen Masse zerquetscht wurde.

Das Opfer eines Streites wurde in dem pommerischen Dorfe Weitenhagen ein Arbeiter Zipse. Im Verlaufe des Streites schlug ihn sein Gegner, der Arbeiter Kurroch mit einer eisernen Schaufel über den Kopf, so daß Zipse tot zu Boden fiel. Der Täter wurde verhaftet.

Neue Erdstöße in der Türkei. In Monastir und Umgebung haben heftige Erdstöße die Bevölkerung in Furcht versetzt. In Arupischios sind mehrere Häuser eingestürzt.

Großfeuer am Hafen von Cherbourg. Ein großer Brand entstand am Donnerstagabend auf einem Holzlager am Hafen der französischen Stadt Cherbourg und dehnte sich bald auf ein ganzes Stadtviertel aus. Bei dem herrschenden Sturm blieben die Anstrengungen der Rettungsmannschaften erfolglos. Zahlreiche Häuser gerieten in Brand. Bis Freitag nachmittag war es noch nicht gelungen, des gewaltigen Feuers Herr zu werden. Der Schaden wird auf eine Million Frank geschätzt.

Ueberfall auf eine Fabrik. Im russischen Gouvernement Tersch wurde die Fabrik der Firma Großh von einer Räuberbande überfallen. Die beiden Fabrikbesitzer, zwei Engländer, wurden getötet, ebenso ein Angestellter; die Frau eines Angestellten, ein Wächter und dessen Frau wurden schwer verletzt.

Amstlicher Marktbericht der künftigen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr reichlich, Geschäft flau, Preise unverändert. Wild: Zufuhr ohne Bedeutung, Geschäft flau, Preise wenig verändert. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise behauptet. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft etwas lebhafter, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 21. Februar 1911, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometereiland mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur Grad C	Stationen	Barometereiland mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur Grad C
Strombe	737	SE	7	Regen	7	Haberamba	733	R	2	wolken	-22
Dainburg	739	SE	8	Regen	7	Petersburg	731	SE	2	Regen	1
Berlin	742	SE	3	bedekt	7	Scilla	758	SE	8	wolfig	8
Frankf. a. M.	749	SE	7	Regen	7	Berden	736	SE	7	wolfig	4
München	755	SE	7	wolfig	5	Paris	755	SE	5	wolfig	7
Wien	752	SE	4	bedekt	10						

Wetterprognose für Sonnabend, den 25. Februar 1911.  
Etwas kühler, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und langsam nachlassenden westlichen Winden.  
Berliner Wetterbureau.

Freie Turnerschaft Rixdorf-Britz

Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes.  
Obiger Verein eröffnet am Dienstag, den 28. Februar, seine dritte Frauenabteilung und am Mittwoch, den 1. März 1911, seine dritte Lehrlingsabteilung.  
Turnzeiten für beide Abteilungen: abends 8-10 Uhr.  
Turnlokal: Restaurant Rosengarten in Rixdorf-Karlsgartenstraße.  
Anmeldungen werden in den Turnstunden entgegen genommen.  
In Britz, Lokal Rosenfeeterrasse, turnt die zweite Lehrlingsabteilung jeden Mittwoch und die zweite Frauenabteilung jeden Donnerstag von 1/9-11 Uhr.  
Der Vorstand.

Bäckerei-Genossenschaft Berlin.  
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.  
Glogauerstr. 28.  
Am Sonntag, den 5. März, mittags 1 Uhr, findet bei W. Müller, Rixdorf, Zietenstr. 29, unsere Ordentl. General-Versammlung statt.  
103/113  
Tagesordnung:  
1. Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats.  
2. Disposition.  
3. Entlastung des Vorstandes und Verteilung des Reingewinnes.  
4. Revisionsbericht.  
5. Neuwahl für die ausstehenden Vorstandes- und Aufsichtsratsmitglieder.  
6. Statutenänderung.  
7. Verschiedenes.  
Der Vorstand.  
Richard Lindor. Ludwig Erll.

Einsegnungs-



Osterwein Santa Lucia

Kraft-Rotwein Fl. 1.50 u. 2.00.  
Monats-Garderobe!  
Die besten Winter-Paletots und Anzüge für Herren, Smoking-Anzüge, Frackanzüge, sowie von Modellen getragene, fast neue Sachen, für jede Figur passend, in größter Auswahl zu unübertroffen billigen Preisen.  
1 Treppe, deshalb billiger wie im Laden. 28/11\*  
Hirsch Kieferbaum, Wassortorstr. 12/13 I (früher Pringensstr. 33).

Schneiderel für elegante Herren - Moden  
Fertig und nach Mass. - Garantie für tadellosten Sitz und beste Verarbeitung. Auf  
Teilzahlung  
Wochenrate von  
1 Mk. ..  
J. Kurzberg  
Rosenthalerstr. 40  
direkt am Hackeschen Markt, im Laden u. i. Etage.

Frack-Institut:  
Friedrichstr. 115/1, a. Crabb.  
Zer. Eleg. Frack, Gehrock 1,50, Dose 1,00, Weste 50 Pf.

S. Gottlieb

Möbel Stube und Küche Stube und Küche	15 Mark Anzahlung 25 Mark Anzahlung 1 Mark pro Woche
Möbel 2 Stuben u. Küche 2 Stuben u. Küche	35 Mark Anzahlung 50 Mark Anzahlung 3 Mark pro Woche
Möbel Schränke, Vertikos, Sotas, Betten, Spiegel	5 Mark Anzahlung Abzahlung wöchentl. 1 M. an
Möbel Komplett. Herrenzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer und Küchen	10 M. Anzahlung an.

Rosenthaler Strasse 54I.



Aus Industrie und Handel.

Die Gefahr wächst.

Trotz der Gefahr, daß die Viehnot im laufenden Jahre einen bisher noch nie erreichten Grad annehmen kann, wenn nicht vorbeugende Maßnahmen getroffen werden...

„In Rücksicht darauf, daß über die Hälfte des in Schleswig-Holstein vorhandenen Rinderviehs infolge der hohen Viehpreise bereits zur Schlachtung und zum Konsum gelangt ist, zu geschweigen, daß als Ersatz dänisches Rindvieh, selbstverständlich unter Berücksichtigung aller Vorichtsmaßregeln, nach Schleswig-Holstein eingeführt werden darf.“

Gegen den Kaffeewucher. Eine Meldung des „Globe“ aus Washington besagt, eine Gruppe internationaler Bankiers in London, Brüssel, Paris, Berlin und New York habe unter Mitwirkung der Regierungen Brasiliens und des Staates Sao Paulo die Kontrolle des Kaffeemarktes zum Zwecke der Preisregulierung erworben.

Zu dieser Meldung gibt die nachfolgende aus Washington vom 24. Februar 1911 eine prächtige lapidarisches Illustration: Hier verlaute, daß eine internationale Gruppe von Finanzleuten in New York, London, Berlin, Paris und Brüssel mit der brasilianischen Regierung in Unterhandlungen getreten ist...

Eine neue Hüttenfusion. Wie verlautet, schweben zwischen der Urbacher Hütte, der Düdellinger Hütte und der Eisberghütte in Luxemburg Verhandlungen über den Zusammenschluß der drei Werke.

Sam Kapitel vom Schuß der nationalen Arbeit.

Ein niederländischer Industrieller hat zu einem bestimmten Zweck eine Ausstellung gemacht über die Belastung der gewerblichen Gütererzeugung, soweit dafür die Preise wichtiger Lebensmittel und die Steuern der Arbeiter in Betracht kommen.

Table with 2 columns: in Enschede, in Gronau. Rows list various goods like Steuern, Schweinefleisch, Rindfleisch, Speck, Fett, Butter, Käse, Kaffee, Tee, Tabak, Petroleum with their respective prices.

Die erhebliche Mehrbelastung in Gronau ist die Folge unserer famosen agrarischen Zoll- und Steuerpolitik. Um der deutschen Arbeiterklasse zu entgehen, wohnen viele Arbeiter, die in Deutschland beschäftigt sind, in Holland.

„Nur ein Gramm“ Fleischnot!

Die agrarische Presse hat in der Verdrehung von Wahrheiten schon Großartiges geleistet. Eine Notiz über die Fleischnot, die man jetzt in der konterwärtigen Provinzpresse findet, übertrifft sogar noch das fatigam bekannte Dertel-Flugblatt.

Table comparing Agrarische Statistik and Genaue Statistik for 1910, 1909, and 1908, showing meat consumption per head and year in kilograms.

Die Differenz beträgt in Gramm gegen 1908: 1909 420, 1910 630.

Der Rückgang von 420 Gramm pro Kopf und Jahr wird durch 365 geteilt, und so ergeben sich natürlich Zahlen von geringfügiger Bedeutung, die das laute Geschrei durchaus nicht rechtfertigen.

Daß die Fleischnot sich nicht nur in dem „einem Gramm“ weniger, sondern auch in höheren Preisen ausdrückt, davon wird in dem agrarischen Artikel überhaupt nichts erwähnt.

Allein das Rindfleisch hat dem deutschen Volke 1910 rund 60 Millionen Mark mehr gekostet als 1909, obwohl die Menge um zirka 40 Millionen Kilogramm kleiner war.

Die Verteuerung des eingekauften Viehes beträgt im ganzen gegenüber 1909 rund 121 Millionen Mark und gegenüber 1908 sogar 286 600 000 Mark!

Soziales.

Erblindung durch Heben schwerer Lasten.

Arbeiter, welche schwere Lasten zu tragen haben, sind auch der Gefahr ausgesetzt, daß sie plötzlich ein Augenleiden bekommen, welches zur Erblindung führen kann.

Deshalb ist folgender Fall wichtig: Ein 66 Jahre alter Arbeiter war, wie alljährlich, im Staatswalde mit Holzfällen beschäftigt. Er war sein Winterverdienst. Er war mit Aufhängen schwerer Holzstücke zu Klauern beschäftigt, als er seinen Nebenkollegen sagte, daß er „gar nichts mehr sehe“.

Auch das angerufene Schiedsgericht für Arbeiterversicherung zu Wiesbaden stellte sich auf den Standpunkt des Fiskus als Berufsgenossenschaft und wies die Berufung des Erblindeten ab. Es führte im Urteil aus, daß die Rehaubtloshung gar nicht auf einen Betriebsunfall zurückzuführen sei, weil alle Momente für einen solchen fehlen.

Das Reichsversicherungsamt hatte sich also nur mit der Sache zu beschäftigen. Es hörte auf Antrag des Verletzten auch die Nebenarbeiter, welche doch Zeugen des Unfalls waren. Diese beklagten, daß die Holzstücke eine „Länge von 1,20 Meter gehabt und meist über 1 Zentner wogen“.

Aus der Tätigkeit des Bundesamtes für das Heimatswesen.

Das Bundesamt für das Heimatswesen, Berlin, Louisestraße 33/34, befindet sich, ressortiert vom Reichsamt des Innern. Es ist für das Reichsgebiet mit Ausnahme von Bayern und Elsaß-Lothringen endgültig entscheidende Berufungsinstanz in Streitigkeiten zwischen Armenverbänden über die öffentliche Unterbringung Obdachloser.

In einer Entscheidung vom 22. Oktober 1910 erklärt das Bundesamt, daß eine Reiseunterstützung von 15 M., welche das Armenamt in B. gegen Ende Oktober 1910 einem Kurierpostler R. auf Nachsuchen zu einer Reise nach Charlottenburg gewährt hatte, um dort in Arbeit treten zu können, für nicht gerechtfertigt ist.

In einer Entscheidung vom 28. Mai 1910 hat das Bundesamt es als nicht zum notwendigen Unterhalt gehörig erachtet, daß die Armenverwaltung in Köln einer total verarmten Familie das Geld zur Beschaffung der notwendigen Möbelstücke gegeben hatte.

hätte die Familie zunächst im Armenhause unterbringen und dem E. aufgeben müssen, geeignete Arbeit aufzusuchen und sich dadurch wieder allmählich aufzuhelfen (leicht gesagt!). Er müsse damals noch arbeitsfähig gewesen sein, da er bei Stellung seines Unterhaltungsantrages im Februar 1909 von Krankheit nicht erwähnt hat.

Also das Bundesamt meint, es wäre richtiger gewesen, wenn man die Familie erschaffen und die Frau mit dem Kinde im Armenhause untergebracht hätte. E. selbst hätte ja in dem großen Köln dann sichere Arbeit gefunden und hätte dann den Lebensunterhalt seiner Familie bestreiten, eine leere Wohnung mieten und in einem Abzahlungsgeschäft die nötigen Möbel entnehmen können.

Aus der Frauenbewegung.

Der Frauentag in Oesterreich.

Auch in Oesterreich wird am 10. März der Frauentag abgehalten. Im ganzen Reiche, wo es Frauenorganisationen gibt, ist seit Wochen eine lebhaftige Agitation vorhanden.

Außerdem wird eine illustrierte Frauenwahlrechtschrift unter dem Titel: „Der Frauentag“ erscheinen, die in großer Auflage gedruckt und am 10. März per Exemplar verkauft werden wird.

Wenn die himmlischen Mächte mit den um gleiche Rechte kämpfenden Frauen im Bunde sein werden, so ist zu erwarten, daß diese Demonstration der österreichischen sozialistischen Arbeiterinnen für das Frauenstimmrecht ganz ansehnlich verlaufen wird.

Oesterreichisches Postbeamtenelend. Einer Eingabe des Zentralvereins der Postanstaltsbeamtinnen an die österreichische Regierung entnehmen wir, daß es Postexpedientinnen mit einem gelohnten Monats-einkommen von 62 Kronen 50 Heller, etwa 50 Mark, gibt — weiter nichts! Legitim wurde ein solches Opfer des Staates, der Dreadnoughts baut, freigeprochen, obgleich es wegen Unterschlagung von 8200 Kronen angeklagt war.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet 2 1/2 bis 4 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmte Antrage ist ein Zuschuss und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen.

Gratz 23. 1. Sie können den Vertrag wegen Gerium und wegen Fehlen einer zugehörigen Eigenschaft sofort anfechten. 2. Ja, sofern Sie Schwager von Oktober ab gearbeitet hat. — G. D. 18. Ja. — G. 68. Sieheicht hilft das Justizministerium von O. — C. R. 99. Nein.

Wasserstands-Nachrichten. Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am, bei, Wasserstand, am, bei. Rows list various locations like Remel, Zühl, Regel, Inlerburg, Seifels, Thon, Ober, Raibor, Krosen, Franzfurt, Warthe, Scharum, Radeberg, Vordamm, Gide, Reimberg, Reibitz, Radeberg, Radeberg, Radeberg.

+) + bedeutet Sturz, — Red., — ? Unterpegel. — ? Unstünd. — ? heute morgen 833 cm. — ? eifrig.

**Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
 Sonntag, den 26. Februar, mittags pünktlich 2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:  
**General-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Rechenschaftsbericht der Verwaltung; Kassensberichte; Bericht vom Herbstkongress; Bericht der Revisoren; Bericht der Delegierten von der Gewerkschaftskommission; Bericht vom Arbeitsnachweis; Bericht des Kuratoriums. 2. Anträge. 3. Neuwahl bezw. Befähigung der Revisoren. 4. Wahl eines Stellvertreters. 145/10  
 Mitgliedsbuch legitimiert.  
 Erscheinen aller Kollegen ist notwendig. S. A.: Die Verwaltung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Verwaltung Berlin.  
**Achtung, Vertrauensleute!**  
 Die Zahlstelle 55 ist von Staliger Straße 99 nach Mariannenstraße 41 bei Schoffing verlegt worden.  
 Die Zahlstelle 44 ist von der Tilsiter Straße 27 nach der Sanderstraße 9, Ecke Döberstraße, bei Paul Liebermann verlegt.  
 S. A.: Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband der Lederarbeiter.**  
 Filiale Berlin I.  
 Sonntag, den 26. Februar, vormittags 10 Uhr:  
**Versammlung**  
 in Schmidts Festsaal, Pruzen-Allee 33.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Lohnbewegung. 2. Aufstellung von Delegierten zur General-Versammlung. 3. Verbandangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 144/3  
 Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erforderlich.  
 Der Vorstand.

**Theater und Vergnügungen**

**Sonnabend, 25. Februar.**  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Königl. Opernhaus.** Tristan und Isolde.  
**Königl. Schauspielhaus.** Der Kaufmann von Venedig.  
**Deutsches.** Don Carlos.  
**Kammerspiele.** Lancelot. (Anfang 8 Uhr.)  
 Anfang 8 Uhr.  
**Neues Königl. Opernhaus.** Geschlossen.  
**Leistung.** Die Kinder. Anf. 7 1/2 Uhr.  
**Romische Oper.** Die Hochzeitsnacht.  
**Neues.** Der Leibgarde.  
**Neues Operetten.** Die Hühnerhölle.

**Urania.**  
 Wissenschaftliches Theater  
 Taubenstraße 48/49.  
 Nachmittags 4 Uhr:  
 Von San Remo nach Florenz.  
 Abends 8 Uhr:  
**Was uns der Mond erzählt.**  
 Hörsaal 8 Uhr:  
 Professor Dr. B. Donath: Vom Radium (I. Teil).  
**Kaiser-Panorama.**  
 1. Male: Wanderung im Steirischen Salzkammergut. Bequemer Besuch von Rom. Eine Reise 20 Pf. Kind nur 10 Pf.  
 Abonnements 1 M. Tausende Abonn.

**Schiller-Theater.**  
 Schiller-Theater O. (Wallner-Theat).  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
 Zum 1. Male:  
**Ein idealer Gatte.**  
 Schauspiel in 4 Akten v. Oskar Wilde.  
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Die Ehre.**  
 Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Ein idealer Gatte.**  
 Montag, abends 8 Uhr:  
**Der Bund der Jugend.**  
 Schiller-Theater Charlottenburg.  
 Sonnabend nachm. 3 Uhr:  
 Prinz Friedrich von Homburg.  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Maria und Magdalena.**  
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
 Prinz Friedrich von Homburg.  
 Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Nathan der Weise.**  
 Montag, abends 8 Uhr:  
**Die Nacht der Finsternis.**

**WINTERGARTEN**  
 Letzte Vorstellungen!  
 Die berühmte chines. Tragödie  
**Madame Chung**  
 mit ihrem chinesischen Schauspiel-Ensemble:  
 „Im Reiche des Drachens“  
 und weitere  
**12 Attraktionen 12**  
 des drolligen  
**Faschings-Programms!**  
 Morgen 3 Uhr: Nachmittags-Vorstellung. Kleine Preise.  
**Casino-Theater**  
 Leibnizstr. 37. Täglich 8 Uhr  
 Ronatelang total ausverkauft!  
**Julie Wippen!**  
 Ein echtes Berliner Volksstück.  
**Julie Wippen!**  
 Man lacht Tränen über  
**Julie Wippen!**  
 Sonntag 9 1/2 Uhr: Gah und Liebe.

**Passage-Panoptikum.**  
**Lapland in Berlin.**  
**Eine Kolonie** Frauen, Männer, Kinder, in ihr. Leben, Sitten u. Gebräuch. Zum 1. Male in Berlin! in ein. eigens erbauten Polarort. Ohne Extra-Entree!  
**Voigt-Theater**  
 Gesundbrunnen, Badstraße 58.  
 Heute, Sonnabend: Keine Vorstellung.  
 Sonntag, 26. Februar, nachmittags:  
**Das Buchschliesel**  
 oder: Die Müllerin u. ihr Kind.  
 Abends 8 Uhr:  
**Gefesselte Liebe**  
 oder: Befreit und Elavenketten.  
**Karl Haverland-**  
 Anfang Theater. Kommandantenstr. 7 1/2, u. Straße 77/79.  
**Ein Sensationsprogramm.**  
 Karl Groth  
 Fred Rollon  
 Almenrausch u. Edelweiss  
 Schläger!

**Residenz-Theater.**  
 Direction: Richard Alexander.  
 Anfang 8 Uhr.  
**Pariser Menu.**  
 Drei Gänge von Georges Feydeau und Weber-Abrie.  
 1. Gang: „52 Meter über Paris“, 1 Akt von Weber-Abrie.  
 2. Gang: „Eine Nachsicht“, 1 Akt von Georges Feydeau.  
 3. Gang: „Nach dem Münchhausen“, 1 Akt von Georges Feydeau.  
 Sonntag, 5. März, nachm. 3 Uhr:  
**Der Unterpräfekt.**  
**Luisen-Theater.**  
 Nachmittags 4 Uhr:  
**Der brave Peter und die Puppenprinzessinnen.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Das große Licht.**  
 Schauspiel in 4 Akten v. J. Hippolyt.  
 Sonntag 3 Uhr: Die Hofen des Herrn v. Breboto. 8 Uhr: Der jüngste Leutnant.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
 Sonnabend, den 25. Februar, 8 Uhr:  
**Hofgunst.**  
 Sonntag: Szenen von Bergerac. (3 Uhr: Wilhelm Tell.)  
 Montag: Einheitsakt.  
**Lustspielhaus.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Meyers.**

**Castan's Panoptikum** Friedrichstraße 165  
**Die Schönen Samoas.**  
 25 Personen.  
 Ohne Extra-Entree.  
**„CLOU“**  
**BERLINER KONZERTHAUS**  
 Maurstr. 82. Zimmerstr. 90-91  
 Eintritt 50 Pf.  
 Gastspiel v. Johann Strauß aus Wien mit seinem vollständig. Orchester.  
 — Anfang 8 Uhr. —  
 Morgen Sonntag von 12 1/2—3 Uhr:  
**Gr. Konzert = Matinee** bei freiem Eintritt.

**Sport-Palast**  
 Entree 1 M. Potsdamer Straße 72-72a Entree 1 M.  
**Größter Eispalast der Welt.**  
**Feerie „Karneval am Nordpol“.**  
 200 Eislauferkünstler. X. Prachtvolle Ausstattung. Unerreichbare Lichteffekte. X. 2 Musikkapellen. Raum für 10.000 Personen. X. Unterricht im Eislaufen.  
**Vormittags-Konzerte.**  
 Sonntags 4 Uhr: Nachmittags-Vorstellung.

**Excelsior-Lichtspielhaus**  
 Rixdorf, Bergstr. 151/152 (Passage Richardstraße)  
 Ab 18. Februar und folgende Tage:  
 Allabendl. von 7-8 1/2, 9 1/2—11 Uhr (in der übrigen Zeit ab 8 1/2 Uhr das Wochenprogramm in **Die weiße Sklavin** (bekanntester Ausführung):  
 2. Serie. Gänzlich unabhängig von der 1. Serie gleichen Titels.  
 1. Orig.-Aufführung f. Groß-Berlin. Vorzugskart. u. Freibillette ungültig. Kindern unter 14 Jahren ist der Eintritt nicht gestattet.

**Sie ärgern sich schwarz**  
 wenn Sie die neuen Programme in den  
**5 U.T.**  
 Union-Theatern  
 !versäumen!  
**Volks-Theater**  
 Rixdorf, Hermannstr. 20.  
 Sonntag, den 26. Februar, 7 Uhr:  
**Ginko oder König und Freiheit.**  
 Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Ströb-Besser.  
 Montag, den 27. Februar, 8 1/2 Uhr:  
**Im Nordhause.**  
 Schauspiel in 4 Akten v. R. Stowronnel.

**Reichshallen-Theater.**  
 Stettiner Sänger.  
 Sam. Schütz:  
**Kuhliches Varieté-Theater.**  
 Burleske von Regler.  
 Anfang  
 montags  
 8 Uhr  
 sonntags  
 7 Uhr.

**Lessing-Theater.**  
 7 1/2 Uhr zum 1. Male: Die Kinder.  
 Sonntag 3 Uhr: Das Konzert.  
 8 Uhr: Die Kinder.  
**Berliner Theater.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Bummelstudenten.**  
 Morgen: Bummelstudenten.  
**Neues Theater.**  
 Täglich:  
**Mein erlauchter Ahnherr.**  
 Anfang 8 Uhr.

**ROSE-THEATER**  
 Große Frankfurter Str. 132.  
 Nachmittags 4 Uhr:  
**Prinzessin Edeltraut.**  
 Märchenstück in 3 Akten u. Tanz in 3 Akten.  
 Abends 8 Uhr:  
**Lorbeerbaum u. Bettelstab.**  
 Schauspiel in 4 Akten von Hölzel.  
 Sonntag nachm.: Der Herrgottschneider von Kummerau. Abends: Lorbeerbaum und Bettelstab.

**Brauerei Friedrichshain.**  
 Am Königstor. Größte Schenkwürdigkeit Berlins.  
 Morgen: Sonntag auf der Alm.  
 Der berühmteste Festwirt  
**Schorsch Schrengruber**  
 mit seiner Truppe (60 Personen) aus München.  
 Mitwirk. d. M.-G.-V. „Nordost-Lyrania“, außerdem  
**Gratisverlosung von 100 Wertgegenständen.**  
 Jeder Besucher erhält ein Los gratis.  
 Anfang 4 Uhr. Entree 50 Pf.

**Zirkus A. Schumann.**  
 Sonnabend, den 25. Februar, abends 7 1/2 Uhr:  
**Grand Soiree high life.**  
 Wiederauftreten von **Frl. Dora Schumann** in ihrem Akt: „Apachen zu Pferde“. Original-Perezoff-Truppe. Ein Zauber bei Maxim. Heros, Realfongleur. Anton & Grock, die Urkomischen.  
**Der große Coup**  
 9 1/2 Uhr. der 9 1/2 Uhr.  
**Schmuggler.**  
 Romant. Vaudeville in 4 Akten.  
 Morgen, Sonntag: Zwei Vorst.

**Bosporus am Moritzplatz**  
 Heute 8 Uhr:  
**Das urkomische Faschings-Varieté-Programm**  
 u. a.  
 Die Parade der Zinnsoldaten. Text von Hermann Frey.  
 Von 11—2 Uhr:  
**BALL**  
**Burgtheater.**  
 Festsäle und Kinematograph vom Grotzerjan, Inhab.: Rud. Morz, Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9353  
 Lebende Photographien. Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte. Anf. 7 U. Sonnt. 4 U. Vorzugskarten, nur mochten gültig. 25 Pf. auf allen Plätzen. Stets wechsel. Programm.

**Theater Sanssouci**  
**Lichtspiele**  
**Kottbuserdamm 6**  
 Eröffnung  
**Anfang März**  
 2000 Sitzplätze.  
**Theater Weddings**  
**Neuer Spielplan.**  
**Caruso singt!**  
 Nachmittags von 5—8 Uhr wird jedem Besucher eine Probefasche **Blookers Kakao** gratis verabreicht.  
 Müllerstr. 182/83 — Sellerstr. 34.  
**Berliner Uk-Trio**  
 Rixdorf-Berlin. Lahnstr. 74. 1-1  
 Zur gef. Beachtung:  
 Alle Zuschr. nur an obige Adr. erbet.

**Theater des Westens.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Die lustige Witwe.**  
 Sonntag 3 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.  
**Modernes Theater**  
 (früher Hobbaltheater).  
 Abends 8 1/2 Uhr:  
**Der Feldherrnhügel.**  
**Berliner Volksoper**  
 Kater Abonnement. 1/2, 9 Uhr:  
**Die Hugenotten.**

**Apollon Theater**  
 Anfang 8 Uhr. Letzte Woche des Kolossal-Programms.  
**Walden?**  
 Techn. Maa's 8 heilige Chungusen. 9 1/2 Uhr:  
 Berlins Sensation!  
**Otto Reutter**  
 mit seinen Schlägern.  
**Metropol-Theater.**  
 Heute, Sonnabend, den 25. Januar:  
**II. großer Metropol-Theater-Ball.**  
**2 Musikkapellen.**  
 Anfang 11 Uhr. Ende: Früh

**Zirkus Busch.**  
 Sonnab., 25. Febr., abds. 7 1/2 Uhr:  
**Elite-Gala-Abend.**  
 Gastsp. Mit Sereno Nord, Tauch- und Schwimmkünstlerin Frl. Martha Mohrke, Schulerleiterin. **Käti Sandwina.** Der weibliche Herkules. Gastspiel des Herrn Dr. Pierre Althoff und Frau Direktor Adele 3 Gebr. Fratellina, italienische Clowns. Um 9 1/2 Uhr zum 65. Male: „Armin.“ Vorher großes Galaprogramm.  
**Stadt-Theater Moabit**  
 Alt-Moabit 47/48.  
 Sonntag, den 26. Februar 1911:  
**Klassiker-Abend.**  
**Minna von Barnhelm.**  
 Lustspiel in fünf Aufzügen von G. E. Lessing.  
 Kassenöffn. 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.  
 Nach der Vorstellung:  
**Tanz.**

**Passage-Theater.**  
 Abends 8 Uhr.  
**Sgr. Ordone**  
 der spanische Caruso.  
 Schneider-Daucker Les Vignacs  
 und das kolossale Februar-Programm.  
 14 neue Varieté-Attraktionen.

**Folies Caprice.**  
 Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Die abgetretene Frau.**  
 Neuer dunter Teil.  
**Feldweibelhügel.**  
 Für den Inhalt der Interate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Herrnfeld Theater**  
 Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—2 Uhr.  
**Zwei Schläger:**  
**Eine verlorene Nacht.**  
 Er, Sie und Er  
 mit Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
Am 22. Februar verstarb unser  
Mitglied, der Schankwirt  
**Franz Zehndorf**  
Graunstr. 33.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 25. Februar, nach-  
mittags 2 Uhr, vom Trauerhause  
aus nach dem Friedhof der  
Friedensgemeinde in Nied.-Schön-  
hausen statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
225/7 **Der Vorstand.**

**Verband der Fabrikarbeiter**  
**Deutschlands,**  
Zahlstelle Groß-Berlin,  
Bezirk Charlottenburg.  
Am 23. Februar verstarb an  
Lungenentzündung und Herzschlag unser  
Mitglied  
**Max Ulrich.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 25. Februar,  
nachmittags 3 Uhr, von der Halle  
des Luise-Friedhofes, Fürsten-  
brunner Weg, aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Verband der Fabrikarbeiter**  
**Deutschlands**  
(Zahlstelle Berlin.)  
Am Mittwoch, den 22. Februar,  
verstarb unser Mitglied  
**Gottfried Mader.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 25. Februar,  
nachmittags 4 Uhr, vom Trauer-  
hause, Adlerstr. 85, aus nach dem  
Friedhof-Friedhof, Prinzen-  
allee, statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
63/8 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, daß meine  
liebe Frau, unsere Mutter und  
Großmutter 31182  
**Luise Baum**  
geb. **Flechner**  
am 22. Februar gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 26. Februar, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der  
Leichenhalle des alten Thomas-  
Kirchhofes in Rixdorf, Derrmann-  
straße, aus statt.  
Karl Baum nebst Kindern.

Allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten die traurige Nach-  
richt, daß mein lieber Mann,  
unser guter Vater und Sohn der  
Schlosser  
**H. Kohlmorgen**  
sanft entschlafen ist.  
Die Beerdigung findet heute,  
nachmittags 4 Uhr, auf dem Ge-  
meinde-Friedhof in Reinickendorf  
statt.

**Dankfagung.**  
Herzlichen Dank allen Verwandten,  
Freunden als auch Bekannten be-  
sonders dem Interessensverein der  
Produktionshändler und Händlerinnen  
sowie den Genossen und Genossinnen  
der XI. Abteilung für die liebevolle  
Teilnahme und die großzügigen  
Krankenspenden bei der Beerdigung  
meiner lieben Frau, unserer guten  
Mutter, wie auch dem Genossen  
Waldeck Manasse für die trostreichen  
Worte am Grabe der leider zu früh  
Entschlafenen.  
**Karl Müncheberg**  
3155 nebst Kindern.

**Dankfagung.**  
Für die herzliche Teilnahme und  
reichen Krankenspenden bei der Be-  
erdigung meiner lieben Frau und  
guten Mutter sagen wir allen, die  
daran teilgenommen haben, besonders  
den Genossinnen und Genossen der  
24. Abteilung des vierten Kreises so-  
wie dem Genossen Eugen Brähler  
für die trostreichen Worte am Grabe  
der Entschlafenen unseren innigsten  
Dank. 31192  
**Max Littmann**  
nebst Kindern.

**Dankfagung.**  
Allen lieben Freunden und Ver-  
wandten meines lieblich ver-  
unglücklich verstorbenen Mannes, des städt.  
Arbeiter  
**Gustav Behrendt**  
sage ich für die große Beteiligung bei  
der Beerdigung am 22. Februar, für  
die Kranz- und großen Geldspenden,  
besonders dem Herrn Meister  
Eckenscher meinen herzlichsten Dank.  
Frau Minne Hulke Behrendt,  
Gräberstr. 9.

**Nur für Herren**

welche Wert auf elegante Garderobe legen, bietet sich  
Gelegenheit, sich in dem Kaufhaus für Monats-Garde-  
roben, Große Frankfurter Straße 93, mit gebrauchter  
moderner Kleidung zu versehen. Wir beziehen unsere  
Anzüge, Paletots etc. teils aus ersten Abonnements-  
häusern, teils von Herrschaften, Doktoren, Kavaliere etc.,  
die nur bei ersten Schneidern arbeiten lassen. Es bieten  
sich daher für jedermann ganz enorme Vorteile, da sich  
unsere Garderoben durch besonders gute Verarbeitung  
(vielfach auf Seide) und tadellosen Sitz aus-  
zeichnen. Wir empfehlen getragene Maß-Anzüge  
8 M., 14 M., 18 M. Maß-Paletots 6 M., 12 M.,  
16 M. etc. Gesellschafts-Anzüge werden billigt vertieft.

**Kaufhaus für Monats-Garderoben**  
nur **Große Frankfurter Str. 93** nur  
Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.  
Keine Filialen am Platze.  
**Abteilung II Neue Garderoben.**  
Nur Große Frankfurter Straße 93



Die Vorzüge der Salamanderstiefel sind nicht Zufall,  
sondern ein Ergebnis sorgfältiger Herstellung

**Einheitspreis Mk. 12.50**  
für Damen u. Herren  
Luxus-Ausführung M. 16.50  
Fordern Sie Musterbuch V

**Salamander**  
Schuhges. m. b. H., Berlin

Zentrale: W 8, Friedrich-Strasse 182

W. Friedrich-Strasse 182  
SW. Friedrich-Strasse 221  
N. Friedrich-Str. 118/19  
C. Könlg-Strasse 47  
W. Potsdamer Strasse 8  
C. Rosenthaler Tor  
W. Tauentzien-Strasse 18  
N. Bad-Strasse 20  
NO. Gr. Frankfurter Str. 103  
(am Strausberger Platz)  
NW. Wilsnacker Strasse  
Ecke Turmstrasse 9  
Charl., Wilmersdorfer Strasse 126  
Steglitz, Schloss-Strasse 20  
Spandau, Breite Strasse 80  
Potsdam, Nauener Strasse 24

**Arbeiter finden für ihren Beruf** 3892\*  
gute und billige **Kleidung** in großer Auswahl  
**Brunnenstr. 158, Otto Heinicke.**

**Total-Ausverkauf**  
**Nur bis 31. März.**  
Das gesamte Warenlager der unterzeichneten Firma, welche 1879  
gegründet wurde, und bei Beginn des Ausverkaufs einen Wert von ca.  
**225 000 M.** hatte, soll wegen Aufgabe des Geschäfts vollständig  
ausverkauft werden.  
Wirklich reeller Ausverkauf. Kein Nachschub von Waren.

**Zirka 1050 Herren-Paletots**  
**und 1550 Herren-Anzüge**

SO:  
früher 18 bis 25 M. . . . . jetzt **12<sup>50</sup> M.**  
früher 26 bis 35 M. . . . . jetzt **18<sup>00</sup> M.**  
früher 36 bis 48 M. . . . . jetzt **24<sup>00</sup> M.**

ferner  
**Konfirmations- und Prüfungsanzüge**

SO:  
früher 13.50 bis 16.00 M. . . . . jetzt **8<sup>25</sup> M.**  
früher 17.50 bis 21.00 M. . . . . jetzt **12<sup>25</sup> M.**

ferner  
**Knaben-Paletots und Anzüge**

SO:  
früher 6.50 bis 10 M. . . . . jetzt **4<sup>50</sup> M.**  
früher 11 bis 20 M. . . . . jetzt **7<sup>50</sup> M.**

ferner  
**zirka 3000 Herren-Hosen**

SO:  
früher 3 bis 4.50 M. . . . . jetzt **1<sup>85</sup> M.**  
früher 5 bis 8 M. . . . . jetzt **3<sup>25</sup> M.**  
früher 8.50 bis 12 M. . . . . jetzt **5<sup>00</sup> M.**

ferner  
Schluröcke, Hausjoppen, Phantasie-Westen, Wagenmäntel, spottbillig.

**Julius Lindenbaum**  
Große Frankfurter Straße 141.

**Oskar Wollburg**  
BERLIN N, Brunnenstrasse 56.  
**Konfektionshaus**  
für Damen- und Mädchen-Bekleidung.

**Zur Konfirmation:**

**Schwarze Einsegnungs-Kleider** aus Serge, Satin, Popeline etc. in den neuesten Fassons mit reicher Stickerei. **16.50, 24.75 bis 32.00 M.**

**Weisse und farbige Prüfungs-Kleider** aus Cheviot, Wollbatist und modernen Phantasie-Stoffen. **18.00, 23.25 bis 34.00 M.**

**Einsegnungs-Jacketts** aus schwarzem Coating, Ripa, Tuch etc. **10<sup>50</sup>, 15<sup>00</sup>, 19<sup>50</sup> M.**

**Eröffnung der Frühjahrs-Saison:**  
Die elegantesten Modelle in Kostümen, Jacketts, Paletots, Mänteln etc. sind in großer Auswahl vorrätig.  
Nur eigenes Fabrikat, auf Wunsch Maßanfertigung ohne Preiserhöhung.




Einsegnungskleid **24.75 M.**  
Einsegnungskleid **19.50 M.**

**Für nur 38 Pfennige**  
werden in dieser Woche die

**Restbestände**  
der meisten Artikel

**unserer 48 Pfennig-Woche**  
abgegeben; es versäume niemand, diese günstige Gelegenheit zu etwas ganz Besonderem, zu benutzen.

**L. Katz & Co.** Rixdorf,  
Bergstraße 65, am Ringbahnhof.

**Zentralhaus mod. Herrenbekleidung**  
Neue Friedrichstr. 35  
neben Zentral-Markthalle  
Befert an jedermann elegante  
**Herren-Garderoben**  
nach Maß unter Garantie für  
tadellosen Sitz gegen wöchent-  
liche Teilzahlung von 1 Mark an.  
Zuschneiderei u. Werkstatt im Hause.  
Auf Wunsch Besuch des Neuesten  
mit neuesten Stoffmustern.  
Sonntags geöffnet. 30000

**Stoffe**  
Garantiert „Original-Englisch“  
für Anzüge, Hüter, Heter 3 u. 4.50 M.  
Ludwiger Koch & Seeland G.m.b.H.  
Gertraudenstr. 20-21 bis-a-nis b. Petritzke.



Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 25. Februar.

Deutschlands Armut und Reichtum. — Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohmaterial. — Maschinenausfuhr. — Schutzzollerforderung. — Lebensbedingungen Deutschlands. — Schutz der nationalen Arbeit.

Die Lebensbedingungen des deutschen Volkes zwingen es, in hervorragendem Maße für die Erzeugnisse seiner Industrie Absatz auf dem Außenmarkt zu finden. Deutschland erfreut sich nicht der Vorbedingungen, die das Land zu einem vom Weltmarkt abgeschlossenen Wirtschaftsgebiet machen könnten. Ein solches Land moderner Kultur gibt es kaum; ein jedes Volk ist mehr oder minder auf Erzeugnisse anderer Länder angewiesen. Klimatische Verhältnisse, die Bodenkultur, das Vorhandensein von Erdschätzen und der Grad der industriellen Entwicklung bestimmen das Ausmaß der Abhängigkeit. Deutschland z. B. ist vom Auslande abhängig, weil es von diesem das Rohmaterial für seine verarbeitende Baumwollindustrie, Häser für die in Betracht kommenden Gewerbe, einige Rohmaterialien für die Hüttenindustrie, ferner die verschiedensten Gewürze, Reis, Obst, Gemüse, Fleisch und Getreide beziehen muß. Baumwolle gedeiht bei uns nicht, wir müssen sie daher einführen, oder unsere blühende Textilindustrie bleibt ohne Rohmaterial. Die inländische Forstwirtschaft ist nicht in der Lage, den großen Konsum unserer Holzgewerbe zu befriedigen; ohne Holzeinfuhr müßte die verarbeitende Industrie verkümmern oder unsere Wälder wären bald vollständig verwüstet. Schon jetzt ist nach dieser Richtung hin zu viel gesündigt worden. Unter einer starken Entföhrung leidet in hervorragendem Maße der Gesundheitszustand der Bevölkerung. Die für unsere Volkswirtschaft so wichtige Montanindustrie ist auf den Bezug ausländischen Erzes angewiesen. Im Jahre 1900 importierte Deutschland über 12 Millionen Tonnen Erze und dergleichen Rohmaterialien für den Hüttenbetrieb, bei einer Ausfuhr von nur 3 Millionen Tonnen.

Klima und Bodenbeschaffenheit schließen die Kultur der meisten Gewürze in Deutschland aus, und bei der stark wachsenden Bevölkerung gewinnt die Einfuhr von Lebensmitteln eine immer größere Bedeutung. Seit 1850 hat sich die Zahl der Einwohner mehr als verdoppelt; sie ist von rund 30 Millionen auf rund 65 Millionen gestiegen. Und während damals neben einer erheblichen Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse auch noch tausende Menschen exportiert werden mußten, weil die Industrie zu schwach war, um die von der rückständigen Landwirtschaft abgestoßenen Arbeitskräfte zu beschäftigen, müssen wir heute in bedeutendem Umfange Lebensmittel und — Arbeitskräfte einführen. Die landwirtschaftliche Produktion hat mit der Volksvermehrung nicht Schritt halten können. Der Bedarf an Arbeitskräften ist periodisch so groß, daß trotz der inländischen Fruchtbarkeit noch Erzas und Hilfe aus den benachbarten Ländern herangeholt werden muß. Bei diesem Import spielen allerdings die antisozialen Bestrebungen mit, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll. Für die Ernährung der in Deutschland lebenden und schaffenden Menschen bietet die inländische Agrarkultur eine zu schmale und eine immer schmalere werdende Grundlage. Das beweist schon die Statistik. Der Ueberfluß der Einfuhr bei dem Außenhandel mit Vieh stellt sich für das Jahr 1888 auf rund 61 Millionen Mark, für 1908 bereits auf 215 Millionen Mark, und bei dem Außenhandel mit Lebensmitteln stieg der Einfuhrüberschuß in derselben Zeit von 390 Millionen Mark auf 1409 Millionen Mark. Diese Angaben markieren die Entwicklung!

Das Ausland schenkt uns natürlich die Nahrungsmittel nicht.

Es heißt Gegenleistungen! Dem können wir genügen durch Lieferung von Industrieerzeugnissen. Da uns jedoch keine unbegrenzten Naturschätze zur Verfügung stehen, in Rohmaterialien außerdem zu wenig vergegenständlichte Arbeit steckt, müssen wir das Hauptaugenmerk auf die Ausfuhr der weiter verarbeiteten Erzeugnisse richten. An Lebensmitteln haben wir Mangel, teilweise auch an gewerblichen Rohmaterialien. An anderen Rohprodukten ist unser Reichthum nicht groß genug, um ihn als Dedmittel für das erwähnte Konto benutzen zu können. Ueberfluß haben wir dagegen an Arbeitskraft, die in Fertigerzeugnisse übertragen exportiert werden muß. Damit vollzieht sich der für unsere Wirtschaft zweckdienlichste Ausgleich zwischen Mangel und Ueberfluß. Diesen vernünftigen Ausgleich zu fördern, muß daher das Ziel unserer Handelspolitik sein. Die Ergebnisse des deutschen Außenhandels könnten auch zu der irrigen Annahme führen, als trage unsere Handelspolitik den Lebensbedürfnissen des Landes genügend Rechnung. Im letzten Jahrzehnt hat nämlich die Ausfuhr riesig zugenommen. Die summarischen Angaben können aber leicht über den ökonomischen Wert hinwegtäuschen. Die Ausfuhr wächst, weil infolge eines raffinierten Ausfuhrprämienystems Brotgetreide abgetoßen werden kann und so bei glänzenden Inlandsrenten der Konsum pro Kopf der Bevölkerung sinkt. Das ist wirklich keine zu begrüßende Erscheinung. Ist sie doch ein Verweis dafür, daß unsere Handelspolitik genau in der den Bedürfnissen des Landes entgegenstehenden Richtung wirkt. Das selbe ist zu konstatieren, soweit die Steigerung der Ausfuhr auf Rohmaterialien und auf nur wenig verarbeitete Erzeugnisse sich beschränkt. In solchen Produkten ist zu wenig vergegenständlichte Arbeitskraft ausgeführt worden, die Kaufkraft der Ausfuhr auf dem Weltmarkt ist zu gering, um das Minus in der inländischen Ernährungsbedürfnisse auszugleichen. Wie die Ausfuhr von Rohmaterialien und Halbzeug bei der oft konstatierten Preisdifferenz zugunsten des Auslandes die einheimische Verarbeitungsindustrie direkt und indirekt schädigt, die Existenzbedingungen Deutschlands verschlechtert, das ist hier schon oft genug nachgewiesen worden. Es erübrigt sich daher, jetzt näher darauf einzugehen.

Trotz aller Demüthnisse hat sich aber auch die Verarbeitungsindustrie kräftig entwickelt. Das kann man z. B. von der wichtigen Maschinenindustrie sagen. Der Gesamtwert der Ausfuhr an Maschinen, elektrotechnischen Erzeugnissen und Fahrzeugen erreicht für das Jahr 1910 die stattliche Summe von 819 Millionen Mark gegen 683 Millionen Mark im Jahre vorher. Ueber die Handelsbilanz für Werkzeugmaschinen schreibt der Verein Deutscher Werkzeugmaschinenfabrikanten in Düsseldorf: „Unter den Industrieerzeugnissen Deutschlands, die in größeren Mengen zur Ausfuhr gelangen, nehmen die Maschinen wegen der auf sie verwendeten nationalen Arbeit und technischen Fertigkeiten sowie auch wegen des daraus folgenden Wertes dieser Erzeugnisse eine hervorragende Stellung ein. Es ist daher für das deutsche Wirtschaftsleben wichtig und erfreulich, daß die Ausfuhr an Maschinen im vergangenen Jahre dem Werte nach 464 Millionen Mark gegen 384 Millionen Mark im Vorjahre betrug, während die Einfuhr sich auf 66 Millionen Mark gegen 63 Millionen Mark im Vorjahre belief. Aehnlichertweise stieg die Ausfuhr an elektrotechnischen Erzeugnissen, worin Deutschland unbestritten an der Spitze marschirt, 217 Millionen Mark gegen 180 Millionen im Vorjahre, gegenüber einer Einfuhr von wenig über 7 Millionen Mark in den beiden Vergleichsjahren. Unter der Maschinenausfuhr steht die der Werkzeugmaschinen an erster Stelle; sie betrug im Jahre 1910 73,5 Millionen Mark gegen 62,3 Millionen Mark im Vorjahre, oder der Menge nach 59 000 Tonnen gegen 48 000 Tonnen im Vorjahre. Damit ist der Rückgang wieder ausgeglichen, der im letzteren Jahre eingetreten war, und es hat in dem letzten Jahrzehnt eine Steigerung der Ausfuhr auf das Sechsfache stattgefunden. Sein Hauptgegner auf dem Weltmarkt ist bekanntlich der amerikanische Werkzeugmaschinenbau, der ihm auch im eigenen Lande immer noch

durch seine rege Verkaufstätigkeit zu schaffen macht. Von der Gesamteinfuhr an Werkzeugmaschinen in Deutschland, die im vergangenen Jahre etwa rund 6000 Tonnen betrug, entfällt daher auch die größere Hälfte, 3500 Tonnen, auf die Vereinigten Staaten von Amerika. Die deutschen Zollverhältnisse begünstigen bekanntlich die amerikanische Einfuhr, da auf Grund des im vorigen Jahre abgeschlossenen Handelsabkommens mit den Vereinigten Staaten von Amerika diesen der deutsche Vertragstarif uneingeschränkt, also auch für Werkzeugmaschinen, zugestanden worden ist, obgleich die deutschen Zollsätze etwa nur ein Drittel derjenigen der amerikanischen für dasselbe Erzeugnis betragen. Es ist aber begreiflich, daß der Verein deutscher Werkzeugmaschinenfabriken sich auch in seinem soeben erschienenen Jahresberichte für 1910 wieder eingehender mit dem amerikanischen Wettbewerb beschäftigt. Der neueste Jahresbericht schließt seinen einschlägigen Abschnitt mit der Bemerkung, daß der deutsche Werkzeugmaschinenbau wegen der geschilderten Bemühungen der Amerikaner, darunter auch die allerdings bereitete amerikanische Ausstellung in Berlin, sehr auf seiner Hut sein müsse gegen den Amerikanismus, der keine Mittel und Wege unbenutzt lasse, um den fremden Markt, der ihm durch seine niedrigen Zölle offen stehe, mit amerikanischen Erzeugnissen zu überschwemmen, während er den heimischen Markt durch unübersteigbare Schutzzollmauern gegen die ausländische Einfuhr abschließe.“

Hier wird ziemlich unverblümt die Uebertragung des Hochschutzzollsystems auf die deutsche Maschinenindustrie gefordert. Daß die Maschinenindustrie des Zollschutzes für den Inlandsmarkt nicht bedarf, das lehrt ja deutlich die Position, die sie sich errungen hat. Für den Auslandsmarkt kann selbstverständlich eine Zollmauer nichts nützen, sie schädigt nur, indem sie Repressalien heraufbeschwört und ferner zu Auswanderungen der Verarbeitungsindustrie den Anreiz gibt. Die Monopolisierung des Inlandsmarktes durch einen hochgeschraubten Zoll auf Maschinen könnte für die inländische Industrie geradezu verhängnisvoll werden. Sie ist groß und stark geworden im Kampfe mit widrigen Verhältnissen; die Gewißheit des Monopols im Inlande würde leicht zur Stagnation, zum Rückschritt, zum Verkümmern führen. Die Ausdehnungsmöglichkeit der gesamten Verarbeitungsindustrie ist auf anderem Wege zu erreichen: durch eine Verminderung der Produktionskosten und durch Maßnahmen, die eine künstliche Verteuerung der Herstellung verhindern. Eine Ermäßigung der Lebensmittelpreise und der Zölle auf Rohmaterialien, wobei die successive Abtragung der Zollmauern im Auge zu behalten wäre, führt zum Ziele. Deutschland vom Weltmarkt abschließen zu wollen, wäre ein selbstmörderisches Unterfangen. Es muß daher auch jeder Versuch, den Austauschverkehr durch irgendwelche Maßnahmen zu hemmen, im Interesse der Gesamtheit zurückgewiesen werden. Dabei kann man Fragen des Schutzes einer unter den entwickelten Gesichtspunkten zukunftsreichen und existenzmäßigen Industrie, sowie die des Kampfes gegen infame Schmutzkonkurrenz auf Kosten der Arbeitskraft ausschließen. Hier kommt es auf die Grundfrage an, von welchen die Handelspolitik ausgehen soll. Unter Berücksichtigung der Lebensbedingungen Deutschlands kann man diese Grundfrage dahin präzisieren: Erweiterung der Ellenbogenfreiheit für alle Verarbeitungsindustrien durch Aufhebung der Zollvergünstigung der Rohmaterialienindustrie und durch Milderung der Lebensmittelpreise als Faktor der Selbstkosten! Ein Druck auf die Lebensmittelpreise wird erzielt durch Erleichterung der Einfuhr. Gegen solche Maßnahmen laufen die verbündeten Interessenten Sturm.

Die Montanindustriellen und die Agrarier haben sich zum Schutze ihrer großen Portemonnaies gegen das Allgemeininteresse verbündet. „Schutz der nationalen Arbeit“ ist das zu Unrecht angewandte Schlagwort, das eine volkseindliche Sache stützen soll. Wahrer Schutz der nationalen Arbeit im guten Sinne ist es, für die Arbeitskraft eine breitere Grundlage lohnender Betätigung zu schaffen.

Stiller

Segründet: 1867



Die alte Stiller-Firma eröffnet heute nachm. 4 Uhr ihre neue 9. Verkaufsstelle Rosenthalerstr. 5 nahe Rosenthaler Tor

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance

Berliner Credit-Haus

Credit-Haus Moabit

Lubzsch, S. Spandau

Wolter, Carl

Alkoholfreie Getränke Sinalco (Bilzbrause)

Gen-Vertret. Otto Starick

Franz Abraham

Dece Brause

Götsch

Si-Si

Arbeiter-Bekleidung

F. Falk

Rohren & Jöring

Backereien, Konditor

Arnold Beuter's Landbrotfabrik

Feronia

Gaedicke's Bäckerei

Oskar Banke's Brotbäckerei

Brotfabrik Buehl & Sohn

Bäckerei "Nordstern"

Bäckerei Ostfanten

Mache, Carl

Carl Kappler

Paul Müller

Peter's Großbäckerei

Otto Scillat

Schäpe, H. Rixdorf

Schütt, G.

Ulbrich

Heinrich Wittler

Badeanstalten

Erscheint 2 mal wöchentlich

Hohenstaufen-Bad

Bad

Kuranstalt

Köhn's Samariter-Bad

Bad Ostend

Passage-Bad

Römer-Bad

Schiller-Bad

Silesia-Bad

Viktoria-Bad

Bandagen, Gummw.

Wende, A.

Reiche, A.

Boerdig-Anst., Sargm.

Becker, Reinh.

Bunzel, R.

Böttner, A.

Kronen-Grossmann

Neuendorf, O. P.

Preibisch & Schmiedel

Schrammar, H.

Beleucht.-Sogenst.

Wilh. Scholem

Schuch, M.

Wecker, A.

Bierbrauereien, Bierb.

W. Adelung & A. Hoffmann

Bergbrauerei

Berliner Bock-Brauerei

Weißbier C. Landré

Max Böhm

Brauerei "Germania"

Bezugsquellen-Verzeichnis

Brauerei F. Happoldt

Brauerei Königstadt

Brauerei Pfefferberg

Brauerei Tivoli

Brauerei Weißensee

Groterjans

C. Habels Brauerei

Goldbier

S. D. Moewes

Münchener Brauhaus Berlin

Norddeutsches Brauhaus

Phönix-Brauerei

Richter & Co.

Roland

Schade

Schlossbrauerei Schöneberg

Schlossbrauerei Kronenbaku

Verlins-Brauerei Tontonia

Weissbier Albert Braun

Weissbier C. Breitbaupf.

Weißbier F. W. Hilsbein

Blumen und Kränze

Bouillon-Werke

Nährmittel-Gesellschaft "Krone"

Michaelis & Co.

Butter, Eier, Käse

J. F. Assmann

Arenz & Poper

Butterhandlung Ackermann

Oskar Beck

Fritz Bartz

Buntrock, W.

W. Riesner

Ernst Schneider

Schröter, R.

A. Talman

Uhly & Wolfram

Vereingte Pommersche Meierereien

Cacao, Chocolate

Cylix, G.

Die Fabrikate der "Sarotti"

Seiffert, Erich

Teichmann, H.

Gorgas, M.

Alb. Kasulke

Klein, Wilh.

Hugo Ahronfeld

Max Arndorff

Carl Bronnitzer

Cohn, Geschw.

Confektionshaus Wedding

Dombrowsky

Holz & Ascher

König

Pappelbaum

Wagner, P.

Westmann

Wolff

A. Kieper, Nowawes

Drogen u. Farben

Adler-Drogerie

Nich. Bocallius

Höfse, O. Fruchtstr. 62

Alfr. Götting

Louis Rühl

Siegfried-Drogerie

Brenneke, C.

G. Brucklacher

Gericke & Wolfram

Rob. Heintze

J. Müller

Jacob, Otto

Junghuth

Carl Karstadt

Kniechse, A.

Kurt Krandke

Paul Krüger

Gust. Lenz

Markwart, Bernh.

P. Moldenhauer

Bundschuh

Frax Müller

Müller, R. B.

A. Radloff

Georg Reiner

Max Richter

Rössel, P.

Schmidt, Paul

Schneider, G.

J. C. Schütze Nachf.

Helms, Schupke

Sellach, Th.

Georg Stasnowski

Rob. Stindt Nachf.

E. Tensch

Paul Tiegls

Seeische vom Fangplatz

Hans Kunkel

Winkler & Bärthold

Fleischer, u. Wurstw.

Peter Abrahamczik

Hermann Albrecht

S. Basch

Wilhelm Behr

August Blumstein

Herman Blanka

Peter Brackrock

Dr. Franz Bräuer

Georg Brenner

P. Bupkowitz

Spez. Gesch. f. Fleisch u. Wurstw.

J. Buchholz

Daniel, J. H.

Robert Bludschusch Nachf.

Passomart 1 u. Gostardstr.

Danziger Fleisch-Centrale

Dunnenberg, Neue Hochstr.

Rich Deckert

Max Diugosa

Albert Domke

Job. Durzynski

Job. Düll

Düll, K. Rixd.

Erzbach, G.

Kauf, Speck, Schinken

Anton Fehlau

Genthofstr.

August Heffner

H. Matzker

Stephan Nodorer

Otto Menzel

Merker, P.

Gottfr. Meussling

Josef Michel

Albrecht Müller

Adolf Nagel

Max Neubert

Julius Off

Karl Petrich

F. Pogorzelski

Max Pöhlner

Jul. Pytlík

Fritz Rasch

Peter Rechel

Rhinow, A.

Wilhelm Röder

R. Rohde

Walter Rudolf

Ottomar Rudolph

E. Schauer

Rob. Schäfer

M. Scherer

A. Siewert

Ed. Schmalz

J. Scholz

Schönhauer

Oskar Schubert

Max Schubert

Albert Schucht

O. Schreiber

Max Sommer

Fortsetzung siehe nächste Seite



Carl Stuhr, Dresdenstr. 134.  
Sturm, Erich, Tegel, Hermsd.-Str. 22.  
Paul Tronk, Charl., Spand.-Str. 22.  
Fribes, Alfred, Falkensteinstr. 4.  
Truxa, W., Frankf. Allee 185.  
Ulbrich, Friedr., Brunnenstr. 187.  
Adolf Vökel, Frank. Chaussee 150.  
Brunnenstr.  
**Reinh. Wankel 163.**  
Otto Wartig, Triftstr. 3.  
Wedermann, O., Wilmersdorf,  
Augustastr. 14.  
Wegner, R., Rixd., Bergstr. 60.  
R. Weiss, Nowawes, Prenterstr. 74.  
**Wittig, Ad.,** Rixdorf,  
Trinkstr. 7.  
**Wutke, Karl**,  
Invalidenstr. 16

**„Friedrich Wilhelm“**  
Berlin W8, Behrenstr. 58-61  
Lebens-, Sterbekassen- u. Arbeiter-Versich.  
Mit u. ohne Erstl. Untersuchung.  
Jahres-, Monats-, Wochenbeiträge

**Warenhäuser**  
Bernhard, G., Ober-Schöneweide.  
Bieber, NY, Yorkstr. 37, am Blf.  
**MaxBlumenreich**, Schwedens  
Str. 1.

**Warenhaus MaxCodik**  
80, Wrangelstr. 20, Eckpflaster.

**David, L. S.**, Sim.-Dachstr. 42.  
Helnze, Partiewar., Laaghasstr. 191  
Leopold Jacobsohn, Nostlitzstr. 36

**Julius Loewenberg Nachf.**  
zur Gleimstr. 19, a. d. Schöneberg-Allee.

**Warenhaus M. Hirsch**  
Spandau

**Waschmittel**  
Verlangen Sie  
**„Edelweiß“**  
Krone aller Waschmittel.

**Herkules** Bleich-  
Seifen-  
Pulver  
= schön die Wäsche =  
= sparsam im Verbrauch.  
Chem. Fabr. „Hewella“ Wollkittstr. 44.

Weine, Liköre u. Fruchtsäfte

**Hugo Selig**  
90 Filialen in allen Stadtteilen.  
Bettlinger, Eug., Wald-Sek., Wiclat  
**Conrad, Großdestillation**  
Oranienstr. 207, Ecke Skalitzerstr.  
Dennhardt & Schultze, Brunnenstr. 13.  
Eile m. Wyle, Lärfaß, Gerichstr. 16.  
Großd. „Zur Sonne“, P. Freudenberg,  
K. Lehmann, Nowawes, Großbrennstr. 19.  
Martin, Bruno, Ri., Hermannsplatz 5.  
Mertes, Louis, Belle-Alliancestr. 19.  
Rieß, Fritz, Ri., Hermannsplatz 5.  
Schwendy, H., Rosenthalerstr. 67.  
Sello, Hermann, Stadtl.  
Einzelverkauf zu Engrospreisen.  
auch Liköre u. Säfte,  
Branntwein, 16 a. Filial.  
Ritzelwerk, a. Esgratz.  
Welha, W., Hermannstr. 160.  
Wein-Vertriebsgesellschaft v. Malotki

G. m. b. H. Berlin, Auguststr. 60.  
Bitte Preis zu verl. Tel. III, 9192.  
Wormuth, Oswald, Köpenick-Str. 1.

**Woll-, Wollw., Trikot.**  
Abischer, Gust., Obernstr. 75.  
Max Bahn, Mühlstr. 42.  
H. Baris, Schönhauser Allee 107.  
Bredow, Otto, Ri., Hermannstr. 56.  
Otto Erdmann, Mirbachstr. 35.  
Bousselastraße 78  
Tanroggenstr. 10  
Grüner  
Weg 28.  
**Hans, A.**  
Hugo Recht, Chorinerstr. 65 a.  
Hirschfeld, bergstr. 63.  
Hoppe, E., Scharnweberstr. 52.  
Köstrin-Pfl.  
Jonus, Hermann, Julestr. 11.  
Juncker, H., Rixdorf,  
Hermannstr. 172.  
Kaufh. Katzki, Ri., Kais. Friedr.-Str. 141.  
Carl Klein, Höchststr. 16, N. O. 18.  
Robert Kutsche, Gubenerstr. 56.  
Adolf Küssel, Ri., Bergstr. 54 a.

R. Lehmann, Inh. Walter, Köpenick  
**Eugen Lewald** Frankfr.  
Allee 187.  
**Ch. Loewy**, Rixdorf, Bergstr. 52 1/2  
vise-vis der Kirche.  
**A. Lüdek**, Rixdorf,  
Kais.-Friedr.-Str. 177.  
Luster, C., Reichenbergerstr. 61.  
Thaerstr. 48.  
**Müller, E.**, Wäsche eig. Fabrikate.  
Meyer, Bernauerstr. 12, (Arbeiterkassen)  
Pflaume, Gebr., Friedrichstr. 206.  
Pietzmann, Marie, Jägerstr. 25.  
A. Radloff, Reinickstr., Wacht 1 a. 50a.  
Raehmer, C., Androssstr. 59.  
**Schaefer**, Husin-  
str. 43.

**M. Schaefer**  
S. W. Hollmannstr. 43  
W. Massenstr. 17.

Schrom, Lina, Mirbachstr. 31.  
Hermann Meyer, Schivelbeiner Str. 21.  
A. Nitschpan, Hermannstr. 111/112/113.  
Sigmund Simon Nr., Köpenickstr. 113

Stawenow, Carl, Garder- & Corsetz-19  
L. Vierarm, Zionskirchstr. 34.  
E. Voigt, Luisenkirch, Ansb. 101.  
**Weber & Reynacher** Gr. Frkf. 54, 56.  
Wollhaus Lucas Rixdorf,  
Bergstr. 63

**Wild u. Geflügel**  
C. Dittmann Rixdorf,  
Berliner Str. 42.  
O. Grimm Landsberger Allee 27,  
auch Fische.  
Schmidt, E., Spandau, Havelstr. 19  
Stenzel, L., Ri., Berlinerstr. 59  
auch Obst.  
Zimmer, H., Prinzenstr. 12.

**Zahn-Atelier**  
E. Bode, N. Kastanienallee 100, I.  
Hollbruch, Hermann, Frankf. 5, geg. 1973  
Jordan, Alfr., Franzstr. 61, geg. 1883.  
Schmidt, W., Rixdorf,  
Reuterstr. 81L  
Vorzeiger dieses 10% Rabatt.

# Knaben-Mode

Schluß morgen!

**Ausnahme-Angebote**  
Tausender moderner Knaben-Anzüge.  
Selten günstige Kaufgelegenheit

Soweit Vorräte reichen

Erstkl. Modell - Anzüge	Norfolk - Anzüge Kleidsame
Felne- & Reine-Muster. Für 5-8 Jahre. Sonst bis 20 Mk. <b>6.50-9.00 Mk.</b> Jetzt durchweg . . . . .	Falten-Formen. Für 5-8 Jahre. Sonst . . . . . 6.50 Mk. <b>4.50 Mk.</b> Jetzt durchweg . . . . .
ca. 5000 Wasch-Blusen enorm billig sonst 1.50-5 Mk. jetzt . 1.85, 0.95, 0.50 Mk.	
Cheviot-Anzüge . . . . . für 5-8 Jahre sonst 4.50 Mk. jetzt durchweg 2.90 Mk.	
Wasch-Anzüge . . . . . für 5-8 Jahre sonst 4.50 Mk. jetzt durchweg 2.50 Mk.	
Manchester-Anzüge . . . . . für 5-8 Jahre sonst 4.75 Mk. jetzt durchweg 3.50 Mk.	
Englisch. Samt-Anzüge . . . . . für 5-8 Jahre sonst 8.00 Mk. jetzt durchweg 6.50 Mk.	
Kammgarn-Anzüge . . . . . für 5-8 Jahre sonst 8.00 Mk. jetzt durchweg 6.50 Mk.	
Russenkittel-Anzüge . . . . . für 5-8 Jahre sonst 10.00 Mk. jetzt durchweg 7.50 Mk.	
la. Kammgarn-Anzüge . . . . . für 5-8 Jahre sonst 10.00 Mk. jetzt durchweg 8.00 Mk.	
Norfolk-Anzüge . . . . . für 5-8 Jahre sonst 8.00 Mk. jetzt durchweg 6.50 Mk.	
Jünglings-Anzüge . . . . . für 8-12 Jahre sonst 12.00 Mk. jetzt durchweg 7.50 Mk.	
Wasch-Hosen . . . . . viele Muster jetzt durchweg 40 u. 70 Pf.	

# Baer Sohn

Kleider-Werke

Deutschlands größte Fabrik der Branche.

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Preis-Katalog No. 40 u. der Haupt-Katalog No. 41 kostenfrei.

# Leineweber

4-5-6 Köllnischer Fischmarkt 4-5-6



Preiswerte

## Einsegnungs-Anzüge

	54	58	62	66	70	74	78	82	86	90
Cheviot . . . . .	14	14 <sup>50</sup>	15	15 <sup>50</sup>	16	16 <sup>50</sup>	17	17	18	18
Kammgarn . . . . .	16	17	18	19	20	21	22	22	23	24
Kammgarn-Cheviot II . . . . .	22	23	24	25	26	27	28	28	29	30
Melton-Cheviot . . . . .	26	27	28	29	30	31	32	32	33	34
Kammgarn-Cheviot I . . . . .	30	31	32	33	34	35	36	36	37	38
Tuchkammgarn . . . . .	34	35	36	37	38	39	40	40	41	42

In eigenen Betriebswerkstätten hergestellte

**Jünglings- und Knaben-Kleidung**  
ist besonders preiswert u. unübertroffen in Sitz u. solider Verarbeitung

**A. B. KOCH**  
Gegr. 1893 Kohlen- u. Briketts-Großhandlung Gegr. 1893

Hauptkontor: Petersburger Str. 1 Berlin. Telefon: Amt 7, 3040  
O 34. und 3096.

Lagerplatz 1: O., Rüdersdorfer Str. 71 (am Küstriner Platz, alt. Ostb.).  
Lagerplatz 2: O., Fruchtsstraße 13 (Ostbahn-Güterbahnhof)  
Lagerplatz 3: N., Behmstr. 30 (Schivelboiner Str., Ecke Malmör Str.).

Preise für la Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Zentnern an:  
pr. Ztr.

la Sentenb. Marienglück Salon 82 Pf.	la Ilse Salon . . . . . 1.-M.
la Sentenb. Gotthold Salon 92 Pf.	la Halbsteine . . . . . 80 Pf.
la Diamant Salon . . . . . 1.-M.	la Anthracit Cadé . . . . . 2.80 M.

(Ges. gesch. p. Ztr. 115-120 Stck.)  
Bei Franklieferung je nach Quantum per Ztr. 10-18 Pf. mehr.  
Bruchbriketts, Steinkohlen billigst. Koks zu Anstaltspreisen.  
Holz, verkleinert, per Zentner 2.- M.  
Bei größeren Abschüssen u. Originalwagg. verl. Sie meine Spezialofferte.  
sind meine unübertroffensten **Marienglück-Briketts**  
zu empfehlen, welche ich bei 2000 Stück mit  
**8.75 pr. Taus.** bei 90 Ztr. mit **97 Pf. pr. Ztr.**  
franko bis 4 Treppen inklusive aller Unkosten liefere.

**1 Mark**  
wöchentliche  
Teilzahlungen  
lieferbare fertige  
**Herren-  
Garderoben**  
Ersatz für Maß.  
Anfert. n. Maß.  
Tadellose Ausf.

**Julius Fabian**  
Schneidmstr.  
Große Frank-  
furterstr. 37 II  
Eingang Straus-  
berger Platz.  
II. Geschäft:  
Turmstr. 18  
nur erste Etage,  
kein Laden.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 3-4

**Nathan Wand**  
129 Stalher Str. 129.  
Die schönsten  
Herren-Sommer-Paletots u. Ulster  
und Anzüge in neu  
sowie (speziell)  
**Monats-Garderobe**  
von Kapazitäten getragene Sachen,  
sah neu, für jede Figur passend,  
speziell danach angezogen sind in  
großer Anzahl stets zu haben  
billigen Preisen zu haben.

**Nathan Wand**  
129 Stalher Str. 129.  
Hochbahnstation Rotbuser Tor.  
Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Pa. Schlaek- u. Salamiwurst 1.20 M.**  
a Pfund  
Dr. geräucherte Gänsefüßen, 3. Hühner, 8. Gänsefleisch,  
garantiert rein, a Pf. 1.20 M., empfiehlt 207

**Hermann Leibner, Berlin C., Klosterstr. 95.**  
Adams Keller-Bühnen-Straße.

**Husten** Heiserkeit, Brust-Katarrh,  
Heuchhusten, dreitägigen Schnel  
und sicher die  
ärztlich erproben  
**Kaisers** Brust-Cara-  
mellen mit den

„drei Tannen“. Beweis: 5000 amtlich beglaubigte Zeugnisse.  
Nur in Paletten von 30 Pf. Dose 60 Pf., niemals offen aus-  
gewogen. Dafür Angebotenes weist man energisch zurück. Zu  
haben in Apotheken, Drogerien und Kolonialwarenhandlungen.

**Josefetti**  
**VERA**  
FEINSTE 3 Pfg. CIGARETTE



Vom Gesundbrunnen nach Rixdorf.

Ueber das neue Verkehrsprojekt Gesundbrunnen-Rixdorf wird uns aus dem Rathaus berichtet:

Der Magistrat hat am 28. Januar 1911 dem Vertragsentwurf zwischen der Stadt Berlin und der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft hier, betreffend die Anlage einer elektrischen Hoch- und Untergrundbahn vom Gesundbrunnen nach Rixdorf grundsätzlich zugestimmt.

Man hatte erst mit der Kontinentalen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen über das Projekt einer Schwebebahn Gesundbrunnen-Rixdorf verhandelt, hat dann aber dem Projekt der A. E. G. den Vorzug gegeben, welches durch eine Schnellbahn eine Verbindung des Gesundbrunnens mit Rixdorf schafft, und, wenn es auch nicht durchweg die gleiche Linienführung vorzieht, doch im allgemeinen die gleichen Verkehrsgebiete wie die Schwebebahn erschließt.

Es darf als bekannt vorausgesetzt werden, welche erheblichen Bedenken gegen den Bau einer Schwebebahn im Innern der Stadt in städtischen Kreisen geltend gemacht sind.

Die Schwebebahn will, abgesehen von den breiteren Straßen, zugen der Brunnentstraße bis zur Veleranstraße, der Lothringersstraße, Kottbuser Straße und des Kottbuser Damms folgende engeren Straßen benutzen: Brunnenstraße zwischen Veleranstraße und Rosenfelder Tor 21,5 Meter breit, Dankestraße 22 Meter breit, Kaiser-Wilhelmstraße 22 Meter breit, Dirschstraße 19,0 Meter breit, Weidenstraße zwischen Spree und Rungestraße 19,0 Meter breit, Koanderstraße 22,5 Meter breit, Prinzenstraße 22,5 Meter breit, Ritterstraße 22 Meter breit, Reichsberger Straße 22 Meter breit.

Die Bedenken gegen die Benutzung so enger Straßen durch eine Schwebebahn haben sich auch nach Herstellung der in der Brunnenstraße aufgestellten Probeerde nicht vermindert, sondern eher vermehrt und sind in scharfen Protesten der Anwohner zum Ausdruck gekommen.

Die geplante Schnellbahn soll, wie wir bereits mitteilten, in ihrem größeren Teile etwa 6 Kilometer als Untergrundbahn hergestellt werden, und nur die beiden kürzeren Ausläufer von zusammen etwa 3 Kilometer Länge im Norden und Süden sind als Hochbahn geplant. Die Bahn beginnt als Hochbahn an der Christianiastraße und fährt als solche durch die Babitzstraße und den Humboldtbaum. Hier ist die Rampe zur Ueberführung in die im Zuge der Brunnenstraße herzustellende Untergrundbahn vorgesehen. Als Untergrundbahn unterfährt sie dann die Brunnen-, Rosenfelder-, Weiden-, Kaiser-Wilhelm-, Neue Friedrichs- bis zur Stralauer Straße, kreuzt dort unterirdisch die Spree und fährt dann unter der Weiden-, Koander-, Prinzen- und Dresdener Straße bis zum Luisenpark, das sie bis zum Landwehrkanal verläuft. Hinter dem Wasserlochplatz steigt die Bahn dann wieder zur Hochbahn empor und überfährt als solche den Kanal am Urbanhofen, durchschneidet den Häuserblock am Planufer Ecke Grimmstraße und durchfährt dann diese Straße vor dem Wirtschaftsgelände des Urbanhofens und die Urbanstraße bis zum Hermannplatz.

Der naheliegende Wunsch, die ganze Linie als Untergrundbahn hergestellt zu sehen, erscheint leider als nicht erfüllbar, weil die Kosten dieser Art der Ausführung so hoch sind, daß das Unternehmen unwirtschaftlich werden würde. Die A. E. G. hat wiederholt die bestimmte Erklärung abgegeben, daß sie das Projekt fallen lassen müsse, wenn eine Erweiterung der Unterflasterbahnstrecken von ihr beantragt würde. Es dürften aber auch Bedenken durchschlagender Art gegen die kurzen Strecken, die als Hochbahn vorgesehen sind, mit Rücksicht auf die Vorteile, die aus der neuen Schnellbahnverbindung den Anwohnern erwachsen, nicht vorliegen. Die für die Hochbahnanlagen in Betracht kommenden Straßenzüge von der Badstraße und der Urbanstraße haben eine ausreichende Breite, nämlich 33,90 Meter, auch herrscht in ihnen nicht ein so starker Verkehr, daß aus der Errichtung der Hochbahnviadukte Störungen des Straßenverkehrs zu befürchten wären. Die aus dem Bestehen der Hochbahn in der auf der Strecke zwischen Alte Jakob- und Prinzenstraße nur 30,10 bis 30,70 Meter breiten Gütshiner Straße hergeleiteten Bedenken hinsichtlich des zu erwartenden Geräusches der Bahn sind deshalb unbegründet, weil bei der Herstellung der neuen Hochbahnstrecke eine Bauweise vorgeschrieben werden wird, die Geräuschbelästigungen auf ein geringes Maß zurückzuführen wird. Uebrigens sind, wie immer wiederkehrenden gegenseitigen Behauptungen gegenüber festgestellt sei, auch die Grundstücke an der Hochbahn in ihrer Gesamtheit im Werte nicht gesunken, sondern haben eine Steigerung der Wertetage erfahren, was sich aus der auf amtlichem Material beruhenden Auskunft der königlichen Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern ergibt.

Trotzdem sind von zahlreichen Bewohnern und Vereinen der südlichen und nördlichen Stadtteile scharfe Proteste gegen die Erteilung der Zustimmung zu dem Projekt der A. E. G. eingegangen. Die Interessenten aus dem Norden, insbesondere des Gesundbrunnens, erjuden in eindringlichen Eingaben, endlich doch der herrschenden Verkehrsnot durch Erbauung einer Schnellbahn ein Ende zu machen, zu diesem Zwecke aber die Schwebebahn, nicht das Projekt der A. E. G., zu genehmigen, weil die Schwebebahn einen den Bedürfnissen der Bevölkerung mehr Rechnung tragenden billigeren Tarif versprochen habe. Demgegenüber ist aber festzustellen, daß die Kontinentale Gesellschaft ausdrücklich abgelehnt hat, sich vertraglich zur Einhaltung des 10 Pfennigtarifes zu verpflichten. Auch stehen die oben schon erwähnten Bedenken der Benutzung einer ganzen Reihe von nur 21 bis 22 Meter breiten Straßen entgegen. Die Anwohner der Grimm- und Urbanstraße aber verlangen, daß im Süden keine Hochbahn, sondern nur eine Untergrundbahn zugelassen werde. Leider stellen sich aber der Erfüllung dieses Wunsches, wie auch schon mitgeteilt, wirtschaftliche Bedenken entgegen. Insbesondere im Süden würde die Herstellung eines Tunnels unter dem Landwehrkanal erforderlich und damit ein Aufwand von Millionen in Höhe von 4 1/2 bis 5 Millionen Mark notwendig werden, welche das Unternehmen nicht tragen kann.

Es ist überhaupt nur möglich, die Unternehmung für die Uebernahme der Ausführung der Bahn als Untergrundbahn in dem größeren Teile ihres Verlaufes zu gewinnen, dadurch, daß die Stadtgemeinde die Beschaffung der großen Kapitalien, die die Ausführung dieses Projektes erfordert und die auf 84 Millionen Mark angenommen sind, durch Uebernahme einer Haftung für die Verzinsung und planmäßige Tilgung der Hälfte des Kapitals erleichtert und auf Abgaben für die ersten 5 Jahre verzichtet, wenn das Unternehmen nicht Ueberflüsse über 4 1/2 Proz. des Aktienkapitals bringt.

Dem mit der A. E. G. abzuschließenden Vertrage ist der mit der Hochbahngesellschaft über die Linie Leipziger Platz-Schönhauser Allee abgeschlossene Vertrag zugrunde gelegt. Es sind aber abgesehen von den auf die Garantie der Stadtgemeinde bezüglichen Bestimmungen eine ganze Reihe von materiellen und formellen Aenderungen und Verbesserungen zugunsten der Stadtgemeinde vereinbart worden, insbesondere ist, soweit dies vertraglich irgend möglich erschien, die Stadtgemeinde durch stärkere Bestimmungen dagegen geschützt worden, daß eine Ausdehnung des Unternehmens räumlich oder zeitlich gegen ihren Willen vorgenommen werden kann. Auch ist hinsichtlich der Ausübung des Erwerbsrechts eine größere Sicherheit gegen etwaige Erschwerung geschaffen worden.

Partei-Angelegenheiten.

Rechnungsdorf. Am Sonnabendabend 8 1/2 Uhr bei Rentel: Extrazahlabend. Der Vorstand.

Bernau. Umstandshalber findet die heute fällige Mitgliederversammlung des Bezirks nicht statt. Die Bezirksleitung.

Rühlsdorf, Bezirk Nieder-Schönhausen. Sonntag, den 26. Februar, namittags 4 Uhr, im Lokal von L. Meyer, Buchhorst: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Listenführer müssen alle zur Stelle sein. Die Bezirksleitung.

Kallberge-Rüdersdorf. Am Sonntag, den 26. Februar, nachmittags 3 Uhr, im „Gasthof zur Linde“, Zub. Rich. Koll, Heinitzstraße 19: Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Tagesordnung: Vortrag des Reichstagsabgeordneten Artur Stadthagen über: „Nieder mit der Reaktion“. 2. Diskussion. Die Bezirksleitung.

Pankow. Zu der am 5. März stattfindenden Urania-Vorstellung sind nur noch bis Sonntagmittag Billets in der Vorwärts-Expedition (Dito Rixmann), Rühlsdorfstraße 30, zu haben.

Spandau. Am Sonntag, den 26. Februar, findet ein Ausflug nach Gladow statt. Der Abmarsch erfolgt nachmittags 2 Uhr vom Hause des Genossen Scior, Gadow Str. 1. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Wie unsere Kinder vergiftet werden!

Weit draußen wohnen wir in einem kleinen billigen Vorort. Da gibt es noch keine Autos, Autobusse und Elektrische. Aber, getrommelt und gepiffen sei es, auch noch keine Polizisten, keine Soldaten, keine Kir... Doch, eine Kirche haben wir jetzt schon. Die darf ja nicht fehlen. Das andere wird wohl auch noch nachkommen. Hier draußen nun konnte unser kleiner dreieinhalbjähriger Junge nach Herzenslust spielen. Es ist ein kleiner Heidenjunge, hat nicht die Laufe der Kirche empfangen, fühlt sich aber sonst anscheinend ganz wohl in seiner Haut. Tagsüber erzählt er in seiner drohlichen, unbeholfenen Weise allerlei harmlose Sachen: „Is hab einen Vorortzug gesehen, da war eine Mototive (Lokomotive) vor“, oder „Friedrich is heute hingepuzzelt“, oder „Hans hat mir mit einem Stein (Stein) beschmissen“. Abends wird der kleine Heide in sein Bettchen gepackt, und nachdem er Vater und Mutter noch einen herzhafteu Kuß gegeben, schläft er friedlich und ohne Gebet ein, in jedem Arm einen geliebten Besähernten seiner Jugend, einen kleinen Clown und ein von seiner Mutter selbst gefertigtes Kaninchen. So weit, so gut.

Aber eines Tages ertönt wilder Lärm auf der Treppe des Hauses! „Hu-ah, hu-ah, hu-ah. Ja raus; mein Junge ist's. Hat'n Stod mit nem Vappin in der Hand und schreit Hurrah: „Was ruft Du da?“ frage ich ihn so sanft wie möglich. „Na, hu-ah.“ — „So, und von wem weist Du das, wer hat Dir das gesagt?“ — „Mag sein, daß ich ein bißchen böß ausjah, der Junge fängt an zu brüllen und ich darüber nachzudenken, wie er zu dieser ho-russischen Vereinerung seines Vortschages gekommen sein mag.“

Ein paar Tage vergehen, da höre ich ihn in der Frühe auf- und abmarschieren mit tärä, tärätätä, tšjing tärätätä. Ich wieder raus und frage ihn, was er da macht. „Is bin ein Dada!“ — „Was bist Du?“ — „Na, ein Dada!“ — „Ach so, Soldat, ja?“ — „Er nickt. Das wundert mich noch mehr, denn der Junge hat weder Plinte noch Säbel, noch einen einzigen Bleisoldaten. „Und wer hat Dir das gesagt?“ — „Na, die Jugens unten, die spielen doch Dada.“ — Da ist also einstweilen nichts zu machen.

Wieder vergehen ein paar Tage. Wir haben uns gerade zum Mittagessen niedergelassen, da setzt sich der Knirps in Positur und kräht: „Eich, nu bin is König (König), un Du, Mutthchen, nich, und Du, Vater, auch nich. Is bin dang aheine (alleine) König.“ — „Gottah, denke ich, da gibt was anderes hinter. Frage den Jungen: „Wer hat Dir das gesagt?“ — „Na, der Heini. Den Heini sein Vater is doch Trieger (Krieger). — „Na, dann sag man dem Heini, er soll gefälligst was Vernünftiges spielen. Laß Dir nich wieder solch' ein Geschwätz vormachen, hörst Du?“ Der kleine Junge nickt ernsthaft und beginnt zu schliefen.

Jetzt ist mir der Zusammenhang klar: Heini's Vater ist ein kleiner Handwerker, den man wochentags wenig zu sehen bekommt. Aber am Sonntag, da gürtet er seinen Leib mit einer Schärpe, legt eine Donnerbüchse auf seine Schulter und marschiert mit seinem Kriegerverein, voraus eine Kapelle, bestehend aus acht Lehrlingen, zum nahegelegenen Schießstand. Alldort beginnt ein ebenso andauerndes wie heftiges Knallen nach einer Scherbe mit einem schwarzen Punkt in der Mitte. Das soll der „innere Feind“ sein. Aber je tiefer die Sonne sinkt und je leerer die Vierflaschen werden, desto weniger trifft man ihn. Nun konnte ich mir erklären, wie mein Sprößling zu Worten kam, die in meinem Hause so selten sind wie Hundertmarkschaine.

Wir beide, meine Frau und ich, überlegten, was da zu tun sei. Die meisten Kinder waren zu groß für unseren Knirps, andere wohnten zu weit ab, ganz allein wollten wir ihn auch nicht spielen lassen. Schließlich sagt man sich, Kinder sind Kinder, heute spielen sie König, morgen Bettelmann, und übermorgen Polizist und Mörder. Also ließen wir den Jungen wieder runter.

Eines Sonntags zur Mittagszeit ein heftiges Klingeln. Meine Frau öffnet. Der Junge steht da, hat einen Stod in der Hand und indem er ihn gegen den Bauch stemmt, ruft er: „Pu, pu, — is schief Dir tot — pu — Wo ist Vater?“ — „Und schon fürmt er rein zu mir, legt seinen Stod auf mich an und freischt seelenbergnügt: „Pu, pu, Vater, is schief Dir tot!“

Wir beide sind starr und stumm. Das hatte er wieder von dem Sohn des patriotischen Kriegervereiners gelernt. Meine Frau zwinkt mir zu, hebt die Schürze und fängt bitterlich an zu weinen. Der Junge steht ganz verdattert da, steht mich ängstlich an, läßt den Stod fallen und rennt zur Mutter. „Mutthchen, nich weinen, nich weinen.“ — Du willst mich ja totschießen.“ — Er schmiegt sich an sie und ruft, mit den Tränen kämpfend: „Ach, is hab man bloß 'n bißchen Paß (Spaß) demacht.“

Da gehe ich zu dem Kind, streiche ihm die erhitzten Wangen und sage ernst: „Höre mal, mein Jungchen, Dein Mutthchen und Deinen Vater mußt Du immer recht lieb haben. Und mußt nicht sagen, auch nicht zum Spaß. Du willst sie totschießen. Und wenn der Heini das noch mal sagt, dann

sagst Du zu ihm: „Pu, Du ungezogener Junge, Menschen schießt man nicht tot. — Nicht wahr, willst Du das?“

Er legt seine kleine weiche Paßchhand in die meine. Aber ich weiß es wohl, solch Kindergemüt ist weich und empfänglich und das, was man dem Kind verbietet, hat doppelten Reiz. Deshalb Tag und Nacht auf der Hut sein, daß nicht die Kinderseelen mit den Ideen des Menschenmordes vertraut werden, daß sie schließlich nicht fähig werden, auf Vater und Mutter zu schießen.

Um 110 Prozent Gemeindesteueraufschlag.

Der Vorschlag des Berliner Magistrats, zur Valanzierung des neuen Stadthaushaltsetats einen Steuerzuschlag von 110 Prozent für die Gemeinde zu erheben, hat für das Verhältnis der Stadt Berlin zu den Vororten eine große Bedeutung, da die Steuerverhältnisse in den größeren Vororten bisher gleichfalls auf 100 Prozent Gemeindesteuern aufgebaut waren. Um da eine Einheitlichkeit herbeizuführen, hat der Regierungspräsident an die Vertreter der Städte Berlin, Charlottenburg, Wilmersdorf, Schöneberg, Rixdorf und Lichtenberg eine Einladung zu einer Konferenz ergehen lassen, die am Donnerstag stattgefunden hat. In dieser Konferenz ist, wie der Bürgermeister Zietzen am Donnerstag in der Lichtenberger Stadtkörperschaftenversammlung mitteilte, beschlossen worden, den städtischen Körperschaften zu empfehlen, den Kommunalsteuerzuschlag auf 110 Prozent festzusetzen. Wenn bis zum 12. März dieses Jahres gleichlautende Beschlüsse gefaßt werden, wird in sämtlichen Orten die Gemeindecinkommensteuer auf 110 Prozent erhöht werden. Der Regierungspräsident hat erklärt, daß die Aufsichtsbehörde dafür sorgen wird, daß auch in sämtlichen übrigen Vororten dieser Steuerzuschlag eingeführt wird.

In den allermeisten dieser Gemeinden wird allerdings schon längst über 100 Prozent erhoben.

Ob die städtischen Behörden der genannten Gemeinden 110 Proz. beschließen werden, steht dahin und muß abgewartet werden. Mit wenigen Ausnahmen werden alle Gemeinden das Geld gebrauchen können, das durch Erhöhung der Gemeindesteuern von 100 auf 110 Proz. mehr einkommen würde.

Interessant ist, daß die Abmachungen der Städtevertreter zustande gekommen sind auf Veranlassung des Regierungspräsidenten. Dieser Umstand läßt den Schluss zu, daß auch in Regierungskreisen die Ansicht vorhanden ist, daß Steuerfragen in Groß-Berlin nur gemeinschaftlich zu regeln sind. Und wenn schon die Regierung sich nicht dazu herbeiläßt, durch eine großzügige Eingemeindungspolitik die schädlichen Folgen der kommunalen Herrschenheit Groß-Berlins zu beseitigen, so hätte sie doch die Pflicht, auch die Regelung der Steuerfragen in den zu schaffenden Zwangszweckverband mit aufzunehmen. Im übrigen wird dieser Zweckverband nur dann die öffentlichen Interessen wirksam wahrnehmen können, wenn er aufgebaut ist nicht auf dem nur Privatinteressen fördernden, den Grundbesitz bevorzughenden Dreiklassenwahlrecht der Gemeinden, sondern auf dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht in Staat und Gemeinde.

Besuch der Reichstagskammern. Die Tribünenorten für den Reichstag werden von Montag, 27. Februar, ab nicht mehr vormittags um 10 Uhr, sondern eine halbe Stunde vor Beginn der Plenarsitzung an der Kartenausgabestelle im Reichstagsgebäude ausgegeben.

Ein zu Kranke zu werden. Auf sämtlichen Haupt- und Hilfsstellen des Berliner Rettungswesens ist jetzt auf Veranlassung des Magistratskommissars für das Berliner Rettungswesen ein Verzeichnis derjenigen Apotheken und Brauereien innerhalb Berlins ausgehängt, welche Eis für Kranke zu werden zur Abgabe an die Bürgerchaft Tag und Nacht vorrätig halten. Von jetzt ab ist daher auf jeder Haupt- und Hilfsstelle zu erfahren, wo für jedermann auf schnellstem Wege Eis zu Kranke zu werden zu erhalten ist.

Der „verschwendische“ Arbeiter. Wie wird und denn — leben wir im Paradies? Daß Fürsten, Grafen, Barone, Kommerzienrätslöche wegen Geldvergeudung unter Kuratel gestellt werden, ist eine alte Geschichte. Aber ein Arbeiter entmündigt wegen Verschwendung? Fast ungläublich, wenn es nicht im „Berliner Lokal-Anzeiger“ unter den amtlichen Anzeigen wie folgt zu lesen wäre: „Belohnung.“

Der Arbeiter (folgt Name und Wohnung), geboren zu Berlin am 17. August 1890, ist durch Beschluß des unterzeichneten Gerichts vom 18. Februar 1911 wegen Verschwendung entmündigt worden.

Berlin, den 18. Februar 1911. Königlich-Preussisches Amtsgericht Berlin-Mitte, Abteilung 81. Auch ein simpler Arbeiter kann zum Verschwender werden, wenn er etwa das große Los gewinnt und nach vielen Hungertagen vom Glanze des Goldes geblendet wird. Hier hat die Sache noch einen anderen Haken. Der Entmündigte wird erst im August dieses Jahres volljährig, ist also überhaupt noch nicht mündig gewesen. Wie man einen nicht Volljährigen entmündigen kann, bleibt das juristische Geheimnis der betreffenden Entmündigungsabteilung.

Wegen umfangreichen Adressenschwindels wurde gestern der 21 Jahre alte Kaufmann Willi Neumann aus der Luisenstraße verhaftet. Neumann nahm an, daß, wenn er Leute nur um geringe Beträge schädige, keine Anzeige bei der Polizei gemacht werde. Hieraus baute er seinen Plan. Durch ein Inserat in der Zeitung verpöchte er hohen Verdienst durch Adressensammeln. Auf seine Anzeige erhielt er Zuschriften von vielen Personen, die sich gern einen Nebenverdienst verschaffen wollten. Nicht mehr als 147 Adressen wurden ihm auf sein Inserat zugeickt. Den Verwerbern sandte er dann ein Schreiben, in dem er ihnen mitteilte, daß sie 60 Pfennige für den Nachweis zu zahlen hätten. Der Nachweis bestand darin, daß er den arbeitslustigen Leuten einige Firmen ausgab, die ihm Aufträge erteilt haben sollten. In Wirklichkeit waren die Firmen aus der Luft gegriffen. So wurden die Leute jedesmal um die 60 Pf. Nachweisgebühr geprellt. Mehrere Betroffene taten sich nun zusammen, merkten das Gewerbsmäßige dieses Schwindels und machten Anzeige bei der Kriminalpolizei. Dieser gelang es gestern, den Gauner festzunehmen. Neumann, der dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurde, hatte seinen Geschäftsbetrieb schon seit Januar dieses Jahres auf diese Weise eingerichtet.

Durch Gasvergiftung verunglückte gestern morgen um 1/8 Uhr der 18 Jahre alte Hülfsheizer Hermann Wolf, der in Friedmann bei seinen Eltern wohnt und bei den Elektrischen Wodstationen in der Bernburger Straße 15 beschäftigt ist. Als er an dem Generator der elektrischen Anlagen zu tun hatte, strömten aus diesem plötzlich Gase aus, so daß Wolf betäubungslos umfiel. Arbeitsgenossen sprangen sofort bei und holten einen Arzt. Dieser brachte den Verunglückten wieder ins Bewußtsein zurück und ließ ihn mit einem Krankenwagen nach der Charité bringen. Wodurch die Gase aus dem Generator entweichen konnten, ist noch nicht festgestellt.

Ein schwerer Unfall, bei dem eine Frau tödlich verletzt wurde, ereignete sich am gestrigen Freitagmorgen gegen 6 Uhr vor dem Hause Müllerstraße 91. Dort versuchte der Autofahrer eines Wäschewagens der Firma Hünze, Frankfurter Allee 76, mit seinem Führer zwischen einem Straßenbahnzug der Linie 31, der nach dem Schließigen Bahnhof zu fuhr, und einem an der Vorderachse haltenden Steinwagen hindurchzukommen. Infolge der Rasse auf dem Fahrdamm schleuderte der Wäschewagen, prallte gegen den Straßenbahnzug und wurde von diesem so heftig angefahren, daß das Führerwerk umkippte. Während der Autofahrer sich im letzten Augenblick durch Abspringen zu retten vermochte, geriet eine etwa 50-jährige Frau, deren Personalien bisher noch nicht festgestellt werden konnten, und die den Autofahrer gebeten hatte, ein Stück mitfahren zu dürfen, unter die Seitenwand des Wäschewagens. Mit Hilfe des Straßenbahnpersonals und mehrerer Passanten wurde das Führerwerk aufgerichtet und die schwerverletzte Frau hervorgezogen. Da sie äußerlich keine Verletzungen aufwies, jedoch nur schwache Lebenszeichen von sich gab, wurde sie in einer Droschke nach dem Paul-Gerhardt-Stift gebracht, verstarb jedoch bereits auf dem Wege dorthin. Die Leiche wurde nach dem Schanzenhaus übergeführt.

Zur Untersuchung des schweren Unglücks bei Kroll wurde die Unfallstelle gestern vormittag von einer Kommission des Polizeipräsidenten eingehend besichtigt. Hierbei wurde ein Teil des gerissenen Drahtseiles beschlagnahmt. Das Seil bestand aus 49 Einzeldrähten, die je sieben Stähle zu sogenannten Seilen zusammengeflochten waren. Eine von diesen sieben Seilen, die das ganze Seil bildeten, war abgenutzt und geplatzt. Infolgedessen mußte das Drahtseil bei dem häufigen Hin- und Herbewegen endlich brechen. Es war ohnehin für einen Betrieb wie den, der zu dem Unglück führte, nicht stark genug und auch nicht berechneter. Die ganze Dekoration der Kroll'schen Bühne wurde im Jahre 1904 polizeilich abgenommen. Das Lustschiff trat erst im vorigen Jahre hinzu und zwar auch nur als Dekoration, keineswegs als ein Mittel zur Personenbeförderung gegen Entgelt. Es wurde befestigt an dem Drahtseil, an dem wohl ab und zu eine Gallerie über die Bühne schwebt. Sollte man das Lustschiff zu dem Zwecke benutzen, dem es dient, nachdem die Intendantur das städtische Etablissement der Sektion Brandenburg des Deutsch-Oesterreichischen Alpenvereins abgegeben hatte, so hätte man das nach der Vorschrift des § 71 der Theaterordnung anmelden müssen. Es hätten dann besondere Veränderungen vorgenommen werden müssen, weil die Vorrichtung, so wie sie bestand, nicht stark genug war, um der fortgesetzten Beförderung von zum Teil vielleicht schweren Personen stand zu halten. Die Sektion Brandenburg hatte die ganze Dekoration für einen bestimmten Preis an die Firma Ruden u. Scherer abgegeben, die das Fest veranstaltete.

Eine Jagd nach zwei Korrigenden entwickelte sich am Donnerstag im Rathaus. Dort werden öfter Korrigenden aus dem Arbeitsbureau in Mummelsburg beschäftigt. Am Donnerstag benutzten zwei dieser Leute die Gelegenheit, in einem unbewachten Augenblick zu entfliehen. Sie wurden dann in einer Kneipe entdeckt und festgenommen. Auf dem Wege nach dem Rathaus rissen sie sich los und entkamen nach dem großen Jüdenhof. Dort wurde der eine mit Hilfe der Polizei nach diesem Suchen aus einem Versteck hervorgeholt. Der zweite entkam abermals, floh über die Treppen auf das Dach des Hauses und als die Verfolger auch dahin folgten, ging die Jagd über die Dächer weiter, bis schließlich die Polizei dem Ausreißer den Weg abschneidete und ihn dann auf dem Dache eines Hauses verhaftete.

Der heftige Sturm, der gestern nachmittag über Berlin und Umgegend hereinbrach, hat wieder vielfach Schaden angerichtet. Am Kriminalgericht in Moabit wurde die Stupferdecke eines Pfisters gelodert und drohte herabzufallen. Um Unfälle zu vermeiden, alarmierte man die Feuerwehr, die mit einer mechanischen Leiter anrückte und die Gefahr beseitigte. — An der Lazarus-Kirche in der Cabiner Straße wurde durch den Sturm ein Teil des Turmbaches abgedeckt, während in der Großen Frankfurter Straße 123 ein großer Baum ungerissen wurde. An der letztgenannten Stelle leistete die Feuerwehr ebenfalls Hilfe. In der Schulstraße stürzte ein Autofahrer B. von dem Dach seines Wagens und zog sich dabei so schwere Kopfverletzungen zu, daß er von der Unfallstation in der Lindower Straße nach dem Birchow-Krankenhaus geschafft werden mußte.

Aus der vierten Etage abgestürzt ist gestern vormittag ein Bauhandwerker vom Neubau Carmen-Sylva- und Raugarder Straßen-Ecke. Mit schweren inneren Verletzungen wurde er mittels Kranken-Wagen ins Krankenhaus gebracht.

## Vorort-Nachrichten.

### Rixdorf.

#### Ueber die soziale Zusammensetzung der Rixdorfer Bevölkerung

gibt der schon mehrfach erwähnte Verwaltungsbericht des Magistrats einige sehr interessante Aufschlüsse. Rahgebend ist für diese Uebersicht die Berufszählung vom 12. Juni 1907. Von den an diesem Tage ermittelten 177 056 Personen waren erwerbsfähig 57 964 männliche und 15 970 weibliche, zusammen 76 934 Personen. 4964 Tausend der Bevölkerung entfielen mithin 43,6 Erwerbstätige. Der Bericht hebt hervor, daß Rixdorf damit unter allen damals vorhandenen 42 Vororten mit mehr als 100 000 Einwohnern recht ungünstig dasteht. Der Durchschnitt dieser Städte beträgt pro Tausend 482 Erwerbstätige. In Berlin betrug der Durchschnitt 592,2, in Charlottenburg 476,3 und in Schöneberg 470,0 pro Tausend. Diese Rixdorfer Eigentümlichkeit findet in der Tatsache eine drastische Erklärung, daß z. B. im Jahre 1905 nicht weniger als 25 Prozent der Bevölkerung auf die Altersklasse von 0—10 Jahren entfielen.

Die Ergebnisse der Berufszählung liegen ermittelbar, daß insgesamt 9179 gewerbliche Betriebe in Rixdorf vorhanden waren, davon 8693 Hauptbetriebe und 486 Nebenbetriebe. Von den 8693 Hauptbetrieben waren 4055 oder 46,7 Prozent Alleinbetriebe, d. h. solche Betriebe, in denen der Inhaber (I) allein ohne Mitarbeit von anderen (Mitinhabern, Gehilfen, mithelfenden Familienangehörigen und ohne motorische Kraft) arbeitete. Der übergroße Teil dürfte wohl sicherlich aus Heimarbeitern bestehen. 4698 oder 53,3 Prozent waren Gehilfenbetriebe. Nicht weniger als 45,93 Prozent der Gesamtzahl der Betriebe sind Zweigbetriebe, die nur 2—5 Gehilfen beschäftigen. 348 oder 3,75 Prozent Betriebe mit 6—10 Beschäftigten, 297 oder 3,20 Prozent mit 11—50 Beschäftigten und nur 4 Betriebe oder 0,05 Prozent hatten mehr als 200 Beschäftigte. Die 8693 Hauptbetriebe beschäftigten insgesamt 26 231 Personen, davon männliche 18 987, weibliche 7244, unter 18 Jahren 705. Verheiratete Arbeiterinnen wurden 829 gezählt.

Wenn man bedenkt, daß von den insgesamt 76 934 erwerbstätigen Personen in Rixdorf nur 26 631 Personen in der Stadt selbst beschäftigt sind, offenbart sich deutlich, wie sehr Rixdorf als Wohngemeinde in Betracht kommt.

Auch gewährt die Gliederung in verschiedene Berufsgruppen einen lehrreichen Einblick in die Zusammensetzung der Bevölkerung. Die größte Gruppe ist mit 25 079 Berufszugehörigen oder 15,0 Prozent der Gesamtzahl der Gruppen das Baugewerbe, es folgen mit 19 666 oder 11,7 Prozent die Metallverarbeitung, mit 10 915 oder 10,1 Prozent das Handelsgewerbe, in der allerdings 2363 Selbständige enthalten sind, 15 240 oder 8,1 Prozent die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe, mit 12 758 oder 7,6 Prozent das Verkehrsgewerbe, mit 12 233 oder 7,3 Prozent die Industrie der Maschinen- und Instrumente und mit 11 780 oder 7,0 Prozent das Bekleidungs-

gewerbe, unter diesen sind nicht weniger als 4833 weibliche im Hauptberuf Beschäftigte und 2127 Selbständige. Alle anderen Berufsgruppen zählten jede weniger als 10 000 Berufszugehörige, insgesamt gehörten diesen Gruppen 32,2 Prozent der Bevölkerung an.

Die soziale Schichtung wird deutlich illustriert durch die steuerliche Leistungsfähigkeit der Bevölkerung und deren Entwicklung durch die Veranlagungsergebnisse zur Staatseinkommensteuer in Rixdorf seit Verleihung der Stadtrechte. Es muß vor allem eine außerordentliche Zunahme der Steuerkraft festgestellt werden in den Jahren 1899 bis 1909. Während die Personenziffer von 15,2 auf 29,6 Prozent der Bevölkerung wuchs, steigerte sich die Staatseinkommensteuer-Kopfquote von 2,75 M. auf 7,31 M. Als Ursache für diese Steigerung führt der Bericht die starke Steigerung der Preise, sowie Gehälter und Löhne, vor allen Dingen aber die Auskunfts der Arbeitgeber über das Einkommen der von ihnen Beschäftigten an. Allerdings hat auch der Zugang einer steuerkräftigeren Bevölkerung zu dieser Steigerung nicht unwesentlich beigetragen, trotz des Namens Rixdorf, den die Epigonen gern ändern möchten, weil sie sich seiner schämen, da sie ihn geschändet haben.

Im Jahre 1899 war das Resultat der Personenstandsaufnahme 79 148 mit 31 651 Einzelsteuerenden und Haushaltungsvorständen. Einkommensteuerpflichtig waren in dem Jahre 50 618 Personen oder 64,0 Prozent der Bevölkerung, nicht einkommensteuerpflichtig waren, weil sie unter 900 M. Einkommen hatten, 28 530 oder 36,0 Prozent. 1909 dagegen war das Resultat der Personenstandsaufnahme 203 972 Personen mit 94 433 Einzelsteuerenden und Haushaltungsvorständen. Einkommensteuerpflichtig waren davon 165 065 oder 80,9 Prozent, dagegen nicht einkommensteuerpflichtig, weil sie unter 900 M. Einkommen hatten, nur noch 38 907 Personen oder 19,1 Prozent. Wie sehr Rixdorf trotzdem Arbeiter- oder Proletariatsstadt geblieben ist, wird auch durch die Tatsache nicht geändert, daß die Zahl der zur Staatseinkommensteuer veranlagten physischen Personen von über 3000 M. bis über 100 000 M. Einkommen sich von 457 im Jahre 1899 auf 2908 gesteigert hat, das ist eine Steigerung in den 10 Jahren von 4,06 Prozent auf 4,97 der zur Staatssteuer Veranlagten, während die Zahl derjenigen mit einem Einkommen von 900 M. bis 3000 M. sich von 11 547 auf 57 350 steigerte oder von 95,95 im Jahre 1899 auf 95,05 Prozent im Jahre 1909 sank. Die größte Steigerung in jeder Beziehung weist die Schicht mit einem Einkommen von 1500 bis 3000 M. Einkommen auf. Die absolute Zahl stieg von 1856 Veranlagten im Jahre 1899 auf 24 342 1909 oder von 15,42 auf 40,40 Prozent; während der Steuerbetrag dieser Klasse von 20,98 Prozent auf 47,88 Prozent stieg, dementsprechend sank der Beitrag in allen anderen Klassen. Insgesamt wurden absolut aufgebracht von den Steuerklassen mit einem Einkommen von 900 bis 3000 M. 1 067 268 M., während die Klassen mit einem Einkommen von über 3000 M. bis über 100 000 M. nur 423 593 M. Staatseinkommensteuer aufbrachten. Allein die Steuerklasse mit einem Einkommen von über 1500 bis 3000 M. brachte im Jahre 1909 nicht weniger wie 713 865 M. oder 47,88 Prozent von insgesamt 1 490 860 M. direkter Staatseinkommensteuer auf. Das ist diejenige Klasse, der von den durch das Dreiklassenwahlrecht Privilegierten in nichtwürdiger Weise das Wahlrecht geraubt wurde.

Die soziale Struktur hat im allgemeinen in dieser Zeit eine bedeutende Umänderung, wie die westlichen Vorortgemeinden, nicht erhalten, sondern ist sich im wesentlichen gleich geblieben. Nach wie vor ist die Arbeiterschaft dominierend.

Eine Schwindlerin sucht anscheinend Einnahmen, die ihre Kinder allein in der Wohnung lassen, zu brandschöpfen. Im Hause Steinmehstraße 54 erkundigte sie sich vor einigen Tagen beim Verwalter im Hausflur nach einem gewissen Nieber. Zu derselben Zeit war auch die Frau des Verwalters mit der Reinigung des Hauses beschäftigt, während die Kinder dieser Eheleute allein in der Wohnung zurückblieben. Kurz darauf kam allem Anschein nach dieselbe Person an der Wohnung geklingelt und die Kinder nach dem Portemonnaie der Mutter gefragt, das sie ihr nach der Treppe bringen sollte. Da die Kinder eine genaue Auskunft hierüber nicht geben konnten, durchwühlte die Fremde sämtliche Schränke ohne jedoch das Portemonnaie auffindig zu machen. Die Eltern waren nicht wenig erstaunt, als sie bei der Rückkehr in die Wohnung alles in Unordnung vorfanden.

Die Schwindlerin, die vielleicht obiges Manöver auch wo anders wiederholen dürfte, ist etwa 1,60 Meter groß, hat ein volles Gesicht, blondes Haar, in welchem sie eine schwarze Schleife trägt, und war bekleidet mit einem schwarzen Jaquet.

### Charlottenburg.

Warum bleibt Charlottenburg in der Arbeitslosenfrage hinter Schöneberg zurück? Ueber dieses zeitgemäße Thema sprach in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung des Deutschen Transportarbeiterverbandes im großen Saale des Volkshauses Genosse Stahlberg. Nachdem der Referent auf das Vergehen der bürgerlichen Parteien in den einzelnen Staaten dieser Frage gegenüber hingewiesen, zeigte er an dem Haushaltsetat von Schöneberg und Charlottenburg, daß in finanzieller Beziehung Charlottenburg viel besser dastehe und somit eigentlich eher in der Lage wäre, für ihre arbeitslosen Einwohner etwas zu tun wie Schöneberg. Wie in allen die Arbeiterschaft betreffenden Fragen lasse es sich jedoch sehr gern von anderen Städten überbügeln. Nach einer regen Diskussion nahm die Versammlung folgende Resolution an: „Die am 20. Februar 1911 im Volkshaus Charlottenburg, Rosinenstr. 3, tagende Versammlung des Deutschen Transportarbeiterverbandes erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erwartet, daß der Charlottenburger Magistrat und das Stadtverordnetenkollegium in die sofortige Beratung und enbliche Durchführung der Vorlage, die Einführung der Arbeitslosenversicherung für arbeitslose Charlottenburger Einwohner auf der Grundlage der von der Stadt Schöneberg eingeführten Arbeitslosenversicherung betr., eintritt. Wenn auch die Versammlung in der angekrehten Regelung die endgültige Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der von der Arbeiterschaft so bitter empfundenen Not nicht sieht, sondern nach wie vor der Ansicht ist, daß die beste Regelung die gesetzliche Einführung eines für alle Arbeitenden gleich dauernden Maximalarbeitstages von höchstens 8 Stunden ist, so erwartet sie dennoch von der Einführung der Arbeitslosenversicherung, daß die Vermittlung vieler Arbeitereinstellungen und deren Familienglück vermieden wird. Gleichzeitig dürfte eine solche Einführung auch eine bedeutende Entlastung des Armenetats zur Folge haben.“

Elternverein für freie Erziehung. Auf die morgen, Sonntag, den 26. Februar, unter sachmännlicher Führung stattfindende Besichtigung des Museums für Völkerverständnis wird hierdurch hingewiesen. Treffpunkt: vormittags 8<sup>1/2</sup> Uhr pünktlich Straßenbahnhaltestelle am Anie. Kinder unter neun Jahren sind von der Beteiligung ausgeschlossen. Der Vorstand.

### Wilmersdorf-Palensee.

Verunglückte Krankenkassenhehe. In unseren Tagen, wo die preussische Regierung in Gemeinschaft mit den privaten Arbeitereisen den Einfluß der Arbeiter in den Krankenkassen schmälern will, verdient ein Vorgang, der sich am letzten Mittwoch in der Stadtverordnetenversammlung von Wilmersdorf abspielte, einige Beachtung. Der Magistrat hatte Nachforderungen für Armenpflege in Höhe von 22 450 M. u. a. damit begründet, daß die Krankenkassen immer mehr dazu übergingen, ihre Mitglieder nicht selbst in Krankenhäusern unterzubringen, sondern ihnen nur den anderthalbfachen Betrag des Krankengeldes als gesetzliche Mindestleistung erstatteten. In diesen Fällen nähmen dann die Krankenkassen fast regelmäßig die öffentliche Armenpflege in Anspruch. Diese sehr verallgemeinernde Werbung brachte bei der Beratung der Angelegenheit den Stadtverordneten Prof. Dr. Leidig auf den Plan. Er setzte auseinander, daß die Sozialgesetzgebung gerade den Zweck habe, die Arbeiterschaft vor der Armenpflege zu bewahren, und meinte, daß die Krankenkassen, Informativteil betannt: T. O. S. G., Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

die Baracken den Zweck der Sozialgesetzgebung bereitelten, gar nicht scharf genug geprügelt werden könnten. Von sozialdemokratischer Seite wurde dieser Angriff zunächst mit dem Ersuchen an den Magistrat beantwortet, sich über die hier in Frage kommenden Rassen näher zu äußern. Und da stellte sich dann in der vom Stadtrat in der Sitzung vom 12. Februar 1911 heraus, daß nicht die „sozialdemokratisch infizierte“ Wilmersdorfer Ortskrankenkasse oder eine dieser gleichwertigen Kassen, sondern die von der Regierung beherrschten Innungs-Krankenkassen sich der geschilberten Pflichtvernachlässigung schuldig machen. Selbstverständlich blieb nunmehr unseren Parteigenossen nichts übrig, als diese Tatsache festzunagen und die Innungs-Krankenkassen Herrn Prof. Leidig zur gefälligen Beachtung zu überlassen.

### Trebbin (Kreis Zeltow).

Zu der Verhaftung des Lehrers Arndt wird weiter mitgeteilt, daß Arndt am 15. Schülerinnen unzüchtliche Handlungen vorgenommen hat. Dieses dem Arndt zur Last gelegte Vergehen zieht aber noch weitere Kreise und hat in Berlin zur Verhaftung einer „weißen Frau“ geführt. Eine der Mädchen kam unter Leitung des Lehrers Arndt nach Berlin, suchte diese weiße Frau, eine Frau M. aus der Chodowickstraße, auf und veranlaßte sie zu einem unerlaubten Eingriff. Bei der Untersuchung in Chodowick kam dies zur Sprache, worauf Frau M. gestern auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft II hier verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurde.

### Adlershof.

Die letzte Gemeindevertretersitzung wies die Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerlisten bis auf einen, welcher durch nachträgliche Aufnahme seine Erledigung fand, zurück. Der Nachtrag zum Ortsstatut über die Zusammenfassung der Gemeindevertretung wurde als dringlicher Antrag behandelt und einstimmig beschlossen, die Gemeindevertreter von 12 auf 15 zu vernehmen. Durch den Gemeindevorstand wird die Vergebung des Anschlagwesens erbetet. Eine darauf Bezug nehmende Vorlage sieht vor, daß der Pächter 20 neue Anschlagstulen aufzustellen hat, welche sofort in das Eigentum der Gemeinde übergehen. Die Vertragsdauer beträgt 10 Jahre, als Entschädigung sind pro Jahr 600 M., steigend bis zum Jahre 1920 auf 1200 M. vorgesehen. Nachdem sich unsere Genossen gegen die Verpachtung des Anschlagwesens ausgesprochen und verlangt hatten, dasselbe auch weiterhin in eigener Regie zu betreiben, wurde die Vorlage zurückverwiesen und dem Gemeindevorsteher aufgegeben, in dem Vertrage mit aufzunehmen, daß dem Unternehmer keinerlei Jenseit über den Inhalt der anzufertigenden Pläne zusteht und daß für Pläne von Adlershofer Interessenten keine höheren Gebühren wie bisher erhoben werden dürfen. Von den Vertretern der zweiten Abteilung war ein Antrag auf Gewährung der Gemeinberechtigung an den Bürgermeister Köhler und Oberlehrer Raites gestellt, welcher einstimmig angenommen wurde. Unsere Vertreter erklärten, daß auch sie für den Antrag stimmen, da sie die Wahlvorschriften der Landgemeindeordnung als ungerecht erachteten. Bei den Verhältnissen Groß-Berlins könne sehr leicht die Möglichkeit eintreten, daß ein Einwohner, der lange Jahre in Groß-Berlin seinen Wohnsitz hat, dennoch niemals in den Genuß der Gemeinberechtigung gelangt, da seine wirtschaftlichen Verhältnisse ihm zwingen, öfters seinen Wohnsitz von einer Himmelsrichtung Groß-Berlins nach der anderen zu verlegen. Eine Resolution zu dem Zweck der Aufhebung der Wahlvorschriften Groß-Berlins wurde vom Gemeindevorsteher begründet. Unsere Stellungnahme hierzu wurde vom Genossen Horlich präzisiert. Unsere Genossen hatten einen Änderungsantrag eingebracht, nach welchem der Landtag ersucht wird, dem Entwurfe die Zustimmung zu verweigern und die Eingemeindung der Vororte in Berlin zu verlangen. Sollte der Landtag dennoch dem Zwangsesehntwurfe seine Zustimmung erteilen, denselben nur mit nachfolgenden Änderungen anzunehmen:

A. Jede Gemeinde, die mit Groß-Berlin in wirtschaftlichem Zusammenhange steht und die deshalb an den dem Zweckverbande zu übertragenden Angelegenheiten wirtschaftlich interessiert ist, muß Sitz und Stimme in der Verbandssammlung erhalten, ohne Rücksicht auf die Einwohnerzahl der betreffenden Gemeinde. Zum mindesten können aber Gemeinden, die bei der letzten Volkszählung über 10 000 Einwohner gehabt haben, wie Adlershof, aus der Vertretung in der Verbandssammlung nicht ausgeschaltet werden. Die von anderen Gemeinden vorgeschlagene Zusammenfassung verschiedener Gemeinden eines Kreises zu Interessengruppen erscheint nicht praktisch zu sein, da der gemeinschaftliche Vertreter einer solchen Gruppe gar nicht in der Lage ist, bei seinen Entschlüssen die Interessen der einzelnen beteiligten Gemeinden so gerecht gegeneinander abzuwägen, wie es im Interesse der betreffenden Gemeinden liegt.

B. Ferner ist die Ausdehnung der Zuständigkeit des Zweckverbandes auf die Volksschulassen für die östlichen und nördlichen Vorortgemeinden Groß-Berlins eine Notwendigkeit; die Gemeinde Adlershof schließt sich daher den von den Gemeindevorstellungen Vorhagen-Mummelsburg und Weihensee in ihren Petitionen unterbreiteten Vorschlägen an.

C. Ferner ist die Zuständigkeit des Zweckverbandes auf die Regelung des Steuerwesens, der Krankenpflege, des Armen- und des Polizeiwesens auszudehnen.

D. Als weitere Aufgabe des Zweckverbandes ist demselben die Errichtung und Unterhaltung einer Arbeitslosenversicherung und eines Arbeitsnachweises zuzuteilen.

Die Punkte A und B sind auch in der Resolution des Gemeindevorstandes enthalten. Nach eingehender Diskussion wurde die Resolution in unserer Fassung einstimmig angenommen. — Zu dem allgemeinen Zweckverbandesehntwurf für Preußen wurde eine Resolution beschlossen, nach welcher um Aufnahme der Bestimmung ersucht wurde, daß bestehende Zweckverbände anderen Zweckverbänden beitreten können. Ein Antrag unserer Genossen auf Sicherstellung des Selbstverwaltungsbrechtes, welcher auch von den Vertretern der zweiten Abteilung unterschrieben war, wurde in namentlicher Abstimmung gegen die Stimmen des Gemeindevorstandes, des Schöffen Rendelssohn und den Vertretern der ersten Abteilung Dr. Ehrmann und Dr. Baurath angenommen. Einstimmig wurde der Antrag unserer Genossen betreffend den Anschluß der Gemeinde Adlershof an die Arbeitslosenversicherung und den Arbeitsnachweis Berlins angenommen.

### Spandau.

Parteigenossen, welche nicht Mitglied der Freien Gemeinde sind, ihren Kindern aber die Jugendweihe erteilen lassen wollen, können sich beim Vorsitzenden D. Rönkde, Reumeyerstraße 8—9, melden.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 26. Februar, vormittags 9 Uhr, Doppel-Altar 15—17 und Rixdorf, Oberpoststraße: Freireligiöse Vorlesung. — Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Dr. Dr. Wille: „Entwicklung der Gotteslehre. III. Anknüpfung oder Gottmensch“. Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

### Eingegangene Druckschriften.

„In freien Stunden“. Die Hefte 6 und 7 der unter diesem Titel erscheinenden Romanabenteuer gelangen soden zur Ausgabe. Ueber der Fortsetzung des Romans „Der Jude“ von Karl Spindler enthalten dieselben eine Skizze: „Ein Heim aller“, kurze interessante Mitteilungen aus verschiedenen Wissensgebieten und je eine humoristische Gde. Jedes Heft kostet 10 Pf.

Geschichte der Revolutionen. Von Dr. H. Conrad. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Jede Woche erscheint ein reichhaltig illustriertes Heft zum Preise von 20 Pf.

Das Werk wird von jedem ausgeübten Arbeiter mit großem Interesse gelesen und seine Kenntnisse über die geschichtlichen Zusammenhänge erweitert.

Mit dem Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Probenummern und Prospekte liefern alle Buchhändler, Expediteure und Kolporteurs sowie der Verlag kostenlos.

Zeitschrift für Hochschulpädagogik. Jahrg. 2. Heft 1. Vierteljahrsheft. Jahrg. 5 R. E. Wiegandt, Leipzig.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

**Vorort - Nachrichten.**

**Köpenick.**  
In der letzten Wahlvereins-Versammlung referierte Genosse Dr. Bruno Borchardt-Charlottenburg über das Genossenschaftswesen. In der Diskussion wurde auf die Notwendigkeit, am Orte wieder einen Konsumverein zu gründen, hingewiesen. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Genosse Wihler dem verstorbenen Genossen Paul Singer einen warmen Nachruf. Den Bericht von der Kreisgeneralversammlung erläuterte Genosse Heibed. Ueber die Regelung der Unterstützungsfrage zur Reisezeit entstand eine rege Diskussion. Schließlich wurde die Resolution des Zentralvorstandes abgelehnt. Den Delegierten zur Generalversammlung für Groß-Berlin wurde anheimgegeben, für Vertagung dieser Frage einzutreten. Gewählt wurden als Delegierte für Groß-Berlin die Genossen Heibed, Langner, Niebling und Tollsborn. Aufgenommen wurden 17 neue Mitglieder. In die Kinderkommission wurden die Genossen Pärzke, Zahne und die Genossin Heinrich gewählt. Der Vor-

sitzende teilte mit, daß gegen den Tischler Otto Scheibe das Ausschlußverfahren eingeleitet sei. Zum Schluß wurden noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt.

**Johannisthal.**

Die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins nahm zunächst einen beifällig aufgenommenen Vortrag des Genossen Groger über „Die politischen Parteien und ihre Programme“ entgegen. Dierauf wurde der Bericht von der Kreisgeneralversammlung gegeben. Die Diskussion darüber erstreckte sich hauptsächlich über den geplanten Reisezeitfonds. Die vom Zentralvorstand vorgeschlagene Resolution war verschiedenen Rednern nicht weitgehend genug. Gewünscht wurde, daß die Genossen, welche den 1. Mai nicht durch Arbeitsruhe feiern können, mindestens ihren halben Tagesverdienst in den Fonds zu zahlen haben. In Anbetracht, daß eine dahingehende Resolution nicht Annahme findet, beantragte Genosse Steuer, der Resolution des Zentralvorstandes hinzuzufügen: „Diese Beiträge sind obligatorisch einzuführen“. Genosse Stumpf hat beantragt, das Wort „moralisch“ zu streichen. Die Versammelten stimmten dem Vor-

schlagen zu und verpflichteten die Delegierten, in der Verbands-generalversammlung in diesem Sinne zu wirken.

**Ober-Schöneweide.**

Mit Anträgen unserer Genossen, die Schaffung einer Arbeitslosenunterstützung und Errichtung eines Arbeitsnachweises in Angliederung an den von der Stadt Berlin zu gründenden, wird sich die nächste Sitzung der Gemeindevertretung zu beschäftigen haben. Die Arbeitslosenunterstützungsvorlage ist die gleiche, wie sie unsere Vertreter in der Berliner Stadtverwaltung eingebracht haben, und beruht auf dem Modus, daß an Angehörige solcher Gewerkschaften, welche Arbeitslosenunterstützung gewähren, von der Gemeinde Zuschüsse geleistet werden; andere Personen können durch freiwillige Beitragsleistung das Recht auf Unterstützung erwerben. — Desgleichen werden mehrere Beschlüsse der Stadtkommission zur Debatte stehen, so die Bildung eines Kuratoriums für die Erziehung von Kindern in Kinderheimstätten, die Zahnbehandlung der Schullinder und die anderweitige Gestaltung der Gemeindefachwerkanstalt.

**Zur Prüfung und Einsegnung**

**Anzüge für die jungen Herren**

Sämtliche Anzüge sind eigene Konfektion und von besonderem Schick

Oberwale 82-88 72-80

- Satin-Kammgarn halb... M. 13 M. 11
- Aachener Kammgarn... M. 17 M. 15
- Diagonal-Cheviot schwarz... M. 19 M. 18
- Blau-Cheviot reinwollen... M. 20 M. 18
- Tuch-Kammgarn schwarz... M. 28 M. 26
- Tuch-Kammgarn schwarz... M. 32 M. 30



**Gehrock-Anzüge für die „alten“ Herren**

- Mark 70.- 60.- 55.- 50.-
- 45.- 42.- 39.- 37.- 34.-

**Mass-Anfertigung**

von schicken Herren-Anzügen aus erprobten englischen und deutschen Stoffen unter Leitung eines erstklassig. Zuschneiders durch bewährte Schneider

Höchste Leistungsfähigkeit in bezug auf Güte und Preiswürdigkeit

**Der Erweiterungsbau**

der durch Hinzunahme der ersten Etage zu meinen bisherigen Geschäftsräumen die bedeutende Vergrößerung meiner Verkaufsräume sowie meines Lagers in fertiger Herren- und Knaben-Bekleidung bezwedet, wird anfangs März eröffnet. Bis dahin tritt keine Unterbrechung des Verkaufs ein. — Beachten Sie meine 8 Schaufenster!

**Gottlieb Weiss**

Schöneberg, Haupt-Strasse 161 Ecke der Stubenrauch- und Kaiser-Friedrich-Strasse

**Abendkurse**  
Berlin, Reanderstr. 3  
Technikum. Bauschule.  
Znh. Artur Werner.  
Prospekte kostenlos!

**Würzburger Hühneraugenmittel**

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pleuris auf 10 Pf. Anwendung bez. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (enthält Salicylsäure und indischen Honigextrakt.)  
Dr. H. Unger in Würzburg.  
In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek., Charlottenstraße 54. Greit-Apothek., Prammstraße 33. — München: Schützen-Apothek. — Stuttgart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 113/8

**Zur Einsegnung! Konfirmations- und Prüfungskleider**

- Cheviot, Satintuch, Foulé u. Voile**  
schwarz, weiss und moderne Farben  
gudigen Stoffe, beste Verarbeitung, prima  
Zustand, gut sitzende, kleidsame Passons  
16<sup>90</sup>, 19<sup>90</sup>, 22<sup>90</sup>, 27, 33 M.
- Backfisch-Paletots** aus engl. Stoffen  
5, 7, 9, 12 M.
- Backfisch-Jacketts** schwz. Kamm-  
garn und Tuch  
9, 10, 12, 15 M.
- Backfisch-Jackenkleider**  
8, 12, 18, 24 M.
- Kostümrücke, blau und schwarz**  
und regensich, englischen Stoffen  
3<sup>50</sup>, 5<sup>75</sup>, 7<sup>50</sup>, 11, 13<sup>50</sup>, 18, 21 M.
- Blusen** Enorm billig!  
Wolle, Seide, Tüll Blusen  
Auch für stärkste Damen passend.
- Trauerkleider** ..... von 20 M. an

**Sielmann & Rosenberg**

Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse  
12 Schaufenster 2 Häuser vom Dönhofsplatz  
Sonntags geöffnet.

**Wäsche, Trikotagen  
Schneiderei-Artikel**

— Neu —  
aufgenommen: **Bettfedern.**  
**Margarete Dietrich, Mirbachstr. 25**  
Ecke Samariterstrasse.

**Wurst Rixdorf Fleisch**

**Sinke's Fleischwaren-Zentrale**  
4 Hermann-Platz 4.

- Sämtliche Wurstwaren 5 Proz. billiger, bei ganzen Würsten Engrospreise.
- |  |                                     |
|--|-------------------------------------|
| Thüringer and Zwiebelwurst... 1 Pfd. 50 Pf.                                      | Rückenfett... 1 Pfd. 55 Pf.         |
| bei 5 Pfd. 48 "  | extra stark... 1 Pfd. 60 "          |
| Landleberwurst... 85 "   | bei Abnahme von 5 Pfd. 55 "         |
| Mettwurst... 65 "  | Schweinebauch b... 5 Pfd. 60 "      |
| bei 5 Pfd. 63 "  | Kasseler ff... 1 Pfd. 75-85 "       |
| Täglich frische Polnische... 70 "  | Prima Lammfleisch... 1 Pfd. 70-85 " |
| Hallesche und Pommersche Landleber-<br>wurst, hochfein im Geschmack Pfd. 1,15 M. | " Suppenfleisch... 1 Pfd. 65-85 "   |
| Schlackwurst von 1 M. an.  | " Ochsenfleisch... 1 Pfd. 75-95 "   |
| Prima harte Holsteiner Schlackw. Pfd. 1,20                                       | " Kalbfleisch... 1 Pfd. 75 Pf. an   |
| Allerfeinste Teowurst... Pfd. 1,30-1,60  | Knochenfleisch... 1 Pfd. 25 Pf.     |
| Allerbeste Thüring. Cervelatwurst Pfd. 1,95                                      | Rinderherz... 1 Pfd. 45 "           |
| Prager Schinken u. Schweinebrat. 1/2 Pfd. 40 Pf.                                 | Euter... 1 Pfd. 85 "                |
| Speck ff. fett... 1 Pfd. 70 "  |                                     |
| Speck ff. mager... 1 Pfd. 80 "   |                                     |
- Prima Westfälische Blockwurst 1/2 Pfd. 35 Pf., in ganzen Würsten Pfd. 1,20 M.

**Kaufhaus Louis Neumark**

Graefestrasse 21 vormals Gebr. Leyser Graefestrasse 21

Sonnabend, den  
25. Februar 1911  
Beginn unserer

**95 Pf.-Tage**

Wir bieten wie bis-  
her eine enorme  
Auswahl in unseren  
sämtl. Abteilungen.

**Beachten Sie unsere Schaufenster!**

95 Pfennig

95 Pfennig

TAGE

95 Pfennig

95 Pfennig

A. Weiss & Co. Nachf.

Inh.: Fritz Prieur

Berlin - Schöneberg

Haupt-Strasse 11

Beginn am Sonnabend d. 25. Febr. Dieser Verkauf übertrifft alle von uns bisher gebrachten Angebote! Beginn am Sonnabend d. 25. Febr.

- Batist-Taschentücher 95 Pf.
Bettwandschoner Java-stoff aufgezichnet 95 Pf.
Regenschirm für Herren und Damen 95 Pf.
Phantasiehemd mit Stickerelansatz Damenhemd Achselverschluss mit gestickter Passe Damenhemd Vorderabschluss m. Lang Damen-Kniebeinkleid m. St. u. Lang Damen-Nachtjackett Barchent u. Renforcé, mit Langette und Trimming Damen-Anstandsrock in Barchent mit Volant durchweg jed. Stück 95 Pf.
Echtsilb. Damenkollier 95 Pf.
Kamm-Garnitur 3 teilig 95 Pf.
Damenstrümpfe engl. lang schwarz u. lederfarbig 3 Paar 95 Pf.
Damenstrümpfe geringelt, hell u. dunkel, farbig 2 Paar 95 Pf.
Frauenstrümpfe deutsch-lang, schwarz/Baumwolle, 2 Paar 95 Pf.
Herren-Schweissock. 4 Paar 95 Pf.
Herrensocken Ringelmust. hell u. dunkel 3 Paar 95 Pf.
Herren-Schweissock. ohne Naht, f. empfindliche Füße, Spezial-Marke 3 Paar 95 Pf.
Blumenseife echt französ. 95 Pf.
Halbfert. Batist-Bluse reich bestickt 95 Pf.
3 eleg. Herren-Kraw. uni Binder, Regatta, Schleifen 95 Pf.
Hosenträger Moiré u. Seide 21 Farben Paar 95 Pf.
3 Herren-Kragen viele Formen, garantiert 4fach 95 Pf.
Herren-Sport-Mützen neue Form, Deckel ohne Naht 95 Pf.
Bunte Garnituren Vorhemd und Manschetten 95 Pf.
4 Paar Hosenträger 95 Pf.
Herren-Cachenez Halbseide 95 Pf.
Damen-Hut fescher, engl. mit Sambandgarnitur 95 Pf.
Blumen-Ampel gefüllt mit künstlichen Blumen 95 Pf.
Auto-Mützen für Damen 95 Pf.

Konfektion

- 1 Blusenhemd m. Stickereigrößen Ten-nisstoff 95 Pf.
1 Blusenhemd in mod. Streif. Waschstoff 95 Pf.
1 Waschstoff-Bluse Größe 40-52 f. starke Damen m. Umlegekragen 95 Pf.
1 Kostümrock mit Tresse garniert 95 Pf.
2 Kinderkleider Größe 45 bis 60, gemustert und gestreift 95 Pf.
1 Knabenbluse Größe 1-6 hochgeschlossen, melierter Stoff 95 Pf.
1 Kindercape dunkelblau Cheviot mit rotem Capuchon, Größe 50-80 95 Pf.

Seifen, Toiletteartikel

- 1 Manicure m. reichem Inhalt 95 Pf.
12 St. Hausselben sortierl. Oranien-burger, Eschwege u. Transparent 95 Pf.
12 St. ff. Blumenseife im Karton, reine Fettsäure 95 Pf.
1 Zahnbürsten-Ständer weiss Zelluloid u. 3 gute Zahnbürst. 95 Pf.
1 Parfüm-Zerstäuber imlt. Kristall od. farb. m. Vorster, 95 Pf.
6 grosse Scheuertücher mit doppelter Mitte 95 Pf.

Bett- u. Tischwäsche

- 1 Paradekissen m. Spitzen-Einsatz und Languetten 95 Pf.
Rolltücher "Rein-Leinen" 80x155, 1 Stück 95 Pf.
4 Handtücher Gerstenkorn oder Dreil, weiss, gestreift 95 Pf.
3 Küchen-Handtücher grau, mit roter Kante 95 Pf.
3 Wischtücher Rein-Leinen mit Schrift od. grau u. weiss kariert 95 Pf.
12 Staubtücher gelb mit roter Kante 95 Pf.
Kaffeedecken weiss m. farb. Bord u. Franz. 95 Pf.
Mittel-Decken bedruckt oder mit imlt. Klöppel-Ein- u. Ansätzen 95 Pf.

Möbelstoffe

- Grosser Perser-Vorleger imlt. mit Franzen 95 Pf.
Echt japan. Kissenplatten 95 Pf.
Erbstüll-Läufer 95 Pf.
3 Erbstüll-Deckchen 95 Pf.
Drell-Korsett grau, mit Spiral 95 Pf.
Drell-Korsett Halbfrack, grau 95 Pf.
Empire-Korsett geblümt m. Halter 95 Pf.
Burschen-Westen braun gestr. 95 Pf.

- Kinder-Schürzen Größe 45-70, Reform u. Kimono, reich garniert 95 Pf.
2 Knaben-Schürzen in 3 Gr. einfarb. u. gestr. Stoffe 95 Pf.

- Grosse Posten
Damen-Gürtel moderner Schliessers. Samt, Gold, Brokat u. Seide St. 95 Pf.

- 25 Mtr. Wäsche-Besatz weiss 95 Pf.

Luxuswaren

- 1 Essig- u. Oel-Menage auf grossem Nickelgestell 95 Pf.
1 3teil. Toilette-Spiegel in vernickelter Metallfassung 95 Pf.
1 eleg. Tafelaufsatz mit farbiger Schale und Vase 95 Pf.
1 Rauch-Service komplett neue Form 95 Pf.
1 Cabaret 3teilig mit Glaseinsatz und Griff 95 Pf.
1 Taschen-Feuerzeug bewährtes System u. 1 Ersatzstein 95 Pf.
1 elegante Obst-Schale extra gross, a. hob. Kunstgussfuss 95 Pf.

Schürzen

- Hausschürzen extra weit mit Volant und Tasche
Halbreform-Schürzen gestr., einfarb. und gepunkte Stoffe, mit Bord u. Blienden garniert
Mieder-Schürzen helle, moderne Streifen, gepunkte Stoffe, mit gestickter Borten-Garnierung
Weisse Latz-Schürzen mit Stickerei-Volant
Tändelträger-Schürzen schwarz Sa in mit farbiger Borte
Tändelträger-Schürzen in Satin doppelt garnierter Volant
Bunte Tändelträgerschürzen fesche Form
Knaben-Schürzen mit buntem Bildeindruck, in 3 Grössen
durchweg jedes Stück 95 Pfennig

Seidenstoffe

- Messaline und Taffet gestreift und kariert, in vielen Farben 95 Pf. Meter

Kleiderstoffe

- für Blusen, Röcke, Kostüme, besonders gediegene Qualitäten 95 Pf.
2 1/2 m Zephir 95 Pf.
2 1/2 m Musseline Baumw. 95 Pf.
2 1/2 m Louisianatuch 95 Pf.

Hutformen

- ohne Rücksicht auf den bisherig. Wert, in allen Farben, durchweg 95 Pf.
Eleg. Postkarten-Album für 50 Karten 95 Pf.
100 Visitenkarten 95 Pf.
50 Briefbogen u. 50 Kuverts Leinwandpapier mit Monogramm-prägung 95 Pf.
Läufer, Decken vorgezeichnet, Federstrich und Erika 95 Pf.
Zimmer-Handtuch fertig und aufgezichnet 95 Pf.
Seiden. Strumpfhänder 1 Paar, hochelegante 95 Pf.

Haushalt-Artikel

- 1 Tischlampe mit dekoriert. Schirm 95 Pf.
4 Glühstrümpfe 95 Pf.
1 Bürsten-Garnitur Steilig 95 Pf.
1 Etagère mit 6 Porzellan-Tonnen 95 Pf.
1 Quirl-Garnitur 10teilig 95 Pf.
6 Kaffeelöffel im Etui 95 Pf.
3 Alpaka-Esslöffel 95 Pf.
1 Brotbüchse fein lackiert 95 Pf.
1 Petroleumkanne 2 Liter fein lackiert 95 Pf.
1 Emaillewanne 40 cm 95 Pf.
1 Emaillekasserolle ohne Ring, 20 cm 95 Pf.
1 Kaffeemühle mit vernick. Deckel 95 Pf.

Porzellan - Steingut

- 1 Wasch-Garnitur 4teilig 95 Pf.
12 Teller tief und hoch 95 Pf.
Salz- u. Mehlreste weiss oder dekor., m. Holzrückenwand, aus. 95 Pf.
Essig- u. Oelflasche aus. 95 Pf.
2 Wandteller Delft, 31 cm 95 Pf.
6 Porzellan-Tassen mit Untertassen und Goldrand 95 Pf.
1 Satz Salatlöffel 7teilig, Porzellan 95 Pf.
1 Dejeuner Steilig, dekoriert 95 Pf.
1 Waschschißel 30 und 40 cm gross 95 Pf.

Glas

Diamantschliff-Imitation

- 1 Satz Kompottschüsseln 4teilig 95 Pf.
1 Butter- u. 1 Käseglocke 95 Pf.
1 Kuchenteller ca. 25 cm 95 Pf.
1 Likör-Service Steilig 95 Pf.
1 Tafelaufsatz 95 Pf.
1 Sturzflasche auf Glas-tablette 95 Pf.
3 Gläser mit Goldrand 95 Pf.
1 Konfektschale 95 Pf.
1 Tintenfass 95 Pf.
1 gr. Kompott-Schüssel 95 Pf.
1 Schirmständer braun 95 Pf.
1 Hocker braun 95 Pf.
1 Handtuchhalter 95 Pf.
1 Paneelbrett 95 Pf.
1 Kleiderriegel m. 6 Haltern 95 Pf.
2 Iris-Vasen mit eleganten Beschlägen 95 Pf.

- 1 eleg. Rauchständer vernickelt ca. 70 cm hoch 95 Pf.
6 Weingläser 95 Pf.
Wecker gut gehend 95 Pf.
1 Papierkorb gross 95 Pf.
1 Zeitungsmappe in modernsten Farben geflochten 95 Pf.
1 Nähkorb auf Ständer 95 Pf.
1 Staubtuchkorb 95 Pf.
1 Handkorb 95 Pf.
1 Nähkorb mit Deckel 95 Pf.
1 Messerkorb neue Form 95 Pf.
Majolika-Obstservice 7teilig, Weinblatmuster 95 Pf.
Obsteller u. 6 kl. Tell. nach Kopenhagen 95 Pf.
Markttasche 36 cm lang mit Lederrechen, Lederriemen schwarz und braun 95 Pf.
Schultornister für Knaben und Mädchen 95 Pf.
Damentasche "Autolack" imlt., eleganter Trapezform, 95 Pf.
Damen Handtasche neu, Samt mit Seidenschur 95 Pf.
Reise-Handtasche engl. Form 30 cm lang 95 Pf.
Herr.-, Damen-Tresors durchw. Leder in neuen Fassons 95 Pf.
Standreliefs 1. creme Terra-kotta, m. Bildnissen v. Wagner, Lessi, Goethe 2 St. 95 Pf.
Schweizer Batist- u. Mull-Stickerlein Kupon 4.10 95 Pf.
Aluminium-Milchkocher 1 Liter
Aluminium-Schmortopf 18 cm
Aluminium-Fleischtopf 18 cm
Aluminium-Bratpfanne m. Stiel 22 cm
6 Alumin.-Esslöffel
6 Alumin.-Kaffeelöffel
1 Gemüse-Löffel
1 Saucen-Löffel
Alles durchweg Stck. 95 Pf.
1 Gummikragen, 1 Paar Gummimanschatten zusamm. 95 Pf.
Batist-Taschentücher mit Hohlbaum u. Buchstab 1/2 Dtz. 95 Pf.
Untertassen in div. Fass. mit Stickerei-Ein- und Ansätzen 95 Pf.

Weine

- Samos 1/2 Flasche 95 Pf.
Vermouth di Torino 1/2 Flasche 95 Pf.
Mediz. Ungarwein 1/2 Flasche 95 Pf.
Taragona 1/2 Flasche 95 Pf.
Chât d'Agnac französ. Rotwein 1/2 Fl. 95 Pf.

- 1/2 Pfd. Lindt-Schokol. Bod. Lind fils 95 Pf.
1 Pfd. Sahn-Schokolade 95 Pf.
1/2 Pfd. Kakao
1 Pfd. Block-Schokolade gar. rebt 95 Pf.
2 Pfd.-Dose Schnittbohnen
2 Pfd.-Dose Kohlrabi
2 Pfd.-Dose Gemüse-Erbse 95 Pf.

- 2 Pfd.-Dose Schnittbohnen
2 Pfd.-Dose gewürt. Karotten
1 Pfd.-Dose Pfefferlinge
2 Pfd.-Dose Schnittbohnen
2 Pfd.-Dose Wirsingkohl
2 Pfd.-Dose Spinat
Himbeersaft 1/2 Flasche 95 Pf.

Handschuhe

- 2 Paar Zephir-Handschuhe weiss coul. 95 Pf.
2 Paar Frühjahrs-Suede imltiert 95 Pf.
2 Paar Trikot-Musquet. 8 Knopf lg. coul. 95 Pf.
2 Paar weissgestr. Handsch. lang 8 Kn 95 Pf.
1 Russenkittel gestreift und farbig 95 Pf.